

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
 vierteljährlich 3.20 M., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Wahlzettel 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 M. pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonien-
 zelle oder deren Raum 30 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Beträge
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (teil-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Siebengelände und Schlup-
 fen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 20. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

1. Wahlkreis:

Stadtverordneter **Dr. Leo Arons**, Berlin.

2. Wahlkreis:

Geschäftsführer **Richard Fischer**, Berlin.

3. Wahlkreis:

Rechtsanwalt **Wolfgang Heine**, Berlin.

4. Wahlkreis:

Stadtverordneter **Paul Singer**, Berlin.

5. Wahlkreis:

Arbeitersekretär **Robert Schmidt**, Berlin.

6. Wahlkreis:

Schriftsteller **Georg Ledebour**,
Zehlendorf bei Berlin.

Für Nieder-Barnim: Stadtverordneter **Artur Stadthagen**, Berlin.

Für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter **Fritz Zubeil**, Berlin.

Steuerbelastung der deutschen und der englischen Arbeiter.

1.

Die Regierung wie die Parteien des nationalen Blocks arbeiten mit Hochdruck, um den „schlichten Mann aus der Werkstätte“ für die Welt- und Kolonialpolitik einzufangen, die, wie der programmatische Appell der „Nordd. Allgem. Ztg.“ am Abend der Reichstagsauflösung beweist, die Regierung in noch weit größerem, weit kostspieligerem Umfang als bisher zu betreiben beabsichtigt — falls es ihr gelingt, bei den bevorstehenden Wahlen eine gefügige Reichstagsmehrheit zusammenzubringen. Mit allen Mitteln einer verlogenen Agitation: mit gefälschten Statistiken, bewußten Entstellungen, erfundenen Ausschüssen wird der sogenannte kleine Mann bearbeitet, damit er am Wahltag die seinen Schultern durch die offizielle Wirtschafts- und Steuerepolitik aufgebürdeten Lasten vergißt und für jene Parteien stimmt, welche die Kolonialpolitik der Regierung im Reichstage blindlings unterstützen.

Den einfachen Arbeiter oder Kleinhandwerker, der nur sein konservatives oder nationalliberales Zeitungsbüchlein in die Hand bekommt, sucht man dadurch für die Regierungsabsichten einzufangen, daß man an die sogenannte „nationale Ehre“ des deutschen Volkes appelliert und ihm erzählt, die Sozialdemokratie habe die in Südwestafrika stehenden deutschen Schutztruppen wehrlos den blutgierigen Horden der Hottentotten ausgeliefert. Um für dieses verlogene Geschwätz den „Söhnen der tapferen Helden von Sedan und Gravelotte“ das richtige Verständnis beizubringen, sind in den letzten Tagen Millionen illustrierter Flugblätter verteilt worden, in denen dargestellt wird, wie blutdürstige Hottentotten deutsche Farmer und Soldaten abschlachten; während andere Bilder mit paradiesischen Palmenhainen, idyllischen Farmerhäuschen und wohlbestellten Ackerfeldern veranschaulichen, was nach der Angabe dieser „Volksfreunde“ noch mal aus Südwestafrika werden könnte, wenn das deutsche Volk zunächst noch einige Milliarden Mark in die afrikanischen Sandwüsten steckt — nicht zum eigenen Nutzen, sondern um künstlich in diesen Gegenden eine neue Spielart der preussischen Junkertasse zu züchten.

Dem intelligenteren Teil der deutschen Arbeiterschaft darf man jedoch — das sehen selbst die Geistesgrößen des Reichsverbandes ein — mit solchen Bilderbogen nicht kommen. Er hat in Zeitungen und Büchern schon manches über Südwestafrika gelesen und läßt über die schönen tropischen Dornbüschigen Dattelpalme, die man ihm auf den Flugblättern schauen läßt. Diese Arbeiter müssen deshalb von einer anderen Seite gepackt werden. Die Kolonialpatrioten erzählen ihnen also unter Berufung auf allerlei zweifelhafte Autoritäten, daß die Kolonien ungeheure Bodenschätze enthalten und deshalb die Kiefenfundgrube, die das deutsche Reich bisher für seine Kolonien aufgemundet hat und voraussichtlich in den nächsten Jahren noch aufwenden müsse, sich später doch verzinsen würden. In 10, 15 oder 20 Jahren würden wahrscheinlich große Bergwerksbetriebe und ausgebeutete Pflanzungen in den deutschen Kolonien entstanden sein, und dann könne Deutschland einen großen Teil seiner Rohmaterialien, vornehmlich Baumwolle, Wolle, Kupfer, Kautschuk usw. aus seinen eigenen Kolonien beziehen. Den Nutzen davon würden aber nicht die deutsch-afrikanischen Mininggesellschaften, Pflanzler, Kolonialbanken, Händler und Reeder haben, sondern die deutschen Arbeiter: denn die

deutsch-afrikanischen Bergwerksbesitzer und Pflanzler würden für ihre Rohprodukte nicht den Preis fordern, den sie dafür auf dem Weltmarkt erhalten könnten, sondern aus „vaterländischer“ Weisheit ihre Produkte nach Deutschland ganz besonders billig verkaufen. Und die großen Hamburger und Bremer Reeder würden aus gleichen „vaterländischen“ Gefühlen — man weiß ja, wie selbstlos die Boermänner schon bisher bei der Ausführung der ihnen von der Regierung übertragenen Transporte verfahren sind — die Erzeugnisse ebenfalls viel billiger nach Deutschland befördern als die englischen Schiffe. Folglich könne der deutsche Fabrikant dann solche Rohstoffe zu viel niedrigeren Preisen einkaufen, als seine ausländischen Konkurrenten. Und da er ein ebenso nationaldenkender Mann sei wie die Reeder, so werde er den billigen Einkauf nicht dazu benutzen, um seinen Profit zu steigern und seine ausländischen Konkurrenten auf den Exportmärkten zu überbieten, sondern lediglich dazu, seine Arbeiter die Löhne zu erhöhen. Zwar wieder-sprechen diese weisen Behauptungen allen Erfahrungen und allen Lehren der bürgerlichen Nationalökonomie, auch glauben die meisten der Herren, an ihre Märchen selbst nicht, aber sie hoffen, daß dennoch ein Teil der Arbeiter darauf hereinfällt; denn die Einfältigen im Geiste sterben bekanntlich nicht aus.

Doch noch ein anderes Argument leisten sich die Herren Weltpolitiker. England sagen sie, gibt für seine Weltpolitik viel größere Summen aus als Deutschland. Seine Kolonien, seine Flotten, sein Meer kosten John Bull viel mehr, und doch haben Großbritannien und Irland nur ungefähr 43 Millionen Einwohner, Deutschland über 60 Millionen. Was England kann, das kann demnach das deutsche Volk auch. Diese Angaben sind teilweise richtig. Nach dem Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 1905 bis 1906 hat das Vereinigte Königreich (England, Schottland und Irland) für die Marine 33,3 Millionen Pfund Sterling, für das Landheer 28,8 Millionen Pfund Sterling und für den Kolonialdienst 1,3 Millionen Pfund Sterling, im ganzen ungefähr 1293 Millionen Mark ausgegeben. Dagegen beziffert sich im Haushaltsetat des Deutschen Reichs für das Jahr 1906/07 die Ausgaben für das Landheer auf 743, für die Marine auf 265 und für die Kolonien mit Einschluß der Kosten der südwestafrikanischen Expedition auf 125 Millionen Mark, im ganzen also auf 1133 Millionen Mark — 160 Millionen Mark weniger als in England.

Auch die englischen Staatssteuern sind im ganzen höher als die deutschen, sodaß, wenn man den Steuerbetrag pro Kopf der Bevölkerung berechnet, der englische Durchschnittslohn den deutschen übertrifft. Aber — und hier beginnt die Täuschung der offiziellen Rechenkünstler — diese Durchschnittsrechnung ist absolut wertlos, denn nicht darauf kommt es an, wie viel von allen Staatssteuern auf ein gedachtes Durchschnittsindividuum entfällt, sondern was tatsächlich der Einzelne je nach seinem Einkommen, seinem Vermögen, seinem Beruf und seinem Verbrauch an Steuern und Abgaben zahlen muß. Für den Arbeiter kommt demnach nur in Betracht, was er in Wirklichkeit selbst an Steuern aller Art zu zahlen hat und wie sich dieser Steuerbetrag zu dem verhält, den die reicheren Staatsbürger entrichten.

Diese Rechnung aufzumachen, fällt aber der „Nordd. Allgem. Ztg.“ gar nicht ein, denn dann würde sich sofort herausstellen, daß in England der Arbeiter viel weniger Steuern zahlt, als sein deutscher Arbeitskollege und daß das englische Bürgertum, wenn es auch mehr für seine

Weltpolitik ausgibt, doch die Kosten dieser Politik größtenteils selbst trägt — im Gegensatz zu den herrschenden Klassen des neuen deutschen Reiches preussischer Nation, die nicht nur verstanden haben, die Kosten ihrer Weltpolitik in der Hauptsache den ärmeren Volksschichten aufzuladen, sondern obendrein auch noch diesen Schichten durch eine schändliche Schutzoll- und Agrarpolitik die notwendigen Lebensmittel zum eigenen Vorteil zu verteuern.

Schon an und für sich ist es lächerlich, die Kosten des englischen Landheeres und der Kriegsmarine mit den Kosten des deutschen Militarismus in Vergleich zu stellen. England hat eine Wehrarmee, Deutschland die allgemeine Militärdienstpflicht. In England braucht der junge, kräftige Mann nicht 2 oder 3 Jahre dem Staat zu dienen. Ist das englische Militärsystem auch keineswegs unser Ideal, so hat es doch wirtschaftlich für den englischen Arbeiter eine Reihe entschiedener Vorteile. Dazu kommt, daß der in Deutschland zum Militärdienst Einberufene nicht nur aus seinem Beruf und seiner Stellung herausgerissen wird, sondern daß er auch meist während der Dienstzeit keine kleinen Ersparnisse verbirgt oder daß seine Verwandten ihn unterstützen müssen, also in dieser Form dem Staate eine besondere Militärsteuer entrichten, die ihren sonstigen Steuerleistungen hinzugerechnet werden muß.

Wenn sich die Ausgaben des englischen Heeres und der Flotte höher stellen als jene Deutschlands, so nur deshalb, weil der Engländer nicht zu dienen braucht, weil also die englische Regierung gezwungen ist, Söldner anzuwerben und diese weit höher entlohnen muß, denn für den Sold, den der deutsche „Jüngling in des Königs Rock“ erhält, dient kein englischer Soldat.

Nudem aber trägt der englische Arbeiter nur verhältnismäßig geringe Steuersummen zur Erhaltung des Militarismus, Marinismus und der Kolonialausgaben bei. Den größten Teil dieser Lasten trägt in England das wohlhabende Bürgertum. Schutzölle kennt England nicht, nur Finanzölle und Verbrauchssteuern, die vornehmlich von Tee, Kaffee, Kakao, Zucker, Spirituosen, Bier und Wein erhoben werden. Die Finanzölle erbrachten im Rechnungsjahr 1905/06 36 Millionen Pfund Sterling, die Verbrauchssteuern (Kaffe) 36,6 Millionen Pfund Sterling, im ganzen also ungefähr 1480 Millionen Mark. Die Steuern auf Kaffee, Zucker, Kakao sind beträchtlich niedriger als in Deutschland. Der Zoll für rohen Kaffee beträgt z. B. in England pro Zentner 14 M., in Deutschland 20 M., für rohen Kakao 9 M., in Deutschland 10 M., für Zucker 4,20 M., in Deutschland 9,80 M. Nur Tee kostet in England mehr, nämlich 48 M. gegen 12,50 M.

England zieht denn auch aus den genannten Steuern nur einen geringen Ertrag. Fast fünf Siebentel seiner Gesamteinnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern, nämlich 49,9 Millionen Pfund Sterling, also über tausend Millionen Mark, bringen Tabak, Spirituosen und Bier, die beträchtlich höher belastet sind als in Deutschland. Die Tabaksteuer beträgt in England 36 bis 40 Pence pro englisches Pfund, also 3,50 bis 3,85 M. pro deutsches Pfund. Die Spirituosensteuer 11 Schilling pro Gallone = 2,50 M. pro Liter, die Biersteuer 7 Schilling 9 Pence pro Barrel = 4¼ Pf. pro Liter. Dagegen hat England keine Steuer auf Vieh, Fleisch, Getreide, Mehl, Gemüse, Hülsenfrüchte, Butter, Käse, Eier, Schmalz, Salz, Reis usw.

Seine Haupteinnahmen bezieht es aus der Einkommen-, Erbschafts-, Urkunden- und Wechselstempelsteuer, sowie der Grund- und Haussteuer, dem Post- und Telegraphendienst.

Die Einkommensteuer erbrachte z. B. im Jahre 1905/06 694 Millionen Mark, 492 Millionen Mark mehr als in dem nur um 6 Millionen Einwohner weniger bevölkerten Preußen. Trotzdem ist der Arbeiter in England von der Einkommensteuer befreit, denn diese beginnt dort erst bei einem Einkommen von 3200 Mark, in Preußen bekanntlich schon bei 900 Mark. Dafür hat der Vermögende in England desto mehr zu zahlen. So entrichtet z. B. in Preußen derjenige, der 10 000 M. Einkommen hat, nur 300 M. Einkommensteuer, in England dagegen 460 M. Die Steuererhebung des „perfiden Albions“ geht eben von der Ansicht aus, daß der, der wenig verdient, auch nur wenige oder gar keine Steuern zahlen soll.

Dasselbe gilt von der Erbschaftsteuer. Nach dem Vorschlag wird die neuerdings eingeführte deutsche Reichserbschaftsteuer 72 Millionen Mark erbringen, von welcher Summe das Reich jedoch nur zwei Drittel, also 48 Millionen Mark erhält. In Großbritannien und Irland lieferte die Erbschaftsteuer im Rechnungsjahr 1905/06 hingegen 366 Millionen Mark, also mehr als das Fünffache. Trotz dieses hohen Ertrages trägt auch zu dieser Steuer der englische Arbeiter wenig oder gar nichts bei, denn während in Deutschland die Steuerpflicht schon bei einem Erbanfall von 500 M. beginnt, tritt in England erst die Steuerpflicht bei 2000 Mark ein, und außerdem wird in der Praxis der Doutrat einer Arbeiterwohnung meist ganz außer Betracht gelassen. Wenn dennoch in England die Erbschaftsteuer den fünffachen Betrag ergibt, so deshalb, weil die großen Erbschaften um so kräftiger zur Steuer herangezogen werden, und weil ferner das englische Gesetz alle jene besonderen Vorrechte und Vergünstigungen nicht kennt, die das deutsche Reichserbschafts-Steuerrecht dem ländlichen Grundbesitzer gewährt. Wie fast durch die ganze deutsche und preussische Steuererhebung die Tendenz geht, den ländlichen Grundbesitz zu schonen und den ärmeren Volksschichten die Lasten aufzubürden, so haben bekanntlich auch in das Reichserbschaftssteuerrecht allerlei Bestimmungen Aufnahme gefunden, welche die Steuerpflicht des Junkertums ganz beträchtlich ermäßigen.

Es ist also richtig, die englische Bevölkerung zahlt höhere Staatssteuern als die deutsche. Nicht minder richtig ist aber, daß zu den englischen Steuererhebungen die hohen Kosten der britischen Weltmachtspolitik den aufgebürdet sind, die von dieser Politik den Vorteil haben; während im deutschen Reich die herrschenden Klassen zwar bereit sind, die Vorteile einzutreten, die Kosten aber trotz aller ihrer patriotischen Phrasen aus der Besteuerung des Nahrungsbedarfes der großen Masse herauszuholen suchen. Die Kosten ihrer weltpolitischen Interessenpolitik selbst zu übernehmen, so weit reicht ihr sogenanntes „nationales Ehrgefühl“ nicht.

Das ist der Unterschied zwischen dem „perfiden Albion“ und der neuen Reichsherrschaft.

Wahlkampf.

Unser Aufmarsch.

In anderer Stelle in der heutigen Nummer veröffentlichen wir die Liste unserer Kandidaturen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat ihren Aufmarsch vollzogen. In Reich und Glied steht unser tapferes Heer, um den 25. Januar 1907 zu einem Ehrentage für das deutsche, für das internationale Proletariat zu machen. Den Fehdehandschuh, den die Regierung hingeworfen hat, wir nehmen ihn freudig an. Die losen Heerhaufen der gegnerischen Parteien, die Wischmatsch-Armee, deren Kadres sich hier vereinigen, dort wieder auseinanderlaufen — wir erwarten sie mit gutem Mut und Kampfbereitschaft.

Zum ersten Male hat die deutsche Sozialdemokratie alle 397 Kreise mit Kandidaten besetzt. Das ist keiner deutschen Partei bisher möglich gewesen.

Es kandidieren 340 Parteigenossen, von denen 25 in mehr als einem Kreise aufgestellt sind. Im Jahre 1903 muhten noch 36 aller 322 kandidierenden Genossen zwei und mehr Kandidaturen übernehmen.

Alles, alles beweist, daß wir vorwärts gekommen sind, daß unsere Genossen allenthalben im weiten Reich, in Stadt und Land, treffliche Vorkarbeit geleistet haben.

Am nächsten Freitag löst unser Heer auf die Armees der Reaktion. Noch immer hat frohe Zuversicht kämpfern, die für eine gute Sache in die Schranken treten, die Erringung des Sieges leichter gemacht. Die Sozialdemokratie kämpft für eine gute, sie kämpft für die beste Sache! Und der Mut, die Hoffnung, die Zuversicht ihrer Streiter — sie waren niemals froher als zu dieser Wahl. Der Zeitpunkt ist gut gewählt, die Vorbereitungen sind aufs Beste getroffen. Und nun drauf und dran! Rieder mit der kulturfeindlichen vereinigten Reaktion!

Wahlergebnis-Telegramme

ersuchen wir die Wahlkomitees der einzelnen Wahlkreise am Freitagabend bis spätestens 11 Uhr abzusenden an die Adresse:

Dringend. Sozialdemokrat, Berlin.

Teilergebnisse bitten wir nur dann zu senden, wenn bis 11 Uhr das Gesamtergebnis nicht zu erhalten ist.

Spätere Telegramme finden in der Extraausgabe von Sonnabend mittig Aufnahme.

Von der Reichslügenfabrik.

Offenbar von dem Reichsverband des edlen Liebert, des politischen Reichstators des Reichsanstalters, des Schirmherrn aller Streikbrecher, stammt ein Flugblatt, das den Titel trägt: „Die koloniale Lügenfabrik“. Da die Verfasser des Flugblattes offenbar befürchten, daß dieser schöne Titel von den Lesern ihrer kolonialen Schwindelaufmachungen auf dies ihr eigenes Fabrikat bezogen werden könnte, haben sie der Schwindelschrift noch den Untertitel gegeben: „Erzberger, Stadthagen u. Co.“ Das reichsverbandlerische Schwindelfabrikat enthält nichts als eine Zusammenkittung jener Dernburgschen Phantaziezahlen, die sofort nach der Veröffentlichung in der Presse die gründlichste Widerlegung gefunden haben.

Bezeichnend für die edle Dreifigkeit der kolonialen Lügenfabrik ist es, daß sie auch wiederum mit jener Strassatistik zu treiben suchen, die da beweisen sollte, daß von den Kolonialbeamten, Schutruppenangehörigen unmöglich so viele Verbrechen begangen worden sein könnten, da ja nur so wenig bestraft worden seien. Bekanntlich erklärte der freisinnige Abgeordnete Ablaß sofort Herrn Dernburg, daß diese Statistik der

allerkaufte Zauber

wäre, da sich ja kein Mensch darüber befragen werde, daß zu viele Beamte bestraft worden seien! Im Gegenteil: die Anklagen gegen die Regierung erfolgten ja gerade deshalb, weil infolge eines standeslosen Vertuschungssystems die ungeheuerlichsten Verbrechen feinerer Sühne begangen hätten!

So der freisinnige Abgeordnete Ablaß. Die Freisinnspresse aber läßt diese Schwindelblätter des ihr verbündeten Reichsverbandes ruhig in die Welt gehen, ohne gegen solche altherne Tricks auch nur ein Wort des Protestes zu erheben. Der Freisinn ist eben vollständig auf den Reichsverband gekommen!

Im übrigen wird wortgetreu nach Dernburg erzählt, daß die Kosten für unsere Kolonien in 22 Jahren nur 678 Millionen betragen, während sie, wie längst erwiesen,

mehr als 1500 Millionen

betragen. Ebenfalls wird der altherne Schwindel von dem Zuwachs des „Nationalwohlstandes“ um 30 000 Millionen Mark ins Feld geführt, aber weislich verschwiegen, daß von diesen 30 000 Millionen nicht ein Pfennig in die Taschen des arbeitenden Volkes geflossen ist!

Es versteht sich von selbst, daß auch der abgeschmackte Schwindel von dem Deutschland durch den amerikanischen Baumwollkult auf-erlegten Tribut von 150 bis 200 Millionen Mark — obendrein noch in vergrößerter Form — wieder aufgewärmt wird. Daß der „Vorwärts“ längst auf Grund der amtlichen Statistik nachgewiesen hat, daß diese Verwahrung durch den Baumwollkult den deutschen Verbrauch höchstens mit 90 Millionen Mark belastete, daß aber die deutschen Eisenindustrien durch eine viel standeslosere Heraufschraubung des Eisenpreises den deutschen Eisenverbrauch um 298 Millionen belasteten, wird dreist und gottesfürchtig unterdrückt.

Das Flugblatt wagt den deutschen Wählern ferner genau so wie ein anderes Flugblatt „Die Baumwolle und die deutschen Kolonien“ vorzutäuschen, daß durch eine erhebliche Produktion von Baumwolle in den deutschen Kolonien die Baumwollpreise für die deutsche Industrie günstiger gestaltet werden könnten, obwohl wir ebenfalls auf Grund amtlicher Zahlen nachgewiesen haben, daß Englands Baumwollindustrie keineswegs günstiger arbeitet als die deutsche, obwohl in Britisch-Indien und in Ägypten, das ebenfalls unter britischer Herrschaft steht, die gewaltigsten Mengen von Baumwolle produziert werden!

Mit so bodenlos unehrlichen Täuschungsversuchen arbeitet die Dernburg-Liebert-Claque, um einen Reichstag zusammenzubekommen, der dann das deutsche Volk

weiterhin mit Millionen für eine aberwähige Flotten- und Kolonialpolitik

belasten kann! Gerade zur rechten Zeit hat sich nun auch ein Nicht-Sozialdemokrat, ein Legationsrat a. D., Herr Dr. Alfred Zimmermann, gefunden, der in der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ zu Berlin am Mittwoch einen Vortrag gehalten hat, dessen Inhalt von den Dernburgschen Phantazereien und den reichsverbandlerischen Lügen durch seine wirkliche Sachkenntnis außerordentlich vorteilhaft absteht.

Die „Freisinnige Zeitung“, die hervorhebt, daß Dr. Zimmermann von kolonialer Seite ein Sachverständnis um so weniger abgeprochen werden könne, als Zimmermann längere Zeit Beamter der Kolonialabteilung gewesen sei, berichtet über den Inhalt des Vortrages das Folgende:

„Über den Wert der Kolonien hat sich Legationsrat a. D. Dr. Alfred Zimmermann am Mittwoch in der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ zu Berlin ganz anders ausgesprochen, als der optimistische Kolonialdirektor Dernburg. Dabei kann man Dr. Zimmermann Sachverständnis nicht absprechen, da er längere Zeit Beamter der Kolonialabteilung gewesen ist. Er hob in seinem Vortrag hervor, daß der Besitz von Kolonien an sich durchaus nicht immer von Nutzen ist. Von entscheidender Bedeutung für den Wert einer Kolonie sei der Umstand, ob sie ein Siedlungsgebiet für Weiße darstellt, oder ob ihre Bevölkerung wenig oder gar nicht kultiviert ist. In unseren deutschen afrikanischen Kolonien fehlt es an brauchbaren Wassertragen, auch sind bisher noch keine Schiffe oder Erzeugnisse für den Weltmarkt dort gefördert worden. Der Besitz allein entscheidet noch nicht über den Wert einer Kolonie. Heute sei aber der Wert kolonialer Politik anders zu beurteilen, als in früheren Zeiten. Denn während bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts alle Rohstoffe allein aus den Kolonien bezogen werden konnten, kommen sie heute aus vielen unabhängigen Produktionsländern, und kein Land ist heute imstande, seinen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln allein aus seinen Kolonien zu beziehen; denn eine Absperrung würde die Entwicklung jedes Staates hindern: Deutschland bezog 1905 von seinen 398 Millionen Mark für Baumwolle aus den Vereinigten Staaten für 294 Millionen und nur für 98 Millionen Mark aus Britisch-Indien und Ägypten; es bezog für 329,5 Millionen Mark Weizen aus Argentinien, für Kaffee zahlte Deutschland 1905 nach Brasilien 98 Millionen Mark, 20 Millionen Mark nach Guatemala und 22 Millionen Mark nach dem übrigen Zentralamerika. Für 33 Millionen Mark Kakaobezug bezog Deutschland 1905 aus Brasilien, für 14,5 Millionen Mark aus Ecuador und Venezuela, für nur 800 000 Mark aus Kamerun. Kautschuk kam für 22 Millionen Mark aus Brasilien, für 12 Millionen Mark aus dem übrigen unabhängigen Amerika. Latex wurde 1906 für 18 Millionen Mark aus Brasilien, für 1,5 Millionen Mark aus Kuba nach Deutschland importiert. Schafwolle für 106 Millionen Mark aus Argentinien. Eine kluge, weitläufige Handelspolitik ist nach des Vortragenden Anschauung heute volkswirtschaftlich noch wertvoller als der Besitz von Kolonialgebieten. Selbst England bezog bei einer Gesamtzufuhr von 537 Millionen Pfund Sterling 1904 nur für 120 Millionen aus den Kolonien. Bei Frankreich ist der Anteil der Kolonien noch geringer. Die Handelsstatistik lehrt, daß so wenig wie früher heute sich ein Weltreich gebildet hat, das sich selbst genügt. Die Kapitalisten der zivilisierten Nationen müssen in der ganzen Welt tätig sein. Der Besitz von Kolonien ist für aufstrebende Staaten keine wirtschaftliche Notwendigkeit, weil jedes Bedürfnis heute durch die Handelspolitik zu befriedigen ist.“

Wir erwähnten schon, daß die „Freisinnige Zeitung“ diese Auslassung als die eines kolonialen Sachverständigen bezeichnete. Entschiedener noch spricht sich die linksfreisinnige „Berliner Volks-Zeitung“ aus, die schreibt:

„Diese Ausführungen verdienen um so mehr Beachtung, je mehr in dem gegenwärtigen Wahlkampf ein blinder, kritikloser Kolonialenthusiasmus als Kennzeichen eines wirklich „nationalen“ Wählers hingestellt wird.“

Wer aber ist es, der sich in solch „blinden Kolonialenthusiasmus“ überläßt? Der mit den Staatsrechtlern und Fleischwucherern gemeinsam mit den Kolonialautokraten gegen die Arbeiterschaft zu Felde zieht? Niemand anders als der Freisinn!

Nicht nur jeder denkende Arbeiter, sondern auch jeder einsichtige, wirklich freisinnige Wähler muß unter solchen Umständen der freisinnigen Liebert-Schutruppe am 25. Januar den verdienten Zutritt versehen! —

Eine aufgewärmte Lüge.

In den vom Reichsverband ausgehaltenen Ordnungsbüchern, in zahlreichen Flugblättern wird jetzt wieder getrieben mit folgendem angeblichen Ausspruch des Genossen Ledebour:

„Die Sozialdemokratie hat mit den Mittelstandskreisen absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, das heißt der Handwerker, Ladenbesitzer, kleinen Industriellen usw. zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Gewerbetreibenden zu schützen oder zu stützen, sondern es liegt nur in der Abicht der Sozialdemokratie, daß diese Elemente ihre Selbständigkeit aufgeben; auf irgendwelche Hilfe hat der Mittelstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu hoffen.“

Genosse Ledebour, der zurzeit auf der Wahlagitator begriffen ist, hat diese Lüge im Leipziger Litan-Blatt gefunden und schrieb darauf der „Leipziger Volkszeitung“:

„Auf der Durchreise durch Leipzig wurde ich auf die obigen Ausführungen in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 16. Januar aufmerksam gemacht. Dieser Anwurf des Litan-Blattes befristet abermals den alten Erfahrungssatz, daß Lügen zwar kurze Beine, aber tausend Zungen haben, denn jene mir zugeschriebenen Sätze sind perfide Entstellungen von Ausführungen, die ich im Wahlkampf des Jahres 1903 in einer Berliner Versammlung gemacht habe. Sie entstammen der Feder eines reaktionären Agitators, der in jener Versammlung für jüdische Bestrebungen eintrat und dann meine Erwiderung in einem der reaktionären Presse zugesandten Rundschreiben böswillig entstellte. Während ich nämlich die Zerstückelung des Mittelstandes als naturgemäße Wirkung der großkapitalistischen Konkurrenz dargestellt hatte, unterließ der fälschungsbefähigte Emissar des Reaktionslagers mir, ich hätte von jenem ökonomischen Entwicklungsprozeß als einem Resultat mittelstandsfreundlicher Absichten der Sozialdemokratie gesprochen. Jeder nationalökonomisch geschulte Sozialdemokrat erkennt sicher die bössartige Fälschung schon aus dem Litan-Zitat selbst. Als die Fälschung im Juni 1903 auftauchte, habe ich obendrein sofort im „Vorwärts“ eine ausführliche Richtigstellung unter Verbergabe meiner entsprechenden Ausführungen veranlaßt. Trotzdem taucht seit jener Zeit immer und immer wieder die alte Fälschung von neuem auf, bald in diesem, bald in jenem reaktionären Winkelblatt. Ich habe dann eine Zeitlang Abzüge jener Richtigstellung im „Vorwärts“ an unsere Parteiorgane zum Abdruck veranlaßt, wo die unsterbliche Lügenmarke auftauchte. Tut nichts! Es wird weiter gelogen! Ein besonders feiner Kniff des Litan-Blattes ist es, daß es seinen Lesern die alte abgefangene Lüge aus dem Wahlkampf von 1903 mit der Bemerkung serviert: „Diese Erklärung liegt nur kurze Zeit hinter uns.“

Wo könnte dieses edle Organ auch zurückbleiben, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu verleumdern! Daß ich jetzt endlich die Lüge aus der Welt geschafft hätte, erwarte ich natürlich nicht mehr. Sie wird weiter blühen und gedeihen auf dem Sumpfboden der reaktionären Presse.

Leipzig, 17. Januar 1907.

G. Ledebour.

Vom selben Kaliber, wie diese Lüge sind alle die anderen „Zitate“, mit denen in nationalen Flugblättern jetzt die Mittelstandsfreundlichkeit der Sozialdemokratie bewiesen wird. Sie sind schon zu zehn und mehr Malen blühend widerlegt, als Lügen erwiesen worden. Aber sie tauchen mit tölicher Sicherheit bei jeder Wahl wieder auf, obgleich die Segner längst wissen, daß es Fälschungen sind. Es ist das nicht weiter verwunderlich, denn wenn die Ordnungskräfte bei der Wahrheit bleiben wollten, würden sie ja die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen.

Behördliche Wahlbeeinflussung.

Wie unterfressen auch bei dieser Wahl wieder behördliche Organe konservative Wahlagitator betreiben, dafür ein Beispiel:

Im Dorfe Glowken bei Pösching, Kreis Gollub, wurde dieser Tage folgendes, mit Amtssiegel versehenes Schreiben von Haus zu Haus besördert:

Bekanntmachung.

Zur Reichstagswahl hat das königliche Landratsamt den Gemeindevorsteher Herrn Henning, Herzogstal, zum Wahlvorsteher und zu dessen Stellvertreter, den Gemeindevorsteher Roselchner, ernannt. Als Wahllokal für den Wahlbezirk Glowken-Herzogstal, ist die Schule zu Glowken bestimmt.

Die Wahl findet am 25. Januar d. J. von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt.

Wähler.

Er scheint alle zur Wahl, — es gilt Deutschlands Zukunft zu behaupten — es gilt den Kampf gegen die Sozialdemokratie — die durch irreführende Propaganda das deutsche Volkleben vergiftet und zugrunde richtet — gleich einem Trunkenbolde und Tagedieb, der seine eigene Existenz untergräbt und die Zukunft seiner Familie in Frage stellt. — — —

„Darum auf zur Wahl!“

Glowken, den 15. Januar 1907
der Gemeindevorsteher
Roselchner.

Natürlich muß eine auf diese Art zustande gekommene Wahl für ungültig erklärt werden. Aber nirgends preisen die Ordnungsmänner so auf Anstand und Gesetze, als in den ostelbischen Junker-gefilde.

Schreibt Wahlbriefe!

Ein Genosse schreibt uns: „Alle Kollegen und Genossen, die indifferente Väter, Brüder oder Bekannte in Stadt oder Dorf haben, möchte ich darauf aufmerksam machen, diese Angehörigen durch Briefe an ihre Pflicht zu mahnen, daß sie am 25. Januar den Sozialdemokraten wählen. Jeder erkundige sich, zu welchem Wahlkreis das Städtchen oder Dorf, worin die betreffenden wohnen, gehört. Man glaubt es kaum, was ein solcher Brief für Früchte bringt. Was einem Flugblattverbreiter dort nicht gelingt, gelingt aber durch solch einen Brief. Wir haben die Pflicht, alle christlichen Mittel anzuwenden, denn unsere Gegner sind nicht wählerisch in ihren Mitteln.“

Die „angebliche“ Fleischnot.

Ein niedliches Malheur ist dem „Weißenseiler Tageblatt“ dieser Tage passiert. In derselben Nr. 11 des Blattes, in welcher sich die Redaktion des „V. L.“ lustig macht über die „angeblich unerhörten Fleischpreise und hohen Lebensmittelpreise“, die den Sozialdemokraten zur Wahlagitator dienen müßten, findet sich folgendes Inserat:

Da meine Kundschaft mich veranlaßt hat, auch fernerhin Hundfleisch zu liefern, suche ich Hunde zum Schlachten zu kaufen und zahle ebenso wie für Pferde zum Schlachten stets höchste Preise. Empfehle alles nur in erster Qualität.

Wir erwähnen das an sich bedeutungslose Vorkommnis, weil die Zeugung der Fleischnot durch die Ordnungspresse überall von derselben Beweiskraft ist, wie in Weizenfeld.

Proletarische Opferwilligkeit.

Die Maurer in Leipzig beschlossen in ihrer gestrigen Versammlung, am 25. Januar die Arbeit ruhen zu lassen und sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Den gleichen Beschluß faßte eine Versammlung der Kürschner in Markranstädt.

Ein „Fortschritt“!

Der ultramontane „Bayerische Kurier“ schreibt in einem Artikel über Stabskandidaturen im Zentrum: „Arbeiterkandidaturen sind diesmal so zahlreich, wie nie zuvor; insgesamt sind diesmal mehr als ein Dutzend Arbeitersekretäre aufgestellt; wo früher als Kandidaten andere Namen genannt wurden, findet man heute Arbeiterkandidaturen, das ist ein großer Fortschritt, den wir begrüßen.“

Welche Ehre aber auch für die christlichen Arbeiter, daß sie ihren Namen hergeben dürfen für ultramontane Kandidaturen. Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums kennt eben keine Grenzen!

Aus dem 17. sächsischen Reichstagswahlkreise

dem Wahlkreise Auer — schreibt man uns: Die Wogen des Wahlkampfes gehen hier außerordentlich hoch. Der gesamte bürgerliche Klängel hat sich unter dem hochklingenden Namen „Die vereinigten nationalen Parteien“ auf der von Herrn v. Bülow gewünschte Brücke zusammengefunden und einen Herrn Dr. Claus als Kandidaten auf den Schild gehoben. Herr Dr. Claus verspricht denjenigen, die ihn wählen wollen, soviel, daß einem fast bange werden könnte. Unsere Versammlungen sind äußerst stark besucht und von einer freudigen Begeisterung für unseren Auer getragen. Genosse G. Vint aus Berlin ist seit dem vorigen Sonnabend in den Versammlungen als Redner tätig. Die Versammlungen in Gersdorf, Oberlungwitz und Meerane waren äußerst stark besucht, 1000, 700 und 500 Personen, darunter viele Frauen, waren anwesend. Die Versammlung in Meerane wurde polizeilich abgebrochen. In Oberlungwitz und Meerane waren Jungliberale anwesend und empfahlen die Kandidatur Claus, der ein moderner deutscher jungliberaler Mann sei, in sehr berebten Worten. Einer dieser Herren meinte ganz naiv, daß das, was ihr Redner (Sozialdemokrat) verlangt und wofür die Sozialdemokratie eintreten will, das alles verlangt auch Herr Dr. Claus. „Schaden Sie sich nicht selber — so meinte der Redner mit Pathos — dadurch, daß Sie international werden, werden Sie national und kreis in der Bevölkerung, die Ihnen — den Arbeitern — heute noch feindlich gesinnt sind, weil Sie (die Arbeiter) es mit den Internationalen halten, werden zu Ihnen kommen, mit Ihnen gehen und Sie unterstützen; prüfen Sie und wählen Sie mit uns Herrn Dr. Claus, den Kandidaten der „vereinigten nationalen Parteien.“ Diese Tiraden wurden von unserem Redner, dem Genossen Vint, indessen gründlich zerstückelt und die ganze Dohleheit derselben nachgewiesen. Die Begeisterung bietet uns die beste Gewähr, daß unsere Stimmenzahl ganz beträchtlich steigen wird.

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Aus dem Kreise Kallau wird uns berichtet: Am Mittwoch hatten die Freisinnigen die Kallauer Wähler zu einer Versammlung eingeladen. Sie war gut besucht; alle Beamten mit und ohne Uniform waren erschienen, auch der Bürgermeister und die Fabrikanten. Da unseren Kallauer Genossen die drei Säle des Ortes verweigert wurden, so hatten sie sich ebenfalls zahlreich eingefunden. Gleich im Anfang zeigte der Freisinn sich als Regierungspartei, die Versammlung begann mit einem Kaiserhoch. Aldann hielt der freisinnige Kandidat des Kreises, Lehrer Rosin ein Referat. worin viel von der „nationalen Ehre“, von „unseren kämpfenden Jungen, die man nicht im Stich lassen dürfe“ usw. die Rede war. Besondere Angst hat Herr Rosin vor der Abschaffung des Privateigentums. Auch der sozialdemokratische Kallauer hatte es ihm angetan usw. Als nach Schluß des 11/2 stündigen Sermons unser aus Berlin erschiener Genosse G. Wiesner als Vertreter für den sozialdemokratischen Kandidaten Genosse Hermann Schubert, der leider am Erscheinen verhindert war, zur Zurückweisung der Angriffe und zur Darlegung unseres Standpunktes das Wort wünschte, gab man ihm gnädigst 15 Minuten Redezeit. Genosse Wiesner ging mit dem Referat gehörig ins Gericht. Mehrere Male deutete sichtlich der Vortragende durch Stotterungen an, daß die 15 Minuten überschritten seien. Als es 22 Minuten waren, erteilte der Vorsitzende plötzlich einem Ordnungsmann das Wort trotz des Protestes unseres Genossen Wiesner, da er doch unmöglich in der kurzen Zeit all den Unsinn widerlegen könne. Alles Protestieren half indes nichts, Herr Rosin meinte, wir sollten nur bei den Konterpartien eine Disjunktion verlangen, und der Vorsitzende meinte ironisch, er hätte doch bei der Worterteilung gesagt, daß „Fragen“ an den Kandidaten gestellt werden dürften. Nach der Ordnungshäule, einem Kallauer Gastwirt, der noch mehr Kolonien haben wollte, kam nochmals Herr Rosin an die Reihe, der bezüglich der Kolonien noch besonders erklärte: „Was wir haben, halten wir fest!“ (Zwischenruf Wiesners: „Auch wenn es unrentabel ist?“) „Ja, auch wenn es unrentabel ist!“ Schließlich wurden dem Genossen Wiesner noch einmal 15 Minuten zugesprochen, da aber Proteste dagegen kamen und die 15 Minuten nicht im entferntesten genügten, so verzichtete er im Einverständnis mit unseren Genossen.

Die Genossen sind mit dem Verlauf der Versammlung sehr zufrieden.

Aus dem Wahlkreis Ruppin-Templin wird geschrieben: Noch nie ist in diesem Kreise eine so heftige Wahlagitator eufaltet worden wie diesmal. Konservativen und Freisinnigen kämpften gemeinsam gegen die Sozialdemokratie. Jeder in seiner Weise. Justizrat Dietrich, der Kandidat und bisherige Abgeordnete und Vorgesessener der Grafen Arnim, Jettien-Schwerin, Quast usw., behauptet in allen seinen Wahlversammlungen, daß nur diese edelsten der Nation es gewesen sind, die Verständnis für das Wohl des Handwerks und Mittelstandes an den Tag gelegt haben. Als Berater und Lehrer für das Wohl des Handwerks habe ihnen Tischlermeister Pauli-Pottdam als Sachverständiger zur Seite gestanden, wenn es galt, etwas für den kleinen Mann zu tun. Leider, so sagt Herr Dietrich, werden wir diesen unseren Freund zum Schaden des Handwerks verlieren und wird der Sozialdemokrat Liebnecht, der kein Freund des Handwerkers und Mittelstandes ist, seinen Platz einnehmen. Von Zöllen und Steuern, die die Konterpartien dem Handwerker und Mittelstande auferlegt haben, erwähnte dieser Freund der kleinen Leute kein Wort, desto öfter aber müssen angebliche Reden unserer Genossen Ledebour (in der heutigen Nummer ist die Fälschung jener Rede gekennzeichnet. D. A.) und Vof herhalten, woraus der fündige Advokat dann beweist, daß seitens der Sozialdemokratie die kleinen Geschäftsleute und Handwerker mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden sollen. Allerdings mußte er sich in Rheinsberg vom Genossen Niesel nachweisen lassen, daß Junker und Feudale noch nie etwas für den Mittelstand getan haben, was ihm wirklich genügt hat, daß sie ihnen dagegen schwere Lasten durch die Zölle auferlegt haben. Mit ähnlichen Mitteln wie Herr Dietrich agitiert der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, der Großdeputierter Herr Max Schulz, der aber, um ganz sicher die Stimmen der kleinen ländlichen Wähler einzufangen, in jeder Versammlung den Charakter des Großindustriellen abstreift und den eines kleinen ländlichen Besitzers annimmt. Als Beweis gilt seine Wädnerrstelle in Tangedorf. Zweitens, und das ist typisch für den Freisinn und seine Wandlungsfähigkeit, will Herr Max Schulz teile, und verspricht, falls er gewählt wird, einen solchen Antrag im Reichstoge einzubringen. Nämlich den, daß die großen Kron-güter geteilt werden sollen zum Besten der kleinen Bauern.

Auch an Wahlbeeinflussungen läßt man es jetzt schon nicht fehlen. Die Konterpartien lassen durch ihre Organe in den einzelnen Orten Unterschriften sammeln und verpflichten jeden, konservativ zu wählen. In der Gegend des feudalen Grafen Arnim hat man den Wählern zwei Peter Holz versprochen, wenn sie für Dietrich stimmen. In allen Versammlungen, die die Herren bis jetzt abhielten, traten ihnen unsere Genossen entgegen. Im Dienste beider Ordnungsparteien steht der Reichs-lügenverband, der mit den schlechtesten Mitteln gegen die Sozialdemokratie arbeitet. Wird aber nicht viel helfen.

Ein schamloser Schwindel aufgedeckt.

In zahlreichen Flugblättern des Reichsverbandes und der aus ihrer Küche gespeisten „nationalen“ Parteien ist in Fettschrift zu lesen:

„Zweibeinige Tiere in Uniform“

nannte 1872 der „Volkstaat“, das Blatt des Abgeordneten Liebnecht, die deutschen Soldaten, die als Sieger aus Frankreich zurückkamen.

Arbeiter! Genau so denken die Sozialdemokraten im Herzen auch über die deutschen Soldaten in Südwestsafrika. Arbeiter! Sind eure Söhne und Brüder, die dort kämpfen, wirklich zweibeinige Tiere? Wollt ihr einem Kandidaten eure Stimme geben, dessen Parteigenossen so von euren Kapiteln denken?

Der „Vorwärts“ hat schon zu Beginn des Wahlkampfes dies angebliche Zitat aus dem „Volkstaat“ für eine Fälschung erklärt und festgestellt, daß im ganzen Jahrgang 1872 des „Volkstaat“ — periferweise geben die Schwindler die Nummer nicht an — eine solche Äußerung nicht vorkommt, daß dagegen an einer Stelle von Soldaten als „Weissen Sklaven in Uniform“ gesprochen wird, aber nicht, um sie zu beschimpfen, sondern in einer Verteidigung ihrer Rechte; der betreffende Artikel tritt energisch für eine anständige Behandlung der Soldaten und ihren Schutz vor Soldatenschändern ein!

Unsere unanständigen Gegner sind indes nicht geneigt, den Schwindel aufzugeben.

In Lübeck hat der Ordnungsmischmasch in einem Flugblatt die Lüge wiederholt. Auf eine geharnischte Brandmarke durch unsere Genossen ließen sie sich endlich herbei, die Nummer des „Volkstaats“ anzugeben, in der das Zitat enthalten sein soll. Bezeichnenderweise ist es nicht eine des Jahrgangs 1872, wie bis dahin immer behauptet worden war, sondern des Jahrgangs 1873. Und zwar die Nummer 71.

Wir schlugen die Nummer 71 auf. Und was fanden wir? Der „Volkstaat“ hat allerdings von „zweibeinigen Tieren“ gesprochen. Aber in welchem Zusammenhang! Hier ist die Notiz in ihrem vollen Wortlaut:

Zivil und Militär. Daß der Mensch, der keine Uniform trägt, im Militärstaat nur für einen halben Menschen gilt, — wir wollten sagen, daß das zweibeinige Tier, welches keine Uniform trägt, nur halb so viel gilt wie das uniformtragende zweibeinige Tier (denn Menschen kennt der Militärstaat nicht), wird uns jetzt gelegentlich der Cholera wieder recht deutlich vor dem Bewußtsein. In Graudenz brach unter den dort verammelten Leuchtruppen die Cholera aus — sofort schickte man die Soldaten nach Haus, was für die Soldaten ganz nützlich war, aber die Wirkung haben wird, die Seuche unter den bürgerlichen Kanakeln zu verbreiten. In Berlin, wo unter einem Gardeeregiment die Cholera ausgebrochen ist, beabsichtigt man die Soldaten aus der Kaserne zu entfernen und auf die umliegenden Dörfer einzusquartieren — ein unsehbare Mittel, den umliegenden Dörfern die Cholera zu geben. Auf genau dieselbe Weise wurde 1866 Leipzig mit der furchtbaren Cholera versehen, die über 2000 Menschen hinwegraffte. Nicht als ob wir für die Soldaten kein Herz hätten — aber wir dächten, für das enorme Geld, welches die Armee kostet, könnte man auch den Soldaten gesunde Kasernen errichten.

So die Notiz! Das schamlose Fälscherstückchen der „Nationalen“ ist enthüllt — eine Lüge mehr der Reichsverbändler und ihrer Stipendiaten verreckt beim Anblick der Wahrheit! Nichts bleibt von der angeblichen ungeheuerlichen Beschimpfung der Soldaten durch Liebnecht, als eine freche Lüge wider besseres Wissen erweist sich die Behauptung, daß er die Soldaten als zweibeinige Tiere in Uniform betrachte, ebenso frech erlogen wie die Behauptung, daß auch die heutigen Führer der Sozialdemokratie so von den Soldaten, von den Kämpfern in Südwestsafrika denken! Der „Volkstaat“ sagt, daß im Militärstaat von den Herrschenden die Menschen — einerlei ob in Zivil oder Uniform — als zweibeinige Tiere betrachtet, gewertet, behandelt werden, und er protestiert gegen solche mißachtende Behandlung — er fordert für die Soldaten gesunde Kasernen, in denen sie vor Seuchen sicher sind!

Das ist die angebliche Beschimpfung der Soldaten durch Liebnecht:

Das Eintreten für die Gesundheit, für die Menschenwürde der Soldaten fällt das gegnerische Lügengesindel in eine Beschimpfung der Soldaten um!

Das ist eine Probe aus vielen! Von solchen Kaliber sind Hunderte anderer Anwürfe, die jetzt gegen die Sozialdemokraten verbreitet werden. Straußellos wird von den Gegnern gefälscht! Es ist unmöglich, alle die Fälschungen einzeln abzutun, da in diesen Tagen Nichtigeres zu leisten ist. So möge man denn die Abschachtung dieser einen angeführten schamlosen Lüge

als die Charakterisierung der gegnerischen Verleumdungstaktik überhaupt nehmen. Wer daran noch nicht genug hat, dem ist nicht zu helfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar 1907.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die Mittelstandsvertreteri.

Der Nordd. Allgem. Ztg. hat die Notiz „Mittelstandsvertreteri“ in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“ Verbaunungsbeschwerden bereitet. Die Feststellung, daß die Sozialdemokratie zwar nach ihrem Programm anerkennt, die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führe mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, daß sie aber nicht selbst diesen Untergang bewirkt, sondern daß die Mittelstandsvertreteri die Besitzer jener Kleinbetriebe sind, die alljährlich durch ihre Geschäftsvergrößerungen, Fusionen und Kartellierungen Tausenden von Kleinbetrieben das wirtschaftliche Terrain abgraben, paßt dem offiziellen Blatt nicht in seine ebenso verlogene wie unfähige Wahlmasche, denn die als Totengräber des kleinen Mittelstandes fungierenden Großindustriellen sind zum Glück gute „staatsverhaltende“ Patrioten, die in den nationalliberalen und konservativen Vereinen das große Wort führen und die Flotten- und Kolonialpolitik der Regierung unterstützen. Allerdings ohne weiteres läßt sich die Tatsache nicht leugnen, daß diese „Kapitäne“ der Großindustrie die Vernichter der wirtschaftlichen Existenz der Kleinbetriebe sind — die „Nordd. Allgem. Ztg.“ unterschlägt deshalb ihren Lesern einfach den zweiten Teil unserer Notiz, ebenso wie auch die von uns abgedruckte Stelle aus dem Jahresbericht der Essener Handelskammer, in der nicht nur konstatiert wird, daß der industrielle Konzentrationsprozeß mächtig fortgeschritten, sondern zugleich auch gefordert wird, daß er in keinem Fall „durch Maßnahmen gesetzlicher Art“ gehemmt werde. Dieses Glaubensbekenntnis der nationalliberalen Essener Handelskammer könnte doch manchen Mittelständler stutzig machen. Mit einer ihm sonst nicht eigenen Bescheidenheit beschränkt sich deshalb das Regierungsblatt darauf, nur gegen den ersten Teil unserer Notiz seine Skanonade zu eröffnen und zu behaupten, die Sozialdemokratie gehe auf „die Vernichtung des Handwerkers- und Mittelstandes“ aus.

Der „Vorwärts“ erklärt das Blatt seinen Lesern, „schreibt nämlich: Die Sozialdemokratie will nicht den Klein- und Mittelbetrieb abschaffen. . . Die Sozialdemokratie will nicht die Klein-

betriebe untergraben, sie konstatiert nur, daß die heutige Wirtschaftsentwicklung darauf hinausläuft, diese Betriebe zu untergraben.“ So „konstatiert“ auch wohl der Röcher gegenüber seinem Opfer, daß es jetzt zu sterben hat. Welchen eigentümlich praktischen Charakter diese „Konstatierungen“ annehmen können, hat die Sozialdemokratie dadurch gezeigt, daß sie im Reichstog systematisch alle Versuche zur Hebung des Handwerks und zur Besserung der Lage des gewerblichen Mittelstandes zu vereiteln verdracht hat.

Und dann führt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mehrere Stellen aus sozialistischen Schriften und Zeitungen an. So hat z. B. nach ihrer Mitteilung Paul Ernst in einer sozialistischen Agitationschrift gesagt: „Der Vertreter des Kleinbetriebs, der Kleinbürger hemmt durch seine bloße Existenz schon die soziale Entwicklung“. Ferner soll Friedrich Engels gesagt haben, der Kapitalismus „lue ein gutes Werk“, wenn er die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichte, die durch und durch reaktionär seien. Und der Reichstagsabgeordnete Vof-Gotha soll in einem Fachblatt ausgeführt haben: „Uns als Arbeiter kann der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein; im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Beziehung. Überall tritt er uns hindernd in den Weg und darum können wir seinen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen.“

Wir haben keine Zeit, diese Angaben nachzuprüfen — um so weniger, als sie selbst dann, wenn sie richtig sind, nichts anderes beweisen, als daß die Sozialdemokratie mit der industriellen Konzentration und dem Untergang des Kleinbetriebes als mit einer durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingten Notwendigkeit, als mit etwas Unvermeidlichem rechnet, und von diesem Standpunkt aus ablehnt, die Todesqualen der Kleinbetriebe durch allerlei Quacksalbereien zu verlängern. Um der Sozialdemokratie eine solche Ansicht nachzuweisen, braucht sich aber die „Nordd. Allgem. Ztg.“ gar nicht auf einzelne Broschüren zu beziehen, sie kann sich direkt auf das Erfurter Programm und dessen anerkannte Erläuterung durch Kautsky und Schönlanck berufen, denn dort heißt es:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen beschloßenen Proletariat, indes die Produktionsmittel des Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein zielhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verfallenden Mittelklassen — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Sei einem halben Jahrhundert redet man von der Kolonialpolitik, den Handwerkers und Bauern zu helfen. Die verschiedenen Parteien, Liberale und Konservative, sind in den verschiedensten Ländern nacheinander am Ruder gewesen. Gehten hat keine. Es ist eben unmöglich, das Handwerk und die kleine Bauernwirtschaft konkurrenzfähig gegenüber dem Großbetrieb zu machen. Die einzige Hilfe kann darin bestehen, daß man den Handwerkers und Bauern ermöglicht, zu einer höheren Betriebsform überzugehen. Die Lösung kann aber keine der herrschenden Parteien herbeiführen. Sie ist nicht möglich auf dem Boden der Warenproduktion.“

Über deshalb, weil die Sozialdemokratie den Vernichtungsprozeß des kleinen Mittelstandes abzufolgen und die Fortentwicklung zur sozialistischen Wirtschaftsstufe zu erleichtern sucht, vernichtet sie doch noch nicht den Mittelstand? Der Vernichter ist vielmehr der moderne Kapitalismus, den die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft. Tatsächlich vermag die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ denn auch kein Beispiel für ihre Behauptung beizubringen, die Sozialdemokratie erstrebe die Vernichtung des Handwerkersstandes. Alles, was sie zu ergäßen weiß, besteht darin, daß die Sozialdemokratie im Reichstog versucht habe, „systematisch alle Versuche zur Hebung des Handwerks und zur Besserung der Lage des gewerblichen Mittelstandes zu vereiteln.“

Das ist insoweit richtig, als die Sozialdemokratie bisher entschieden abgelehnt hat, die mittelalterlich-zünftlerischen Bestrebungen im Handwerk zu fördern. Aber waren denn die betreffenden Gesetzesvorlagen überhaupt darauf gerichtet, die Konkurrenz des Großbetriebes gegen den Kleinbetrieb einzuschränken und dem letzteren seinen Bestand zu sichern? Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ darauf mit einem „Ja“ antwortet, läßt sie in unerschämtester Weise. Die ganze bisherige Innungsgesetzgebung hatte nicht den Zweck, dem Handwerk die Konkurrenz der Großindustrie vom Halse zu halten, sondern im Handwerk selbst die Konkurrenz der nichtzünftlerischen Kleinmeister gegen die großen Innungs- resp. Zunftmeister hintanzuhalten und den letzteren auf Kosten der kleinen Kräuter Vorteile und Monopole zu sichern. Und ferner mit der Sozialdemokratie stimmten gegen diese Vorschläge die Freisinnigen und größtenteils auch die Nationalliberalen. Sie, die jetzt von der Regierung verhätschelt werden, sind also nach der Logik der „Nordd. Allg. Ztg.“ ebenfalls Mittelstandsvernichter.

Dagegen läßt sich in bezug auf die Regierung nachweisen, daß sie die Mittelstandsvernichtung in härtester Weise gefördert hat, nämlich durch ihre Zollpolitik, welche der Artzells- und Syndikalbildung aufs äußerste Vorschub geleistet hat, indem sie den Syndikaten auf dem einheimischen Markt eine Monopolstellung einräumte und ihnen gestattete, die Preise ihrer Erzeugnisse, besonders der Roh- und der Halbfabrikate auf dem inländischen Markt höher und höher zu treiben und den kleinen Handwerkern die von ihnen benutzten Materialien maßlos zu verteuern. Zwar hat nachträglich die Regierung eine Enquete über die Preispolitik der Artzells veranstaltet, aber die Untersuchung wurde derart geführt, daß das Ergebnis auf nichts hinauslief. Auch hat die Regierung sich bisher noch immer nicht veranlaßt gefühlt, der Volkvertreterung irgend welche Gesetze gegen die Preistreibererei der Syndikate vorzulegen. Die Bülow'sche Regierung als Mittelstandsvertreteri ist eine höchst lächerliche Figur. —

Das Zentrum bekennet sich zum Wahlrechtsraub.

Bekanntlich hat, wie wir im Leitartikel der Nummer vom letzten Donnerstag nachgewiesen haben, die „Königliche Volkszeitung“ anlässlich der Hamburger Wahlrechtsbewegung den Grundsat verfaßt: jeder Staat habe, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit drohe, das Recht, sich zu wehren, denn kein Staat könne und dürfe sich selbst ruinieren. Mit anderen Worten: das Zentrum hält die Abschaffung des Reichstagswahlrechtes für geboten, wenn die Gefahr droht, daß die Masse des Volkes nicht mehr den bürgerlichen Parteien anhängt.

Die „**Werkliche Arbeiter-Zeitung**“ wendet diesen Grundfah bereits auf die kommende Reichstagswahl an. Das N. Gladbacher Blatt schreibt in seiner letzten Nummer vom 19. Januar, indem es die gegenwärtige Wahl als einen Kampf um die Rechte des Volkes, namentlich auch um das Wahlrecht, kennzeichnet:

Es ist ganz ausgeschlossen, daß die übernationalen Schreier aus diesem Kampfe um die Wahlrechte als Sieger hervorgehen. Bleibt nur noch eine Möglichkeit, daß viele im Kerger gegen die Regierung und unter Verleumdung der Tragweite ihres Handelns rot stimmen. Und damit, sagen wir, ist dem ver-schiedenerseits angeforderten Wahlrechts-raube Tür und Tor geöffnet. Der Siegesjubel der Sozialdemokratie würde das Grabgeläute des Reichstagswahlrechtes sein.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkte der Habsichten und unheimlichen Verneinung. Sie verweigert in kindischer Brut gegen den Kapitalismus dem Staat, der Nation jegliche Mittel. Mit ihr ist keine Politik zu machen. Eine sozialdemokratische Mehrheit mühte einer dem Absolutismus hinneigenden und von ebenföhligen Parteien gestützten Regierung das Vergewaltigungsmittel des Wahlrechts-raubes direkt in die Hand drücken.

Wer sozialdemokratisch wählt, arbeitet den Wahl-rechtsräubern in die Hände.

Das Zentrum rechnet damit, wie aus den Äußerungen seiner Führer und Blätter hervorgeht, daß es in aller Stärke in den neuen Reichstag einzieht; der Sozialdemokratie rechnen auch ihre Gegner einen Gewinn an Mandaten zu. Das Reichstagswahl-recht ist also geschätzt, wenn das Zentrum an ihm festhält. Gesteht das N. Gladbacher Blatt zu, daß im Falle eines bedeutenden Stimmengewinnes der Sozialdemokratie das Wahlrecht in Gefahr ist, dann befindet es damit, daß das Zentrum zum Wahlrechtsraub bereit ist.

Dieses Bekenntnis genügt uns. Es soll uns in den Tagen bis zum 25. Januar und da, wo es nötig ist, bis zum 5. Februar, noch reiche Früchte tragen. Für jeden denkenden Arbeiter heißt es: Nun erst recht! Keine Stimme den ultramontanen Wahlrechtsräubern! —

Deutsches Reich.

Ein Vielbegehrter. Wie die „**Karlsruher Zeitung**“ berichtet, haben sich die Vorstände der Handelskammer und der Abteilung der deutschen Kolonialgesellschaft in Karlsruhe an den stellvertretenden Kolonialdirektor Dernburg gewandt mit dem Ersuchen, auf der Hin-reise nach Wilmshaus am 19. Januar in Karlsruhe einen öffentlichen Vortrag zu halten. In seinem Antworttelegramm erklärte der Kolonialdirektor es zu seinem größten Bedauern für unmöglich, dem Wunsche zu entsprechen.

In Stuttgart wird dagegen, wie uns von dort gemeldet wird, Herr Dernburg am 23. d. M. seine bekannte Berliner Dattelkisten-Rede wiederholen. —

Helfe, was helfen mag!

Zu welchen Mitteln Regierung und Behörden greifen, um gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen, zeigt nachstehendes von dem Wölfischen Telegraphen-Bureau verbreitetes Telegramm:

Magdeburg, 19. Januar. Von der Strafkammer I des Landgerichts wurde heute der sozialdemokratische Arbeiter Heinrich Kind, der in einer Volksversammlung der Stenographie eines bürgerlichen Blattes gewaltfam ihre Aufzeichnungen entriß und dann auf der Flucht den ihn verfolgenden Verlobten der Dame mit Niederstechen bedroht hatte, wegen Sachbeschädigung und Nötigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wenn es sich um die Verurteilung von Soldatenmishändlern handelt, läßt der Wölfische Telegraphendienst meist alles zu wünschen übrig. Auch haben wir noch nie gefunden, daß er die politische Parteistellung hinzusetzt und zum Beispiel berichtet: Der konservativ-Unionist X. wurde wegen fortgesetzter Soldatenmishandlung usw. oder: der nationalliberale Abgeordnete Y. wurde wegen Betrugsvergehen usw. —

Ein kostbares Geständnis.

In einer Zentrumswählerversammlung in Salmrohr (Wahlkreis Wittlich-Vernkastel) wandte sich der Redner, Direktor Langer, gegen ein von liberaler Seite verbreitetes Flugblatt, worin behauptet war, daß das Zentrum sich geweiht habe, auf den Kopf der Bevölkerung 15 Pf. für die Kolonien zu bewilligen. Das kränkte den edlen Zentrumsmann und mit stolzer Entzückung rief er aus:

„Das Zentrum hat weit mehr bewilligt, als diese 15 Reichspfennige, es hat so viel bewilligt, daß wir heute vier Milliarden Schulden im Deutschen Reich haben, das macht auf den Kopf der Bevölkerung 66 Pf.“

Wie die „**Trierische Landeszeitung**“ berichtet, folgte die Versammlung dieser Rede mit gespanntester Aufmerksamkeit und spendete am Schluß stürmischen Beifall. So lange es noch Leute gibt, die jubeln, wenn jemand auf ihre Kosten Milliardenschulden macht, hat das Zentrum noch gute Tage. Wir aber wollen uns das Geständnis des ultramontanen Redners merken, daß es dem Zentrum zu danken ist, wenn wir vier Milliarden Schulden im Reich oder 66 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung haben.

Flottenbetitel.

Die zum Flottenpatriotismus animierten „**Pennaler**“ wie auch die flottenbegeisterten „**Leutischen Frauen**“ und solche, die es werden möchten, haben trotz der großen Geldbeutel ihrer Herren Väter mit ihren Sammlungen für die größere Flotte bekanntlich elendiglich Schiffbruch erlitten. Da nun aber der Flottenrummel der Rangereplanteinteressenten und tutti quanti durchaus nach einer Volksfeste aussehen soll, so scheint man wieder auf den alten Trick verfallen zu wollen, sogenannte „**freiwillige**“ Sammlungen bei der breiten Masse, d. h. bei der Arbeiterschaft zu infingieren. P. B. ist seit einigen Tagen in Ruhrort im Betriebe der als Führerin der Schatzmacher im dortigen Kreise geltenden Hütte „**Phönix**“ am schwarzen Brett folgendes zu lesen:

Veranlagung.

Die Leute der Hüttenschmiede werden hierdurch gebeten, einer guten Sache, dem Deutschen Flottenverein, für das Jahr 1907 beizutreten zu wollen. Der geringste Jahresbeitrag beträgt 50 Pf. Es wird jedoch im Interesse der guten Sache gebeten, den Beitrag, wenn möglich, etwas zu erhöhen. Die Mitglieder des Vereins erhalten eine Mitgliedskarte und jeden Monat ein sehr schönes großes illustriertes Heft, betitelt: „**Die deutsche Flotte**“, welches guten und billigen Unterhaltungstoff bietet. Wer Mitglied zu werden wünscht, muß sich sofort auf dem Hüttenschmiedebureau melden und die Höhe des Beitrages angeben.

Es mühte mit dem Teufel zugehen, wenn der wirtschaftliche Druck des Unternehmertums hier nicht eine größere Anzahl Oasen-föhrer zum Beitritt veranlaßte. Zwar hallt mancher Arbeiter ob solcher Maßnahmen die Äußerung, aber vielfach doch nur in der Tasche. Am 25. Januar ist Wahltag, dann wird abgerechnet werden auch mit jenen Prohen, die da glauben, an keine Rücksichtnahme gebunden zu sein.

Ein von allen Regierungen geschätzter Redakteur.

Herrn Dr. phil. Kronsdorn, Chefredakteur der „**Post**“, ist eine hohe Freude widerfahren. Der Kaiser hat „**Allergnädigst**“ geruht, ihm die Erlaubnis zur Anlegung folgender Orden zu erteilen, mit denen er in Anerkennung seiner bekannten christlich-religiösen Leistungen von fremden Höfen beglückt worden ist:

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 5 Beilagen.

1. das Ritterkreuz zweiter Klasse des herzoglich Sächsen-Ernebstinischen Hausordens;

2. den Kaiserlich russischen St. Stanislausorden zweiter Klasse;

3. das Ritterkreuz des Königl. griechischen Erlöserordens. —

Ausland.

Hungarn.

Standal über Standal.

Während es den Freunden des somolen Justizministers zu gelingen scheint, die für Herrn Kolonzi so blamablen Äußerungen des früheren Bürgermeisters von Budapest, Halmos, totzumachen, ist in der Unabhängigkeitspartei infolge einer scharfen Zeitungspolemik zwischen den Abgeordneten Ugron und Lenghel eine neue Affäre aufgeflammt. Lenghel hält Ugron ein langes Sündenregister vor, darunter faule Militärleistungen, Geschäfte mit dem Rabiner Fejervary, mit einem französischen Vankenschwinder, und schließlich: daß Ugron, als die Koalition aus Mader gelangte, seine Familienmitglieder mit Stellen versorgen ließ. Da Lenghel einen Parteibeschluß fordert, wonach er oder Ugron ausgeschlossen werden möge, wird sich die Kossuthpartei mit der Affäre befassen müssen. Vorläufig fordert Ugron „**ritterliche Gemüthung**“.

Frankreich.

Die Aufhebung der Kriegsgerichte.

Unterstaatssekretär Théron vom Kriegsministerium machte am Sonntag Mitteltung von dem endgültigen Wortlaut der Gesetzesvorlage betreffend Aufhebung der Kriegsgerichte. Die Vorlage, die genehmigt wurde, und am Montag der Kammer vorgelegt werden soll, bestimmt, daß die Kriegsgerichte des Heeres und der Flotte aufgehoben werden und daß die Aburteilung aller von Angehörigen des Heeres oder der Flotte begangenen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen den gewöhnlichen Gerichten, also den Schwurgerichten, den Jugendpolizei- oder den einfachen Polizeigerichten zugewiesen wird. Die Strafbestimmungen des Militär- bzw. Marine-Strafgesetzbuches sollen in das Strafgesetzbuch eingefügt werden. In Friedenszeiten wird es also nur noch ein einziges Strafgesetzbuch für alle Franzosen geben. Die Eigenschaft als Angehöriger des Heeres oder der Flotte wird bei gewissen Straffällen einen erschwerenden Umstand bilden, doch werden die Strafbestimmungen gegenüber denen des bisherigen Militärstrafgesetzbuches bedeutend gemildert, die Todesstrafe und die Strafe der Zwangsarbeit, die von diesem Strafgesetzbuch für gewisse Fälle vorgesehen sind, werden aufgehoben! Für die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter gelten die Bestimmungen des gemeinen Rechts, nur einige Abweichungen sind im Interesse der Disziplin vorgesehen. Bei gewissen Vergehen, wie Verlassen des Postens, Insubordination, Aufruhr, Desertion, tätliches Angreifen der Vorgesetzten oder Untergebenen und Verleumdungen der Vorgesetzten wird die Zusammenfassung des Jugendpolizeigerichts insoweit abgeändert, als dem Präsidenten zwei militärische Beisitzer beigegeben werden. Auch die Appellationskammern werden, wenn sie über Berufungen gegen Urteile der Jugendpolizeigerichte in den genannten Straffällen verhandeln, aus einem Zivilrichter als Vorsitzenden und aus militärischen Beisitzern gebildet. Wenn das Schwurgericht wegen als Verbrechen zu qualifizierender Tathandlungen gegen Vorgesetzte oder Untergebene oder wegen gemeinsamen Auftrahs mehrerer Militärs gegen die bewaffnete Macht zu erkennen hat, wird die Geschworenenbank von Militärs gebildet; diese Jury gibt ihren Spruch über die Schuldfrage ab, während die Straffestsetzung durch den Gerichtshof erfolgt. Nach den Bestimmungen der Vorlage werden die militärischen Strafanstalten aufgehoben, die Ordnung der Disziplinarstrafgewalt bei den Truppenkörpern wird der Regelung im Verordnungswege vorbehalten.

Bülows Rede

auf dem 15 Mark-Diner.

In später Stunde geht uns durch das Wölfische Bureau der Wortlaut der Rede zu, die heute Herr Bülow im Palais-Hotel bei dem großen Diner des Kolonialpolitischen Aktionskomitees gehalten hat. Da eine Wiedergabe des Gesamttextes uns nicht mehr möglich ist, beschränken wir uns auf den Abdruck der wichtigsten Stellen:

Liberal-konservative Paarung.

Die Kolonien sind nicht nur ein Prüfstein für unsere nationale Talfrucht, sie können auch ein Hindernis sein für unsere in ein Dußend Fraktionen gesplante politische Betätigung im Innern. In ihrer Entwicklung brauchen wir die Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geiste, und es ist hoffentlich nicht zu optimistisch, wenn ich es als einen gewissen Wendepunkt in unserem Parteilieben betrachte, daß am 13. Dezember im Reichstage konservativ und liberale Parteien mit den verbündeten Regierungen zusammen gingen. (Sehr richtig!) Ich möchte, daß diese Verbindung vorbildlich wirke für die Behandlung anderer großer nationaler Fragen, und daß so von dem überseeischen West ein günstiger Einfluß ausginge zur Wählung der Parteigegegensätze, namentlich gegenüber dem Auslande. (Bravo!)

Unterordnung unter die Militär-Autorität.

In der Frage, wie viele Truppen zur Niederwerfung des Russlandes und der Pazifizierung der Kolonie nötig wären, konnte ich mich nur nach dem Urteile der Truppenführer und des Generalkommandos richten. (Sehr richtig!) Gegenüber dem klaren und bestimmten Verlangen der sachkundigen und verantwortlichen Stellen gab es für mich, gab es für die verbündeten Regierungen kein Schwanken und keine Zweifel. Wie die Mehrheit auf ihrem Standpunkt bestehen, so mußten wir an das Volk appellieren.

Verantwortung der Regierung und der Parteien.

Ran hat mir das in der Höhe der Debatte gesprochene Wort vorgeworfen, daß nicht die Parteien, sondern die Regierung die Verantwortung trüge für die Sicherheit und das Ansehen des Landes. Meine Herren, ich halte dies Wort bei ruhigem Blute vollständig aufrecht. Verantwortlichkeit ist zunächst eine höchst persönliche Sache. Mögen sich nun auch Parteien moralisch für ihr Verhalten verantwortlich fühlen — und je mehr, desto besser! — so ist doch die Regierung keine Partei, ihre Verantwortung reicht viel weiter. Sie hat, insbesondere nach außen, alle Parteien zu vertreten, und sie trägt allein die moralische und die politische Verantwortlichkeit in großen nationalen Fragen. Das ist auch so in rein parlamentarisch regierten Ländern: Wenn da die Männer der Regierung eine Verantwortlichkeit für Mehrheitsbeschlüsse nicht tragen wollen, so lösen sie das Parlament auf, oder sie treten ab. (Also abtreten nach dem 25. Januar. Die Red.) In dem Anspruche der Zentrumspartei, den verbündeten Regierungen ebenso wie der Kriegspartei einen Teil der Verantwortlichkeit abzunehmen, sehe ich eine weder in der Verfassung, noch in dem tatsächlichen Schwanken der Mehrheitsbildungen im Reichstage begründete Ueberbannung des Maßgeföhls einer Fraktion. (Sehr richtig, bravo!)

Budgetrecht und absolutistisches Regiment.

Ran weitestern Zentrumstimmen und sozialdemokratische in der Behauptung, das Budgetrecht des Reichstages sei verfehlt, Volksrechte seien in Gefahr. Ich kann auch darin nur eine leere Axtrede für den Mehrheitsbeschlusse vom 13. Dezember, eine Irreführung der Wähler über die Gründe der Reichstags-

auflösung sehen. Die Opposition sucht das Thema probandum selbst dem ihr unbenommen nationalen auf ein von ihr willkürlich konstruiertes konstitutionelles Gebiet hinüberzuspielen. (Sehr richtig.) Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, die in der Verfassung gewährtesten Rechte und Befugnisse des Reichstages irgendwie einzuschränken oder zu verlesen. Sie wahren sich aber das ihnen zustehende Recht, bei Differenzen mit dem Reichstag an das Volk zu appellieren. Die verbündeten Regierungen wollen weder ein absolutistisches noch ein Parteiregiment, sie treten ein für den Verfassungszustand und für verfassungsmäßiges Recht. Sie wollen keinen Kampf gegen unsere katholischen Landleute und die katholische Religion, sondern religiösen Frieden, religiöse Duldung und volle religiöse Gleichberechtigung, volle Gewissensfreiheit, zu der ich mich immer bekannt habe, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sie wollen nicht den sozialistischen Zwangs- und Zuchtstaatsstaat (Suh! Suh!), keine Gefährdung unseres Friedens und unserer Stellung in der Welt, sondern Schutz und Schirm für Kaiser und Reich nach außen und stetigen Fortschritt aller tüchtigen nationalen Kräfte im Innern.

Kein absolutistisches Regiment. (??)

Endlich heißt es, es gelte, das persönliche Regiment zu bekämpfen und der Gefahr des Absolutismus vorzubeugen. Meine Herren, eine solche Gefahr besteht nicht und kann nach der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches auch gar nicht bestehen. Unser Kaiser denkt nicht daran, Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zukommen. Auch bei der Auflösung des Reichstages hat er nichts anderes getan, als daß er den Rat des Reichstanzlers und den Vorschlag des Bundesrats gutgeheiß hat, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen.

Kolonialpolitik gepaart mit Agrarpolitik.

Ich habe das wieder erfahren bei der Aufnahme meiner Antwort an den General von Liebert. Je mehr ein Blatt eingeschoren ist auf eine bestimmte Parteidoctrin, um so kritischer war es. Je weniger ein Blatt von Fraktionsinteressen abhängt, um so unbedingener war sein Urteil. Von rechts wurde mir entgegengehalten, daß der Brief das früher von mir selbst oft gebrauchte Wort von der Heimatspolitik nicht enthalte. Für die Heimatspolitik, namentlich soweit sie die deutsche Landwirtschaft betrifft, glaube ich einiges getan zu haben und ich bin stolz darauf. Aber Heimatspolitik und Kolonialpolitik sind keine Gegensätze, die Kolonien entwickeln, heißt auch Heimatspolitik treiben, wie Heimat und Mutterland ein und dasselbe sind. (Sehr wahr!)

Die liberal-konservative Mehrheitskombination.

Meine Herren, Programme sind Zukunftsmusik. Zur Musik gehören Musikanten. (Sehr wahr!) Nun sehen Sie sich, meine Herren, das Orchester im Reichstage an, wie viele Tonarten da durcheinander klingen. Kögen die Minderheitsparteien vom 13. Dezember jeht zeigen, was sie vermögen, nicht bloß an Zahl in der Kammer, sondern auch an Gefühl für Rhythmus und Harmonie. (Heiterkeit und Zustimmung.) Köstliches Ziel ist, eine Mehrheit von Konservativen und Liberalen zu schaffen und dem Zentrum die Möglichkeit zu nehmen, an der Seite der grundrißlich auf Dissonanzen bedachten Sozialdemokratie zum Schaden des Vaterlandes Machtpolitik zu treiben gegen die verbündeten Regierungen und gegen alle anderen Parteien.

Das Zentrum in Bülows Vorstellung.

Das Zentrum ist auch zur Zeit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage geblieben, was es immer war — eine unberechenbare Partei. Es vertritt aristokratische und demokratische, reaktionäre und liberale, ultramontane und nationale Forderungen. Nur eine politische Richtung ist nicht vertreten, die sozialdemokratische. Um so auffälliger ist es, daß das Zentrum bei den Wahlen der religions- und staatsfeindlichen Partei der Sozialdemokratie Vorhauß leistet. Wie patriotische Katholiken darüber denken, beweist der Düsselborfer Aufruf.

Lesefrüchte über die Sozialdemokratie aus dem Handbuch des Reichsverbandes.

Die sozialdemokratische Partei hat positiv nichts geleistet. Selbst die großen sozialpolitischen Reichsgesetze sind ohne ihre Zustimmung zustande gekommen. Wo sich in ihren Reihen Neigung zur Mitarbeit an positiven Reformen zeigt, sucht sie der Despotismus, der revolutionäre Uebermut der Führer zu erstickern. Wie lange wird diese Knechtschaft von Millionen deutscher Arbeiter noch dauern? Es wäre ein großes Glück, wenn endlich dieser Wahn sich lösete, wenn die deutschen Arbeiter mehr und mehr einsehen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeit schlecht vertritt, weil sie selbst keine positive Arbeit leistet (lebhafter Zustimmung), wenn namentlich die große Zahl der Mitläufer sich klar macht, daß der gegenwärtige Zustand der Ordnung und des Gesehes, verfassungsmäßiger Freiheit und wachsenden Wohlstandes, der Fürsorge für die Armen und Bedrängten jedenfalls besser ist als der rohe Zwang, ohne den die Verwirklichung und der Bestand kommunistischer Zukunftsdutopien überhaupt nicht denkbar wäre. (Bravo!)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiter, organisiert Euch!

Hamburg 19. Januar. (B. T. V.) Der Verein der Hamburger Reederei beabsichtigt, unter dem Namen „**Verband der Schiff-fabrik- und Maschinenbetriebe von Hamburg-Altona**“ einen engeren Zusammenschluß aller am Maschinenbetriebe beteiligten Unternehmer herbeizuföhren, um den Hamburger Hafen zukünftig vor verhängnisvollen Störungen durch etwaige von den Maschinenbetriebe- und Transportarbeiterverbänden ingenierte Streiks zu schützen.

Aussperrung der Färbereiarbeiter.

Crefeld, 19. Januar. (B. T. V.) Der Verband der Färbereibesitzer hat heute über sämtliche hiesigen Färbereien die Sperre verhängt, da die Ausständigen das Ultimatum überschritten haben. Nicht nur die Färbereigefellen feiern, sondern auch die Lehrlinge haben aus Furcht vor Ausschreitungen der Ausständigen die Arbeit niedergelegt. Von der Sperre werden etwa 2 bis 3000 Arbeiter innerhalb der Stadt Crefeld betroffen.

Schiffszusammenstoß.

London, 19. Januar. (B. T. V.) Ein drahtloses Telegramm aus South Goodwin berichtet, daß der belgische Dampfer „**Vaterland**“ von New York nach Antwerpen unterwegs mit dem Dampfer „**Northway Castle**“ zusammengefahren ist. Das letztere Schiff ist alsbald gesunken. Die Besatzung bestand aus 20 Mann. Der Maschinist wird vermißt. Man hofft, daß die übrige Mannschaft, die sich in einem Rettungsboot befindet, gerettet werden wird. Ein Hilfsdampfer ist an Ort und Stelle abgegangen.

Entwendete Maschinengewehre.

Tafelent, 19. Januar. (B. T. V.) Am 10. Januar verschwanden hier acht Maschinengewehre. Dieselben wurden gestern von der Polizei in der Erde vergraben aufgefunden, zugleich mit Bomben und Sprengstoffen.

Schwere Eisenbahnkatastrophe.

New York, 19. Januar. (B. T. V.) Unweit Growler (Indiana) stieß ein Passagierzug der St. Louis und Cincinnati-Bahn mit einem Frachtzuge zusammen. Ersterer entgleiste und wurde vollständig zerstört, die Trümmer gingen in Flammen auf. Man zählte 30 Tote und 40 Verletzte. 10 Personen sind lebend zwischen den Trümmern eingeklemmt verbrannt.

Werttheorie und Kolonialpolitik.

Unsere Gegner lieben es, die Marxsche Werttheorie als eine müßige Listeliste ohne praktischen Wert hinzustellen, und doch würden sie sie nicht so erbittert und zäh bekämpfen, wenn sie praktisch wertlos wäre.

Diese Theorie bildet jedoch auch den Schlüssel zur Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft, und indem die bürgerlichen Klassen durch ihre Klasseninteressen verhindert werden, die Marxsche Theorie anzuerkennen und zu begreifen, werden sie auch gehindert, ihre eigene Gesellschaft vollständig zu begreifen, ihre eigenen Geschäfte in ihr auf zweckmäßigste zu vollziehen.

Um die Rolle des Proletariats im Produktionsprozeß und der Gesellschaft möglichst gering erscheinen zu lassen, schreiben sie auch der Natur eine werthbildende Eigenschaft zu und verwechseln sie gesellschaftlichen Reichtum und natürlichem Reichtum. Der natürliche Reichtum eines Landes besteht in den Stoffen und Kräften, die die Natur dort angesammelt hat.

Aber je mehr die Entwidlung der Technik und der ganzen Kultur fortschreitet, desto mehr tritt bei der Bildung des gesellschaftlichen Reichtums die Bedeutung der Intelligenz, der menschlichen Arbeitskraft und ihrer Ausstattung mit künstlichen Hilfsmitteln in Erscheinung.

Vergleichen wir z. B. die Schweiz mit Südamerika. Jene ein unfruchtbares Land ohne wertvolle Mineralien in seinem Boden, also ohne jeden natürlichen Reichtum, und doch ist es verhältnismäßig eines der reichsten Länder der Welt.

Diese Bedeutung der Fähigkeiten und des Wissens der Arbeitskräfte übersehen wir zu gern die Kapitalisten unserer Tage. Ihr Haß und ihre Furcht gegenüber der Arbeiterklasse läßt sie deren Bedeutung auch dort unterschätzen, wo ihr eigener nächster Vorteil darunter leidet.

Das sehen wir an der Haltung unserer bestehenden Klassen gegenüber Rußland. Sie schwärmen von dessen Reichtümern und vergessen, daß das bloß natürliche Reichtümer sind, die zu gesellschaftlichen Reichtümern nur werden können durch die Arbeiter, und daß die Produktivität der Arbeit in Rußland eine geringe ist und bleiben muß.

Und daselbe gilt von den Kolonien. Wäre ihr natürlicher Reichtum auch wirklich so groß, wie er heute in reikantischer Weise von unseren Kolonialfanatikern ausposaunt wird, so ist ihr gesellschaftlicher Reichtum unendlich klein, dank der Unwissenheit, Kraftlosigkeit und primitiven Technik ihrer Bewohner.

Aber nicht immer gelingt es der kolonialen Unterdrückung, das arbeitende Volk der Kolonien in Unwissenheit und Schwäche zu erhalten. Dann wächst freilich der gesellschaftliche Reichtum der Kolonie, es wächst aber auch ihr Bedürfnis nach Selbstständigkeit.

Zwischen dieser Alternative schwankt jede Kolonie hin und her: Bankrott (oder doch einigermassen Defizit, welches vom Mutterland zu bedenken ist) oder Rebellion. Eine andere Alternative haben wir auch in unseren Kolonien nicht zu erwarten.

Aber das ist freilich nur ein Abbild der Alternative, die der ganzen kapitalistischen Gesellschaft droht. Ein moderner kapitalistischer Staat hat nur die Wahl zwischen zwei Wegen: der eine davon besteht darin, das Proletariat mit allen Mitteln zu unterdrücken.

intellektuell und physisch zu heben sucht. In diesem Falle entwickelt er mit dessen Kraft und Selbstbewußtsein auch den Drang nach Befreiung von seinem Joch, nach Beherrschung des Staates. Dann wächst die Produktivität der Arbeit, wächst der gesellschaftliche Reichtum, wachsen Macht und Ansehen des Staates in der Welt, wachsen aber gleichzeitig innerhalb des Staates Macht und Ansehen des Proletariats, dann reißt rasch die Saat des Sozialismus.

Unterdrückung der Arbeit und Bankrott — rasches Wachstum des Reichtums und Sozialismus: keinen anderen Ausweg gibt es für den Kapitalismus, denn — die Arbeit ist die Quelle aller Werte.

Die russische Revolution.

„Nackte Revolten“.

Die Lage der politischen Häftlinge wird von Tag zu Tag entsetzlicher. Nicht genug, daß alle russischen Gefängnisse selbst nach offiziellen Berichten mehr als doppelt überfüllt sind, wird das von der Gefängnisverwaltung jetzt ausgeübte Regime geradezu unerträglich. Da nun selbst das bisher bewährte Mittel, der Hungerstreik mit all seinen schrecklichen Begleiterscheinungen das Herz der zuständigen Behörde nicht mehr erweicht, so greifen die politischen Gefangenen zu einer neuen, schrecklichen Art des Protestes? Sie werfen nicht nur die Strohfäde und sonstiges Bettzeug aus ihren Kammern, sondern auch die ihnen von der Anstalt gelieferten Kleider, Unterzeug usw. und wandern, gänzlich entblößt, vielfach mit an den Füßen angeschmiedeten „Randaln“ (besondere Fußfesseln) Tag und Nacht, bis sie vor Kälte erstarbt hinstürzen.

Die neue Art des Protestes der politischen Häftlinge wirkt selbst auf die russischen Kreise, die so ziemlich an alles gewöhnt sind, niederschmetternd. Und doch bietet sich den „politischen Verbrechern“ nicht eher Aussicht auf Besserung ihrer mehr als verzweifelt Lage als an dem Tage, da das Volk seine Abrechnung mit dem Zarismus hält.

Dementi.

Petersburg, 19. Januar. (B. Z. M.) Das Eisenbahndepartement bezeichnet die gestrige Meldung der „Rjeisch“, wonach einem französischen Syndikat, an dessen Spitze Kowier steht, der Bau einer Waggon- und Lokomotivfabrik an der Katharinenbahn konfessioniert worden sei, als unbegründet.

Also wahrscheinlich an einer anderen Bahn! —

Aus der Partei.

Se'ne Zeitung gibt's ja gar nicht!

Bei der Postagentur in Jungfer in Westpreußen bestellt ein Parteigenosse die „Königsberger Volkszeitung“. Als unser Genosse die Zeitung nach einigen Tagen immer noch nicht erhalten hatte, ging er aufs Postamt. Dort gab man ihm das bereits eingezahlte Abonnementgeld für die „Volkszeitung“ mit dem Bemerkens zurück, daß die gewünschte Zeitung nicht zu haben sei! Der Postagent sagte einfach, die „Volkszeitung“ wäre in Jungfer nicht bekannt. Nun wandte sich der Genosse an das sozialdemokratische Wahlbureau in Elbing, welches sofort dafür Sorge trug, daß dem Postagenten in Jungfer die nötige Belehrung zu teil wurde.

Aktion zum Wahlkampf in Oesterreich. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich ruft für den 27. und 28. d. M. eine Reichskonferenz nach Wien, welcher die organisatorische und agitatorische Vorbereitung für die Reichstagswahlen obliegen wird.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strohkraut der Presse. Wegen Verleumdung eines Arbeitwilligen hatte sich Genosse R. Rösch von der „Sächf. Arbeiterzeitung“ vor dem Schöffengericht zu Dresden zu verantworten. Die Verleumdung wurde in einem Verichte über eine Versammlung kleiner Bauarbeiter gefunden, der im Volksfreund, dem Kopfblatz der „Arbeiterzeitung“, gefunden hatte. Er gab das Referat des Organisationsleiters über einen Streik wieder, der für die Bauarbeiter günstig geendet hatte. In diesem Referate hieß es, daß sich wenig Streikbrecher gefunden hätten, die wenigen wurden namhaft gemacht und als „Verräter an der Sache“ bezeichnet. Der eine davon war früher organisiert und wurde wegen Streikbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Er hatte zweimal das Versprechen abgegeben, sich den Streikenden anzuschließen, hatte es aber nicht gehalten. Die sprachliche Redewendung „Verräter an der Sache“ wurde als Verleumdung betrachtet, obwohl in der Verhandlung der Beweis für die Tatsache, die dieser Redewendung zugrunde lag, erbracht wurde. Im Zusammenhang mit dem ganzen durchaus objektiven Bericht bedeutet dieser Ausdruck nichts anderes als eine Tatsachenfeststellung. Das Gericht hatte aber einfach das Wort „Verräter“ herausgegriffen und darnach das Urteil gefällt, daß auf 75 Mark Geldstrafe lautete.

Eine erfolgreiche Revision hat Genosse R. Albert, Breslau gegen das Urteil des Landgerichts Breslau vom 7. Juni 1906 eingeleitet, das ihn wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen in einer Rede zum 1. Mai, mit 300 Mark Geldstrafe belegte. Als der Genosse Albert in seiner Rede auf 1848 hinwies und auf die Heldentaten unserer russischen Brüder, die gegen die Herrschaft des Zaren kämpften, wurde die Versammlung aufgelöst. Das Urteil sagt: Die Worte des Angeklagten lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß er zur Anwendung von Gewalt auffordern wollte. Der Angeklagte hatte mit großer Erbitterung besonders gegen die angebliche Wälfür der Breslauer Polizei gesprochen. Nicht durch Geduld, sondern durch Ungebuld werden die Völker frei! hatte er wiederholt betont. Er hat also zur Ungebuld aufgefordert, das heißt zur Gewalt gegen die Polizei und die regierende Gewalt überhaupt. Die Aufforderung ist ohne Erfolg geblieben. — Die Revision kam am Freitag vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Sie wies nach, eine Aufforderung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt liege nicht in den Worten des Angeklagten; nur der Kampf mit geistigen Waffen sei gemeint. — Der Reichsanwalt beantragte die Auf-

hebung des Urteils, da es in materieller Hinsicht sehr zweifelhaft sei. Zu welcher strafbaren Handlung der Angeklagte aufgefordert haben soll, sei nicht ausreichend festgestellt. Das Reichsgericht erkannte im Einklange mit diesen Ausführungen auf Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Sonnabendvormittag waren die Ausgesperrten im Saale des Etablissements „Neue Welt“ versammelt. Die Verbandsleitung hatte die Versammlung einberufen, um den Ausgesperrten, die bisher nur durch ihre Vertrauensmänner und durch ihre Presse über die Situation des Kampfes unterrichtet worden sind, mündlich Bericht zu erstatten. Stusche erfüllte diese Aufgabe, indem er den seitherigen Verlauf der Aussperrung eingehend schilderte. Er sagte den Ausgesperrten, daß sie sich, wenn es nach den Absichten der Unternehmer geht, auf einen schweren Kampf gefaßt machen müssen, der vielleicht monatelang dauern kann. Die Unternehmer wollten diesen Kampf, sie haben ihn angefangen und aus verschiedenen Vorgängen in anderen Städten könne man schließen, daß auch in verschiedenen Orten des Reiches ein Kampf der Unternehmer gegen den Holzarbeiterverband geplant sei. Die Arbeiter werden den Kampf, in den sie gedrängt worden sind, jetzt mit allen Kräften durchführen und den Unternehmern zeigen, daß es ihnen nicht gelingt, den Holzarbeiterverband niederzurängen. — Der lebhafteste Beifall, den die Ausführungen des Redners fanden, war der beste Beweis dafür, daß die Ausgesperrten willens sind, einig und geschlossen den Unternehmern die Stirn zu bieten und den Kampf bis zum Ende durchzuführen. — Ebenso beifällig begrüßte es die imposante Versammlung, als Stusche die Anwesenden aufforderte, am 26. Januar Mann für Mann nicht nur für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen, sondern auch bei den Wahlen der sozialdemokratischen Partei mitzuhelfen. Die jüngeren Kollegen, welche noch nicht wahlberechtigt sind, ersuchte der Redner, sich für die Wahlhilfe in der Provinz zu melden. Eine Kontrolle der Ausgesperrten findet am 25. nicht statt, damit jeder sich der Partei zur Verfügung stellen und am Siege der guten Sache mitarbeiten kann.

„Zur Abwehr und zur Stimmung“ überschreibt die „Fachszeitung“ der Tischlermeister usw. einen Artikel, der allerdings in der Hauptsache der Stimmungsmache dient. Das muß man der „Fachszeitung“ lassen, sie versteht es, unter den Tischlermeistern Stimmung gegen die Arbeiter und deren Vertreter zu machen. So heißt es gleich am Anfang des Artikels der „Fachszeitung“, es „hageln in den den Artikelschreibern aus dem Holzarbeiterverband zur Verfügung stehenden Blättern eine Reihe von Beschimpfungen und Verlästlungen auf die Arbeitgeberverbände und deren Führer und vor allem auf unsere „Fachszeitung“ herab.“ — Wer das liest, der muß glauben, daß die Organe, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, nichts anderes täten, als die Verbände und die Führer der Arbeitgeber zu beschimpfen. So appelliert die „Fachszeitung“ an die Leidenschaften ihrer Leser, die ja durch nichts mehr erregt werden, als wenn sie sich beschimpft glauben. Vorsichtigerweise vermeidet es die „Fachszeitung“, zu sagen, wer denn die Arbeitgeberverbände usw. beschimpft und verlästert hat. Da von den politischen Tageszeitungen nur der „Vorwärts“ sich der gerechten Sache des Holzarbeiterverbandes annimmt, so ist auch wohl der „Vorwärts“ gemeint, wenn die „Fachszeitung“ von „Blättern“ spricht, die „den Artikelschreibern aus dem Holzarbeiterverband zur Verfügung stehen“. Warum hat die „Fachszeitung“ nicht den Mut, das Klipp und klar zu sagen? — Also gemeint ist unser Blatt, und wenn es die „Fachszeitung“ nicht zu nennen wagt, so deshalb, weil es ihr nicht möglich ist, auch nur eine einzige Beschimpfung und Verlästlung, die wie gegen Organe der Arbeitgeber gebraucht hätten, anzuführen. Wir haben lediglich Unwahrheiten und Entstellungen, die sowohl in der „Fachszeitung“ wie in Publikationen der Verbände der Arbeitgeberverbände in die Welt gesetzt wurden, festgestellt, und die „Fachszeitung“ hat nicht vermodet, unsere Feststellungen zu entkräften. — In der Hauptsache handelt es sich darum, daß der gegenwärtige Kampf von den Unternehmern, die nicht durch die Arbeiter bedroht waren, begonnen wurde. Daran können alle entgegenstehenden Behauptungen der „Fachszeitung“ nichts ändern. Wenn die „Fachszeitung“ auch heute noch den offenkundigen und zweifellosen Angriff auf die Arbeiter als einen „Abwehrkampf“ hinstellen, so wollen wir mit ihr nicht mehr darüber streiten, denn die „Fachszeitung“ eines besseren zu belehren, ist vergebliche Mühe. Vorurteilvolle Leser unseres Blattes werden wissen, wie es um die Sache steht, welche die „Fachszeitung“ nicht mit den besten Mitteln vertritt.

Es hat auch wirklich keinen Zweck, jetzt, nachdem der Kampf ausgebrochen ist, noch darüber zu streiten, wer ihn angefangen hat. Uns kann auch nicht daran liegen, die Erbitterung, die jeder Kampf naturgemäß mit sich bringt, zu stärken. Deshalb lassen wir alle Liebesswürdigkeiten, womit die „Fachszeitung“ ihre Gegner bedeckt, unbeachtet. Nur eine unwahre Behauptung, die auch in der neuesten Nummer der „Fachszeitung“ wiederkehrt, obgleich wir sie schon einmal als unwahr erwiesen haben, muß nochmals richtiggestellt werden. Es handelt sich um die auf der Seite der Arbeitgeber aufgestellte Behauptung, der Holzarbeiterverband habe Vermittlungsvorschläge des Einigungsamtes abgelehnt. — Wir hatten dieser Behauptung gegenüber die Tatsache angeführt, daß in der Sitzung des Einigungsamtes am 20. Dezember wohl ein Einigungsvorschlag (Wahltagstabelle vom 24. 25. 26. und 27. M. im ersten bis dritten Vertragsjahre) gemacht, aber denselben aber nicht verhandelt worden ist. Die „Fachszeitung“ behauptet noch jetzt, es sei doch über den Vorschlag verhandelt, die Vertreter der Arbeitgeber hätten erklärt, sie erwarten über diesen Vorschlag eine Aenderung des Holzarbeiterverbandes. Wir können nur dabei bleiben, daß diese Darstellung der „Fachszeitung“ falsch ist. Die Sitzung des Einigungsamtes am 20. Dezember ist unmittelbar nach der Mitteilung des angebotenen Vorschlages geschlossen worden, weil ein Mitglied des Einigungsamtes nicht länger an der Sitzung teilnehmen konnte. Der Holzarbeiterverband hatte keine Gelegenheit, sich zu dem Vorschlage zu äußern. So hat sich der Vorgang abgespielt und nicht anders. Damit lassen wir die „Fachszeitung“ laufen und wenden uns dem zu, was die augenblickliche Situation des Kampfes bringt.

Daß die Aussperrung zwar einen nicht unbedeutenden Umfang angenommen hat, ist Tatsache, wenn auch die Absichten der Scharfmacher bei weitem nicht erfüllt sind. In der Hauptsache werden es die von den Führern der Unternehmer mit allen Mitteln eingeschickten Arbeiter sein, welche sich an der Aussperrung betätigen haben. Im Gegenlage zu diesen meist kleineren Meistern gibt es aber auch größere Betriebe, welche gar nicht daran denken, die von den Scharfmachern ins Werk gesetzte Aussperrung mitzumachen. Zu diesen gehört die Firma Kämmer, die einen der größten Tischlereibetriebe in Berlin unterhält. Der erste Meister der Firma Kämmer erklärte einem Vertreter des Holzarbeiterverbandes in Gegenwart von vier Mitgliedern des Arbeiterausschusses, daß sich die Firma nicht an der Aussperrung beteilige. Es möchten wohl einige Arbeiter entlassen werden, aber nur wegen augenblicklichen Mangel an Arbeit. Der Meister versicherte auch, er habe vom Chef der Firma Kämmer, der zurzeit

bereit ist, nach an einem der letzten Tage die briefliche Weisung erhalten, keinen Arbeiter auszusperren. Man sieht also, daß es mit der Einigkeit der Arbeitgeber nicht zum besten bestellt ist. Das kann auch bei einer so ungerechtfertigten Aussperrung nicht anders erwartet werden.

Die Organisation der Scharmacher, genannt Arbeitgeber-Schutzbund, hat jedenfalls die Absicht, den von ihren Schutzbefohlenen angezeigten Kampf noch weiter auszudehnen. Auch die Berliner Drechslermeister sollen jetzt für den sogenannten Schutzbund eingetragene werden. Derjenige, der im Auftrag des Schutzbundes seine Reize nach den Drechslermeistern auswirft, ist Herr Waldorf, ein Mann, der keine Ahnung davon hat, was den Drechslermeistern not tut, dem es nur darauf ankommt, sie für die Zwecke der Scharmacher einzufangen. Dies Treiben wird treffend gekennzeichnet durch ein vertrauliches Schreiben, welches uns zugestellert ist. Es lautet:

Freie Vereinigung der selbständigen Drechslermeister Deutschlands.

Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung.

Geachtet Herr Kollege!

Am Sonntag, den 20. Januar 1907, vormittags 9 Uhr, findet in Saale des „Königstafelhaus“, Holzmarktstr. 72, eine außerordentliche Generalversammlung der freien Vereinigung der selbständigen Drechslermeister und Lugnumbelsfabrikanten statt. Tagesordnung: 1. Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Arbeitgeber! Referent Herr Waldorf (Geschäftsführer des Arbeitgeberschutzbundes). 2. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Weisung über den Anschluß an den Arbeitgeberschutzbund. 4. Statutenänderungen. 5. Verschiedenes.

In der tiefsten Zeit der fortwährenden Streiks tritt auch an uns die Frage heran, wollen wir stillschweigend zusehen, wie ein Kollege nach dem andern abgeschachtet wird, oder müssen wir uns nicht ebenfalls ermannen und einsehen, daß es so nicht weiter gehen kann, sondern wir uns nach dem Beispiel der Gefährten organisieren müssen. Ein jeder Beruf, und wenn es der kleinste ist, ist zu der Einsicht gekommen, daß es unbedingt notwendig ist, sich zu vereinigen, um gemeinschaftlich zu versuchen, die Lage des Gewerks zu heben; darum sollten auch die Kollegen die Hand dazu bieten, um in unserem Gewerbe einigermassen Verhältnisse zu schaffen, welche es uns ermöglichen, als Staatsbürger unteren Verfassungen und als zivilisierter Mensch zu leben. Für unsere Arbeiter hat der Staat Gesetze geschaffen, welche sie vor der größten Not bei Krankheit, Unfall und im Alter beschützt; was haben wir selbständige Handwerker? Kann uns denn der Staat helfen, wenn wir so uneinig und selbst nicht wissen, was wir wollen. Der Kampf ums Dasein, den wir führen und uns von mehreren Seiten erschwert wird, zwingt doch alle entweder früher oder später sich zu organisieren. Aus der angegebenen Tagesordnung ersieht Sie, daß wir gewillt sind, uns einer großen Vereinigung, dem Arbeitgeber-Schutzbund für das deutsche Holzgewerbe als Bezirksverband anzuschließen. Da unserer Vereinigung sehr günstige Bedingungen betreffs Anschluß gestellt sind, so möchte ich hier nochmals darauf näher eingehen. Das Eintrittsgeld beim Arbeitgeber-Schutzbund beträgt für jeden beschäftigten Arbeiter über achtzehn Jahre eine Mark, unsere Mitglieder dagegen haben kein Eintrittsgeld zu zahlen. An Unterhaltungen bei Streiks oder Aussperrungen zahlt der Verband für jeden über 18 Jahre alten streikenden Arbeiter pro Tag bis 1 Mk. Da wir unter Statut dem Schutzbund anpassen müssen, so wird die Beitragzahlung eine andere. Dieser Betrag der Beitrag pro Woche 50 Pf., also jährlich 26 Mk., nach dem Anschluß beträgt derselbe pro Jahr persönlicher Beitrag 4 Mk. und für die Zahl der im Durchschnitt beschäftigten über 18 Jahre alten Arbeiter je 3 Mk. Den kleineren Betriebinhabern wird die Mitgliedschaft verbilligt, die größeren dagegen haben bedeutend höhere Leistungen, aber auch im allgemeinen und hauptsächlich bei Streiks größere Vorteile. — Damit nun der Beschluß, welcher in der Versammlung gefaßt werden soll, zum Nutzen unserer Vereinigung und des ganzen Gewerks werde, ist es unbedingt notwendig, daß auch Sie in der Versammlung anwesend und Ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Die Kollegen von außerhalb resp. Gruppenvorstände werden gebeten, falls nicht alle Kollegen, welche Mitglieder sind, hierher kommen können, sich mit den übrigen zu verständigen, wieviel Arbeiter über 18 Jahren von denselben beschäftigt werden, und ob dieselben für oder gegen den Anschluß sind.

Niemand darf fehlen!

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oskar Walter, 1. Vorsitzender.

Außerdem gibt der Vorstand bekannt, daß die vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie am 12. Januar alle in Holzarbeiterverbände organisierten Arbeiter ausgesperrt haben. Es gilt hier, Forderungen, welche der Verband gestellt hat, abzuwehren. Dieselben sind folgende: 1. Verlängerung der 52stündigen Arbeitszeit. 2. Allgemeine Lohnhöhung. Obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber und andere Angelegenheiten. — Zudem wir an das Solidaritätsgefühl appellieren, ersuchen wir unsere Mitglieder, auch die Herren aus den Provinzen, da die Herren Weselen nach dort abgehoben werden, keine Arbeiter von hier, solange die Aussperrung dauert, einzustellen, vielmehr die entbehrlichsten Arbeitskräfte zu entlassen. In dem Kampfe, der hier geführt wird, müssen unsere organisierten Gesellen auch die organisierten Arbeitgeber anerkennen.

Hoch die Solidarität!

Der Vorstand.

Das übliche Bombardement mit „Verichtungen“ eröffnet Herr Obermeister Kahardt. Er berichtet zwar nichts, was in unserem Blatte in bezug auf ihn gesagt ist, aber trotzdem wollen wir den sachlichen Inhalt dessen, was Herr Kahardt für eine Verichtigung hält, hier wiedergeben. In seiner Darstellung, wonach Herr Kahardt bei Stusche angefaßt habe, ob der Holzarbeiterverband den Gewerksverein zu den Vertragsverhandlungen einladen wolle und Stusche geantwortet habe, der Holzarbeiterverband habe dazu keine Veranlassung, wenn Herr Kahardt den Gewerksverein einladen wolle, möge er es tun, soll nach Herrn Kahardts Angabe falsch sein. Richtig soll dagegen sein, daß ihm Stusche gelegentlich einer Besprechung die bestimmte Erklärung abgegeben habe, der Holzarbeiterverband würde unter keinen Umständen diesmal wieder gemeinsam mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein verhandeln.

Demgegenüber bestätigt uns Stusche, daß unsere Darstellung richtig ist. Die von uns mitgeteilte Unterredung zwischen Kahardt und Stusche fand telephonisch statt und ist auch von einem anderen Vertreter des Holzarbeiterverbandes mit angehört worden. Ferner meint Stusche, gelegentlich einer anderen Besprechung mit Herrn Kahardt habe er sich, entrüstet über auswärts vom Gewerksverein begangene unkollektive Handlungen, für seine Person, aber nicht für den Holzarbeiterverband gegen jede Gemeinsamkeit mit dem Gewerksverein erklärt.

Eine andere Verichtigung geht uns von der Firma Oskar Schönherr zu. Herr Schönherr bestreitet die in der Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes am 10. d. M. gemachte Mitteilung, wonach er zu den entlassenen Arbeitern gesagt habe, es handle sich nicht um eine Aussperrung, sondern nur um Arbeitsmangel. Herr Schönherr sagt, er persönlich habe überhaupt keine Entlassung vorgenommen und könne schon aus diesem Grunde eine derartige Behauptung nicht gelten lassen. Am 17. (also nachdem der Bericht über die Vertrauensmännerversammlung im „Vorwärts“ erschienen war) habe er seine sämtlichen Arbeiter bis auf zwei entlassen und ihnen gesagt, daß sie ausgesperrt seien. Daß am Tage vorher — wie in der Versammlung mitgeteilt wurde — schon der dritte Teil der Arbeiter des Schönherr'schen Betriebes entlassen worden sei, wird nicht bestritten. Ob diese Entlassung

ein Beauftragter des Herrn Schönherr vorgenommen und die Aussperrung in Abrede gestellt hat, bleibt hiernach möglich, doch können wir das im Augenblick nicht feststellen.

Zur Aussperrung selbst geht uns nach folgende Mitteilung zu: Der Tischler und Zigarrenhändler Gustav Mathias, Raybachufer 44/45, ist auf den gesperrten Bauten der Firma Gebr. Paul als arbeitswilliger Einsperrter tätig.

Die Lohnbewegung der Zimmerer Groß-Berlins nimmt ernstere Formen an. Während der „Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte“ die Forderungen der Zimmerer für unannehmbar bezeichnet, jedoch dabei der Hoffnung auf schließliche Verständigung Ausdruck gab, lehnen die Zimmerermeister alle Forderungen im voraus entschieden ab. Sie erklären, an eine Bewilligung sei nicht zu denken; eine Verlängerung der Arbeitszeit würden sie auf keinen Fall zugehen. Bewilligten sie das, was die Zimmerer forderten, würden alle Bauten mindestens 10 bis 15 Proz. teurer zu stehen kommen. Die Generalversammlung, die der „Verband der Zimmerermeister Berlins und Umgegend“ einberufen hatte, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„In Anbetracht der alljährlich wiederkehrenden unberechtigten neuen Forderungen der Arbeiter, die nicht den Zweck haben, bestehende Verhältnisse in den Arbeitsverhältnissen zu beseitigen, sondern vor allem immer mehr und mehr darauf hinarbeiten, den Arbeitgeber zum willenlosen Werkzeug zu stampeln, beschließt die heutige Versammlung folgendes dem Verband der Baugeschäfte von Berlin, als dem führenden Organ bei den Verhandlungen mit den Arbeitnehmern zur Berücksichtigung zu unterbreiten:

Die heutige Versammlung des „Verbandes der Zimmerermeister von Berlin und Umgegend“ spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Bewilligung der achtstündigen Arbeitszeit und höhere Löhne aus. Sie gibt dem Wunsche Ausdruck, daß möglichst bis 1. Februar d. J. eine Entscheidung herbeigeführt werde und empfiehlt in der Folge dahin zu wirken, daß die Tarifverträge nicht wie bisher am 31. März, sondern stets am 31. Dezember ihr Ende erreichen.

An die Zimmerer Berlins und der Vororte!

Hiermit machen wir unsere Kameraden darauf aufmerksam, daß die Firma W a h u. F r e y t a g, Aktiengesellschaft für Betonbauten, Komptoir Berlin SW., Fernburgerstr. 14, gegenwärtig in Posen einen Bau ausführt, woselbst die dort beschäftigten Zimmerer in den Ausstand getreten sind.

Da die Firma sich eventuell bemühen wird, hier Arbeitskräfte anzuwerben, richten wir an alle Kameraden das dringende Ersuchen, die Annahme der Arbeit für Posen zu verweigern.

Die Verbandsleitung.

Die ausgesperrten Automobilfahrer versammelten sich am Sonntag morgen im Gewerkschaftshaus. In der dritten Woche der Aussperrung stehen sie noch zusammen wie am ersten Tage. Die Unternehmer versuchen wohl, mit einzelnen Fahrern zu verhandeln und zu einer Verständigung zu gelangen, aber ohne Erfolg. Jeder weiß, daß die Verhandlungen prinzipiell nur durch die Organisation geführt werden dürfen. Ruhig hörten die Versammelten den Bericht von Rettig über die Antwort der Unternehmer, die im „Vorwärts“ bereits veröffentlicht war, an und erklärten in einer Resolution, daß sie mit Bedauern Kenntnis nehmen von dem absehbaren Verhalten der Automobilbesitzer gegenüber dem Vorschlag, den Konflikt durch Vergleichsverhandlungen beizulegen. Sie sind entschlossen, nun auch ihrerseits auf dem bisher eingenommenen Standpunkte fest zu beharren und erwarten, daß die Unternehmer sich bereit erklären werden, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Die ausgesperrten betrauten die Lage als unverändert günstig und stehen fest zum Verbands. In der Diskussion wurde erklärt: Hier steht eine Organisation der anderen gegenüber; warum soll die eine geringer gelten als die andere? Es ist bekannt geworden, daß an die einzelnen Besitzer vom Verein aus die strikte Weisung ergangen sei, nicht mit der Organisation der Fahrer zu verhandeln. Um so mehr legen die Fahrer Wert darauf, daß ihre Organisation respektiert wird.

Einen glänzenden Erfolg hat der Verband der Gastwirtsgehilfen errungen. Am Freitag haben die Reuwhaler von 4 Gehilfenausschussmitgliedern und 6 Vertretern hierzu stattgefunden. Desgleichen die Reuwhahl der gesamten 7 Innungsschiedsgerichts-Arbeitnehmerdeputierten und 7 Vertreter hierzu. Die gesamte Liste des Verbandes der Gastwirtsgehilfen mit 24 Kandidaten in vier Wahlgängen wurde mit überwältigender Majorität gewählt. Von 360 anwesenden stimmberechtigten Gehilfen, welche bei Innungsmestern beschäftigt sind, wurden 356 Stimmzettel abgegeben. Bei allen vier Wahlgängen haben die organisierten Gehilfen durchweg rund eine Majorität circa 200 Stimmen erhalten, trotz heftigster Agitation der Innungsmester und Abkommandierung ihrer Getreuen zur Wahl. Die Berliner Gastwirtsgehilfen kennt eine solche Wahl nicht. Früher wurden diese Wahlen mit 20—30 ihrer Getreuen gemacht. Der gesamte Gehilfenausschuss und ihre Vertreter sowie die gesamten Innungsschiedsgerichtsdeputierten und ihre Vertreter sind nunmehr organisierte Gastwirtsgehilfen. — Die Agitation war eine überaus heftige. Die Innungsmestereinladungen auf rotem Papier haben nicht democht, die „gelben Getreuen“ der Meister im Sattel zu halten. Die Begeisterung war überaus stark und berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Achtung! Hint-, Sinn- und Bleigießer! Die Differenzen bei der Firma Edward L a c h m a n n, Meister Nummer, sind zu unseren Gunsten beigelegt.

Deutsches Reich.

Die Arbeiter der Zuckerraffinade von Michaelis u. Komp. zu Sankta a. d. Elbe befinden sich im Ausstande. Die menschlichen unwürdigen Verhältnisse, die dort herrschen, haben die Arbeiter dazu getrieben. Die Beteiligten sind beinahe sämtlich von Posen und Oberschlesien hergelockte Arbeiter, haben sich aber sämtlich in Anbetracht ihrer Lage organisiert. Die Direktion wird wiederum versucht, durch ihre Agenten Leute heranzulocken. Kollegen, Genossen! Haltet den Zugang fern. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Gelder sind zu senden an H. Friebe, Bedel (Holstein) Mühlenstraße.

Ausland.

Ein sozialistischer Gewerkschaftler, der einen Orden annimmt. Paris, 17. Januar. (Eigener Bericht.) Daß die Ordensmacht, die einen unerkennlichen Charakterzug der französischen Demokratie bildet, bis in die Reihen der Arbeiterschaft hineinreicht, davon gibt die Auszeichnung des Sekretärs der Bergarbeiterföderation des Pas de Calais Edward mit dem Kreuz der Ehrenlegion ein unerwartetes Beispiel. Eine solche Auszeichnung wird natürlich nicht verliehen, wenn sie nicht erbeten worden ist. Edward hat in den letzten Ausstandsbelegungen des Grubenproletariats eine führende Rolle gespielt. Ist ihm am Bewußtsein, seinen Kameraden gedient zu haben, so wenig gelegen, daß er noch einer Anerkennung der Regierung bedarf? Und die Frage drängt sich auf: Was hat dieser Gewerkschaftler geleistet, daß sich eine bürgerliche Regierung versucht fühlen kann, ihm eine Auszeichnung zu verleihen? Die Arbeiterföderation hat diesen Gedanken in einem Tadelvotum Ausdruck gegeben. Daß der Schritt Edwards der höchsten Achtung in der Bergarbeiterschaft, der er angehört, nichts nützen wird, liegt auf der Hand.

Soziales.

Sozialpolitische Streiflichter.

Daß unsere Arbeiterversicherung nicht nur zum Stillstand gekommen ist, sondern immer mehr der Verfall gemacht wird, die Reichsversicherungsgesetzungen der Versicherten zu gestalten, kommt besonders bei der Unfallversicherung zum Ausdruck. Das Bestreben der konservativen, nationalliberalen und Zentrums-Junker im preussischen Landtage, bei den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen die Renten bis zu 25 Proz. zu beseitigen, hat auch bei den gewerblichen Berufsvereinigungen Nachahmung gefunden.

Das Reichsversicherungsamt hat entgegen dem Gesetz in ständiger Rechtsprechung Renten unter 10 Proz. als nicht mehr beseitigbare Einbuße im wirtschaftlichen Erwerbseinkommen bezeichnet. Eine große Zahl von Unfallverletzten wird daher überhaupt nicht entschädigt. Nach der ständigen Rechtsprechung sollen Rentenänderungen um 5 Proz. nicht vorgenommen werden, da eine Rentenänderung um 5 Proz. in dem objektiven Befunde der Unfallfolgen so gering ist, daß es schwer ist, eine Verringerung feststellen zu können. Eine Steigerung der Erwerbseinkünfte infolge einer so geringen Verringerung, die auf 5 Proz. bewertet ist, nicht feststellen. Diese Spruchpraxis, Änderungen um 5 Proz. nicht vorzunehmen, ist längst über den Haufen geworfen. Die Herabsetzung der Renten um 5 Proz. durch die Berufsvereinigungen ist an der Tagesordnung. In den Fällen, wo die Schiedsgerichte — eben gestützt auf die bisherige Spruchpraxis — die Herabsetzung der Renten um 5 Proz. zurückweisen, wird dem Refus der Berufsvereinigungen gegen die Entscheidungen des Schiedsgerichts beim Reichsversicherungsamt neuerdings leider oft stattgegeben. Besonders ist das in dem Spruchsenat des Geh. Regierungsrats Friedensburg der Fall. Vor einiger Zeit konnten wir einer Verhandlung in diesem Senat beiwohnen. Es handelte sich um eine Verletzung des rechten Daumens. Die Berufsvereinigungen hatten eine Rente überhaupt abgelehnt. Das Schiedsgericht in Weimar hörte den Kreisarzt Medizinalrat Dr. B. Derselbe schätzte die Erwerbseinkünfte durch die Unfallfolgen für die Zeit vom 21. Mai 1903 bis 30. Oktober 1905 auf 20 Proz. Nach dem 30. September 1905 sollten „mehrere“ Unfallfolgen nicht mehr bestehen, es könnte jetzt nur noch eine gewisse „Unbegünstigkeit“ in Frage kommen, die indes durch allmähliche „Gewöhnung“ beseitigt würde. Dem entsprechend wurde die Entscheidung des Schiedsgerichts getroffen. Der Verletzte legte hiergegen Refus beim Reichsversicherungsamt ein. Er hatte ein ärztliches Gutachten von einem Chirurgen und Leiter der chirurgischen Abteilung eines Krankenhauses zur Begründung seiner Rentenentschädigungsansprüche beigebracht. Im ersten Verhandlungstermin wurde von dem erlernenden Senat die Einholung eines Obergutachtens befohlen, da sich die beiden Gutachten im Widerspruch befanden. Das vom R. V. A. eingeforderte ärztliche Obergutachten war von dem Direktor der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Friedrichshain erstattet. Bezüglich des objektiven Befundes, soweit man dem Vortrag des Versicherungsfatters in der Verhandlung des Senats unter dem Präsidium des Geheimrats Friedensburg, entnehmen konnte, stimmte das Obergutachten mit dem vom Verletzten beigebrachten Gutachten überein. Nur in der Schätzung divergierten dieselben. Während der vom Verletzten beigebrachte Gutachter die Erwerbseinkünfte auf 15 Prozent bewertete, nahm der Obergutachter nach dem 30. September 1905 und auch jetzt noch eine Erwerbseinkünfte von 10 Prozent durch die Unfallfolgen an. Auch bezüglich der Löhne wurde festgestellt, daß der Verletzte in Berlin, wo die Löhne höher sind als in dem Unfallorte, der Kläger trotzdem weniger verdiente. Trotz dieser Tatsachen, welche die Erwerbseinkünfte des Verletzten klar feststellen, verweigerte Herr Friedensburg das Urteil dahingehend, daß der Mann keine Rente verdiene, da die Unfallfolgen nur geringe sind.

Wir haben vielen amts- und landgerichtlichen Verhandlungen und solchen der Bezirksauschüsse beigewohnt, in denen zumgunsten der Kläger entschieden wurde. Aber nirgend ist uns eine Verhandlung zumgunsten der nun ihr Recht oder um Amosen tragenden Kläger aufgefallen, wie in dem Friedensburger Senat. Die Bemerkungen und Mosen, mit denen der Vortrag des Referenten vom Vorsitzenden begleitet worden und die Art der Verhandlung mit dem im Betriebe Verunglückten oder deren Verwandten, die für sie eintreten wollten, werden von den Beteiligten als Umschreibung der Empfindung aufgefaßt: wie kann nur der Kläger glauben, daß ihm hier der durch den Unfall erlittenen Schaden ersetzt werde?

Die Unfallrechtsprechung zielt immer mehr auf die Befestigung der kleinen Renten hin — im preussischen Dreiklassenparlament nannten der nationale Schmieding und Schröder diese Renten geschnapdrente.

Die Beeinflussung der Schiedsgerichte durch die Ärzte geht allem Anschein nach immer mehr vor sich. Man hat die Hinzuziehung der Ärzte zu den Spruchsitzen der Schiedsgerichte als einen „außerordentlichen“ Vorteil für die Verletzten gepriesen. In wachsendem Maße wird uns von an der Schadenfeststellung interessierten Personen berichtet, daß die Begutachtung und Unterredung des Verletzten während der Schiedsgerichtsverhandlung höchst oberflächlich vor sich gehen. Einzelne Ärzte, besonders am Schiedsgericht Berlin, geben oftmals die Erklärung ab, der Unfall könne als „Betriebsunfall“ nicht anerkannt werden, es sei das zwar Sache des Gerichts, doch vom medizinischen Standpunkt könne er — der Arzt — einen Betriebsunfall nicht anerkennen. Ueber die Frage, ob ein Betriebsunfall im Sinne des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vorliegt, hat aber einzig und allein das Schiedsgericht zu entscheiden, nicht der Arzt. Es sollte ein Vertrauensarzt des Schiedsgerichts ein ärztliches Gutachten für die Berufsvereinigungen zur Rentenänderung nicht abgeben. Freilich wird das persönliche Tatgefühl ausschlaggebend sein müssen. Wenn aber der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts sich weigert, dem Verletzten als Kläger, dem wirtschaftlich Schwächeren, ein ärztliches Gutachten auszustellen, dann sollte er es der Berufsvereinigungen gegenüber erst recht ablehnen.

In neuerer Zeit läßt der Vorsitzende des Berliner Schiedsgerichts die vom Reichsversicherungsamt zugehenden der Verletzten aufgehobenen Urteile bei den Besitzern zirkulieren. Warum nur diese, warum nicht alle, auch die zugunsten der Arbeiter ergangenen Urteile? Darauf sollten die Richter dringen und sollten die Vorschlagsliste der Ärzte sehr genau prüfen, ehe die Wahl von Vertrauensärzten auf ein Jahr vollzogen wird.

Gerichts-Zeitung.

Haftung des Staats für Folgen von Beamten-Mißhandlungen.

Eines Abends wurde in Mülhausen im Elß ein Mann wegen Räubens von Nachtwächtern verhaftet. Er wehrte sich energisch dagegen, wurde nun von den Nachtwächtern in Mülhausen und fährte, wobei er die Kniee wehrte brach. Der Verletzte lagte auf Schadenersatz und das Landgericht beurteilte den einen Nachtwächter zur Zahlung einer einmaligen Summe von 600 Mk. und einer jährlichen Rente in derselben Höhe. Da die Zwangsvollstreckung gegen den Beamten fruchtlos war, klagte der Verletzte nunmehr gegen den Landesfiskus und gegen die Stadt Mülhausen als haftbar, da die Nachtwächter in des einen oder anderen Dienste ständen. Staat und Gemeinde wollten hiervon nichts wissen, das Gericht kam aber zu der Überzeugung, daß die Nachtwächter im Dienste des Staates stehen und beurteilte auf Grund des für den Elß geltenden Rechts den Fiskus zur Zahlung der angegebenen Summen. Den Nachtwächtern liegen in ihrer Eigenschaft als Sicherheitspolizei Dienste und Befugnisse ob, die aus der Staatsgewalt allein abzuleiten sind und in Mülhausen nur vom Staate ausübt werden. Sie sind infolge dessen als Staatsbeamte zu betrachten.

Velder besteht entgegen den wiederholten Anträgen der Sozialdemokratie eine Haftpflicht des Fiskus für den durch Beamte angerichteten Schaden nicht für ganz Deutschland, insbesondere nicht für Preußen.

Verfammlungen.

Die Maschinenarbeiter des deutschen Holzarbeiterverbandes hielten am 17. Januar in den „Andreas-Festhallen“ eine Branchenversammlung ab. Nach dem Kommissionsbericht der Branchenleitung wurden im 4. Quartal des vorigen Jahres 177 Verhaftungen abgehalten. Zu diesen waren von 1298 beschäftigten Kollegen 849 organisierte und 77 unorganisierte erschienen. Hierauf gab Guber den Bericht vom Arbeitsnachweis für das 3. und 4. Quartal. Es wurden in diesem Halbjahr 1296 Arbeitslose und 1119 Stellen gemeldet; von diesen wurden 804 besetzt. In der sich anschließenden Diskussion wurde von mehreren Kollegen darüber geklagt, daß immer noch viele Kollegen den Arbeitsnachweis hintergehen und sich unter der Hand Arbeit suchen, worauf Hübert sowohl als auch Jäd und Guber darauf aufmerksam machten, daß unser Beschluß, den wir im alten Maschinenarbeiterverband gefaßt haben, von der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes gutgeheißen wurde und nun noch zu Recht besteht. Nach diesem Beschluß werden Kollegen, welche sich durch Hausieren Arbeit verschaffen, erst verwahrt und im Wiederholungsfall aus dem Verbande ausgeschlossen. Hierauf gab Hübert einen kurzen Bericht über die Situation der Aussperrung, welcher von Jäd noch ergänzt wurde. In alle Kollegen wurde die Mahnung gerichtet, fest in diesem uns aufgedrungenen Kampfe zu einander zu stehen, bis der Sieg errungen sei. Hierauf wurde folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: In Anbetracht des dem Holzarbeiterverbande von den vereinigten Arbeitgeberorganisationen brutal aufgedrungenen Kampfes verpflichten sich die heute in den „Andreas-Festhallen“ versammelten Maschinenarbeiter Groß-Berlins, diesen Kampf mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zu führen und kein Opfer zu scheuen, um denselben zum Wohle und zur Ehre des deutschen Holzarbeiterverbandes zu beendigen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Fleischerverbandes hielt am Mittwoch im „Englischen Garten“ ihre Generalversammlung ab. Zunächst wurde der Massenbericht vom 4. Quartal 1906 entgegengenommen. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse bilanzierte in der Summe von 1188,80 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1054,44 M. und eine Ausgabe von 414,11 M., so daß ein Bestand von 640,33 M. verblieb. Der Verwaltungsstelle gehörten am Jahresschluß 551 Mitglieder an. Bezüglich der Tätigkeit des Vorstandes und der Entwicklung der Organisation verweist der Vorsitzende auf den demnächst erscheinenden gedruckten Jahresbericht. Im Laufe des Jahres hat die Geschäftsstelle immerhin einen erfreulichen Fortschritt gemacht, denn die eingegangenen Wochenbeiträge weisen eine Steigerung um mehr als das Doppelte auf. Als eine der nächstliegenden Aufgaben wurde der weitere Ausbau des Bezirkstaxiessystems bezeichnet. Die Tätigkeit der Kontrollkommission zur Sicherung der Sonntagsruhe ist ebenfalls eine recht wirksame gewesen, wenn sie den Reisern auch keineswegs ermüdet war. Mehrfach ist es vorgekommen, daß, wenn die Kommission einen Betrieb kontrollierte, die Gesellen dann in der Räucherstube oder sonstigen Gelassen verhaftet wurden. Genügt hat die Kontrolle aber zweifellos sehr viel; die Reisler gehen in der Ausführung der Gesellen an den Sonntagen doch nicht mehr so weit wie früher. — In den Vorstand wurden darauf gewählt: Als erster Vorsitzender Bergmann, als zweiter Vorsitzender Räsche, als Kassierer Lammertsen, als Schriftführer Blank; als Beisitzer Bachmann, Schnaubelt und Jurd; als Revisoren Behrmann, Redmann und Köhring und als Delegierter zur Gewerkschaftskommission Bergmann. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung sodann, für die Verwaltungsstelle Berlin einen besoldeten Geschäftsführer anzustellen. Als solcher wurde der Vorsitzende Bergmann gewählt. In die wahlberechtigten Schlichtergesellen richtete der Vorstand noch den dringenden Appell, am 26. Januar einmütig für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Wäsche- und Arzwattensarbeiter hielt in „Vordes Festhallen“ eine öffentliche Versammlung ab, in welcher über den Tarifbruch der Firma J. u. W. Häuser, Greifswalderstr. 13, Bericht erstattet wurde. Der Verbandsvorsitzende Keller führte der Versammlung vor Augen, wie die Firma mit Hilfe der Zuschneider es fertig gebracht habe, um durch die Bewegung von 1905 nicht in Mitleidenschaft gezogen zu werden, einen Scheintarif mit der Organisation abzuschließen, welcher von der Firma, Zuschneider und Organisation gegenseitig unterzeichnet worden ist, aber nie in Kraft getreten ist. Die Herren Zuschneider, die ihre Unterschrift gegeben, und durch diese Verhältnisse zu dem Vertrat geleistet haben, sind Elemente, welche unter der Arbeiterschaft nicht genügend gekennzeichnet werden können. Besonders derjenige, welcher als Vater des Tarifs anzusehen ist, indem er die Firma auf diesen Streich hinarbeitete, und weiter dafür eingetreten ist, daß das Ansehen der Kolleginnen, einen realen Tarif abzuschließen, umgangen wurde. Mit lebhafter Entzückung wurde aufgenommen, was diese Firma alles zum Tarifbruch stempelt. Die Organisation habe unter anderem aus agitatorischen Gründen eine Fabrikbesprechung einberufen, und das erklärte die Firma dem Vorsitzenden gegenüber als Tarifbruch. Die Diskussionen gingen mit dem Verhalten der Firma und der Aufschneider ebenfalls scharf zu Gericht. Unter begeistelter Stimmung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen die Resolutionen der Firma und der Zuschneider ausdrückt. — Besonders die Heimarbeiterinnen werden ersucht, in dieser Angelegenheit sich Auskunft im Bureau des Verbandes der Wäsche-Arbeiter, Neue Königsstr. 7, von 9-2 und 6-8 Uhr zu holen.

Vermischtes.

Die Kingstoner Katastrophe. Heber das Unglück gibt eine Depesche der „Associated Press“ aus Kingston folgende Schilderung: Das Erdbeben begann plötzlich. Die Erdbeben dauerten 36 Sekunden; die Stadt schwante wie ein Schiff auf bewegtem Meer. Gebäude stürzten ein und Staubwolken hüllten die Stadt in Halb Dunkel; die Einwohner flüchteten schreiend, zum Teil mit blutenden Wunden bedeckt, aus den Häusern. Als die Staubwolken sich verzogen, liegen schwarze Rauchwolken auf, dann schofen Feuergegarne hoch und in einer halben Stunde brannte das ganze Geschäftsviertel. 400 Leichen sind bereits geborgen, aber noch eine weit größere Zahl Menschen ist zu Tode verbrannt. Die Tausende von Deumatolonen und die Hunderte von Verwundeten boten einen erschütternden Anblick dar. Das Erdbeben ist in ganz Jamaica veripurt worden, hat aber nur in einem Umkreise von 12 Meilen Schaden angerichtet. Nach den letzten Meldungen aus Kingston haben die Militärbehörden der Regierungsbefehl bekannt gegeben, daß alle Eingeborenen sich an der Beseitigung der Leichen beteiligen müßten. Heber 100 Regter, welche der Aufforderung nicht Folge leisteten, wurden verhaftet. 20 Regter wurden wegen Plünderens erschossen. Eine erste Sendung mit Medikamenten ist gestern eingetroffen. Auch die Gefahr einer Hungersnot scheint beseitigt.

Ein neues Erdbeben in Kingston. New York, 19. Januar. Aus Kingston wird vom 17. d. M. gemeldet: In der letzten Nacht fanden mehrere neue Erdbeben statt. Bisher sind 420 Leichen befristet, die übrigen sollen verbrannt werden. Man glaubt, daß die Zahl der Toten 700 beträgt. — Der „New York Herald“ meldet aus Kingston: Das amerikanische Schiffschiff „Missouri“ ging vor dem Justizhaus vor Anker und schütterte die aufrührerischen Justizhäuser durch Abfeuern von zwei blinden Salven und Lenden einer bewaffneten Wache ein. Der Gouverneur sprach für diese Unterstützung seinen Dank aus.

Hilfsleistungen.

London, 19. Januar. Die Subskription für die Kollektenden von Kingston ergab bis gestern abend 13 000 Pfund. Die kanadische Regierung hat 100 000 Dollars für Kingston ausgeworfen. Ferner gehen zwei Schiffe mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken nach Jamaica.

Ein Paketfahrtschiff gestrandet. Der New Yorker Agentur der Hamburg-Amerika-Linie ist die Nachricht zugegangen, daß der Dampfer „Prinz Waldemar“ letzte Nacht um 2 Uhr eine halbe Meile östlich von Plum Point (Jamaika) gestrandet ist, und daß Bergungsschiffe zur Hilfeleistung abgegangen sind.

Ein Telegramm aus Hamburg besagt: Die Hamburg-Amerika-Linie bestätigt die Meldung von dem Auslaufen des Dampfers „Prinz Waldemar“ bei Plum Point und fügt hinzu, daß die Passagiere und die Besatzung gerettet sind. Die Lage des Schiffes wird als nicht ungünstig bezeichnet; Bergungsdampfer sind zur Stelle und man hofft, den Dampfer abzubringen.

Hamburg, 19. Januar. Zu der Strandung des Dampfers „Prinz Waldemar“ teilt die Hamburg-Amerika-Linie noch mit: Der Kapitän des Dampfers war vor seiner Ankunft an der Küste von Jamaica telegraphisch nicht mehr zu erreichen. Die Strandung ist auf die völlige Veränderung, welche die Hafeneinfahrt von Kingston durch das Erdbeben erlitten hat und auf die Zerstörung der dort befindlichen Leuchttürme zurückzuführen.

Auf Grund geraten. Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Associated Press“ aus Kingston vom 17. d. M. ist der deutsche Postdampfer „Prinz Eitel-Friedrich“ der Hamburg-Amerika-Linie, mit dem eine größere Anzahl von Amerikanern die Insel hatte verlassen wollen, in der Nacht vom 16. auf den 17. in der Nähe des Bracks der „Prinzessin Viktoria Luise“ ebenfalls auf Grund geraten.

Eine gefährliche Zigarre. In Steißlingen (Oberbaden) entlud sich ein pistolenartiger Schuß aus einer Zigarre, die ein 70jähriger Handwerker rauchte. Es wurden ihm drei Finger der rechten Hand zerrissen.

Eisenbahnunfall.

Aus Goslar wird vom gestrigen Tage amtlich gemeldet: Güterzug 6793 hat heute vormittag 1/8 Uhr bei Einfahrt in Bahnhof Lutter infolge ungenügender Bremswirkung den Bremsbock in Gleis 3 überfahren. Maschine, Pufferwagen und drei Güterwagen erheblich beschädigt. Ein Bremser Beside aus Roggeburg getötet. Sonst niemand verletzt. Betrieb nicht gestört. Beide Hauptgleise blieben fahrbar.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Tannhäuser. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Die Jäuberhede. Mittwoch: Triton und Nobe. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Wagnon. Freitag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Cavalleria rusticana. Sonntag: Der Postillon von Lonjumeau. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Meisterlänger von Nürnberg.

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Prinz Friedrich von Homburg. Montag: Das Glashaus. Dienstag: Kathan der Weise. Mittwoch: Rein Doril. Donnerstag: Wallensteins Tod. Freitag: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Sonnabend und Sonntag: Wallensteins Tod. Montag: Das Glashaus.

Neues königl. Operntheater. Sonntag, 20. Januar: Iphigenie auf Tauris. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag, 27. Januar: Undine. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag: Die rote Robe. Abends: Nachmann als Erzähler. Montag: Die Räuber. Dienstag: Jugend. Mittwoch: Doppeltstündchen. Donnerstag: Der Kaiserjäger. Freitag: Jugend. Sonnabend: Der Kaiserjäger. Sonntag: Doppeltstündchen.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Sonntag: Die von Hochstetel. Abends: Die von Hochstetel. Montag: Die von Hochstetel. Dienstag: Die von Hochstetel. Mittwoch: Die von Hochstetel. Donnerstag: Die von Hochstetel. Freitag: Die von Hochstetel. Sonnabend: Die von Hochstetel. Sonntag: Die von Hochstetel.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Die von Hochstetel. Montag: Die von Hochstetel. Dienstag: Die von Hochstetel. Mittwoch: Die von Hochstetel. Donnerstag: Die von Hochstetel. Freitag: Die von Hochstetel. Sonnabend: Die von Hochstetel. Sonntag: Die von Hochstetel.

Deutsches Theater. Sonntag und Montag: Das Wintermärchen. Dienstag: Die Geschwister. Mittwoch: Das Wintermärchen. Donnerstag: Die Geschwister. Freitag bis Sonntag: Romeo und Julia. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Das Wintermärchen.

Neues Theater. Sonntag: La robe rouge. Montag: Condottieri. Dienstag bis Sonntag: Lyngade & Co. Montag: Unbestimmt.

Theater des Westens. Sonntag: Maria. Montag: Maria. Dienstag: Maria. Mittwoch: Maria. Donnerstag: Maria. Freitag: Maria. Sonnabend: Maria. Sonntag: Maria.

Berliner Theater. Abends: Der Hund von Baskerville. Mittwochs: Heute nachmittag 3 Uhr: Unsere Käse. Abends: Hufenschieber. Nächsten Sonntag: Unsere Käse.

Vorsing-Theater. Sonntag: Der Kaiserjäger. Montag: Der Kaiserjäger. Dienstag: Der Kaiserjäger. Mittwoch: Der Kaiserjäger. Donnerstag: Der Kaiserjäger. Freitag: Der Kaiserjäger. Sonnabend: Der Kaiserjäger. Sonntag: Der Kaiserjäger.

Römische Oper. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Carmen. Montag: Pariser Leben. Dienstag: Carmen. Mittwoch: Tosca. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Tosca. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

Kleines Theater. Sonntag: Ein idealer Gatte. Montag: Ein idealer Gatte. Dienstag: Ein idealer Gatte. Mittwoch: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Ein idealer Gatte. Freitag: Ein idealer Gatte. Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntag: Ein idealer Gatte.

Trionon-Theater. Sonntag bis Dienstag: Wo ist Papa? Die Schloßkellerei. Mittwoch bis Freitag: Die Schloßkellerei. Heute nachmittag und nächsten Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Handfreund.

Kaisers-Theater. Sonntag: Maria Stuart. Abends: Herr Potter aus Texas. Montag: Der Troubadour. Dienstag: Herr Potter aus Texas. Mittwoch: Der Troubadour. Donnerstag: Herr Potter aus Texas. Freitag: Der Troubadour. Sonnabend: Herr Potter aus Texas. Sonntag: Der Troubadour.

Zentral-Theater. Heute nachmittag 3 Uhr: Der Milado. Abends: Der Milado. Sonntag: Der Milado. Montag: Der Milado. Dienstag: Der Milado. Mittwoch: Der Milado. Donnerstag: Der Milado. Freitag: Der Milado. Sonnabend: Der Milado. Sonntag: Der Milado.

Bernhard-Rose-Theater (früher Carl-Weiß-Theater). Sonntag: Der Milado. Montag: Der Milado. Dienstag: Der Milado. Mittwoch: Der Milado. Donnerstag: Der Milado. Freitag: Der Milado. Sonnabend: Der Milado. Sonntag: Der Milado.

Thalia-Theater. Abends: Eine lustige Doppelde. Heute nachmittag 3 1/2 Uhr: Charles Lante. Sonnabend, 20. Januar, nachmittags 3 Uhr: Rabale und Liebe. Sonntag: Charles Lante.

Reichens-Theater. Abends: Florette und Balapon. Heute nachmittag 3 Uhr: Der Schloßkellerei. Nächsten Sonntag: Der Schloßkellerei.

Metropol-Theater. Sonntag: Auf ins Metropol. Abends: Der Teufel laßt dazu. Nächsten Sonntag: Auf ins Metropol.

Apollo-Theater. Sonntag: Familienvorfälle. Abends 8 Uhr und die folgenden Tage: Die schöne Bestalin und Spezialitäten. Nächsten Sonntag: Familienvorfälle.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Sonntag: Heber'n großen Lech. Täglich: Der Sorgenbrecher. Nächsten Sonntag: Heber'n großen Lech.

Palast-Theater. Spezialitäten.

Walhalla-Theater. Spezialitäten.

Reichspalast-Theater. Stettiner Sängler.

Vollge-Theater. Abends: Berlin daß auf! Spezialitäten. Karl Haberland-Theater. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Kasino-Theater. Abends: Ledige Leute. Heute nachmittag 4 Uhr: Die beiden Champlagnol. Nächsten Sonntag: Ledige Leute. Die beiden Champlagnol. Das Modell. Ehrenmitglied XVI. Gehr. Herrfeld-Theater. Jeden Abend: Familienfest im Hause Prellberg. Urania-Theater. Laubenstraße 48/49. Täglich: Die Feuergefahren der Erde. (Anfang 8 Uhr.)

Eingegangene Druckschriften.

Zur Psychologie unserer Zeit. Heft 7. Dürrenmatt von Dr. med. B. Hammer. 76 Bl. — Heft 8. Der Mädchenhandel von Dr. Philol. 75 Bl. — Heft 9. Heiratsschwinder von Dr. Philol. 75 Bl. — Heft 11. Wähe und Prostitution von Dr. Philol. 75 Bl. — Heft 12. Freie Liebe. Freie Ehe. Von Dr. Philol. 75 Bl. — Verlag: J. Singer u. Co., Berlin O. 2.

Kulturnotwehr von Dr. A. Grabowsky. 60 Bl. Verlag: J. G. Herbig, Berlin SW. 48.

Berlin-Bagdad. Das deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910-1931. Von Rudolf Martin. Geheftet M. 2,50, gebunden M. 3.—. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Worum? müssen wir liberal wählen?? von R. Gaab. 60 Bl. — Verlag: J. G. Herbig, Berlin SW. 48.

Heber die eventuelle Nützlichkeit der Begründung eines Nationalen Instituts für Hydrobiologie und Quantitative von Dr. E. Jankowsky. Verlag E. Schweizerbart (E. Neale) in Stuttgart.

Sozialer Fortschritt. Heft 88-90: Die Befähigung der Konsumverneine. Von Dr. jur. Hermann Drösch. 75 Bl. — Heft 91: Sozialsekretäre und Fabrikarbeiter. Herausgegeben von Leopold Kähler. 25 Bl. — R. Vopry: Die Welt, von der man nicht spricht. 60 Bl. — Heine, Heinrich. Auswahl aus seinen prosaischen und poetischen Schriften von Adm. v. Winterfeld. Karl. 2 M., geb. 2,50 M. Verlag Jolly Dietrich, Leipzig.

Thematischer Führer durch die Klavierkammer von Siegfried Karg-Elert. Preis 2 M. Verlag Karl Simon, Berlin SW. 68.

Der deutsche Reichstag 1906. Nach seiner Auflösung am 13. 12. und 1907. Kartographisch und tabellarisch dargestellt. Preis 1 M. Verlag Dietrich Reimer, Berlin SW. 48.

Universal-Taschen-Atlas 1907 von Professor A. 2. Hilmann. Geographisch-statistisches Nachschlagewerk. Preis geb. 3,50 M. Verlag Freitag u. Berndt, Wien VII. 11.

Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland von Dr. Hanns Jünke. Preis 2 M. Verlag G. Fischer in Jena.

Sünde und Brot von Helene Simon. Preis 1 M. Verlag von L. Sch in Hamburg.

Rebel oder Verräter von B. v. Kardoff. 60 Seiten. — Schmidt kontra Noeren von G. A. Schmidt. 60 Seiten. Verlag E. A. Schweizerbart u. Sohn, Berlin W. 35.

Briefkasten der Redaktion.

M. 115. Rattenkopfbagellen sind nur durch das bakteriologische Institut der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz in Bonn zu beschaffen. Ein Reagenzglas mit Reinfahrt, die drei Wochen lebensfähig bleiben, kostet 1 M. Aufbewahrung fäht und dunkel, Verwendung nach beizugegebener Gebrauchsanweisung. Durch diese Bagellen werden neben Hatten auch Wälzmäuse, Haus- und Feldmäuse sowie Hamster vernichtet. — **M. 9. 73.** Ihren Zweck können Sie nur durch einen Adoptionsvertrag erreichen. Derselbe muß gerichtlich oder notariell geschlossen werden. Von dem Amtsgericht ist er zu bestätigen. Im Dispens von dem Altersverhältnis müßten Sie bei dem Amtsgericht einkommen. Die Adoption kostet 50 M. — **M. 2. 1.** Ihre Anfrage ist schon einmal dahin beantwortet, daß, wenn Sie eine Gebühr vereinbart haben, Sie leider zahlen müssen. — **Teufel 1000.** Die Eltern sind nicht haltbar. — **381 G. 2.** Der Vater muß zur Zahlung der Rente verpflichtet werden, auch könnte Lohnarbeit stattdessen. — **G. 20.** Wir sind nicht in der Lage, Ihnen das Datum der Reichsgerichtsentcheidung anzugeben. — **A. G. 100.** Sie müssen genau angeben, welche Arbeit die Frauen verrichten, über deren Versicherungsbeitrag Sie Auskunft haben wollen. Allgemeine Anfragen müssen wir ablehnen zu beantworten. — **C. R. 1000.** 1. u. 2. Ja. — **M. 55.** Das Kammergericht können Sie nicht verklagen, sondern nur die eventuellen Lebensberechtigten. Wenden Sie sich an einen Anwalt. — **B. G.** Mit der Erbschaft hier gemacht, so muß die Erbschaftsteuer hier gezahlt werden. — **M. R. 63.** Sie können weiter leben. Wenn Sie 200 Markten geliebt haben, lebt auch Ihr Recht aus den früheren Markten wieder auf. — **M. B. 31.** So weit der Sachverhalt aus Ihrem Schreiben ersichtlich, steht Ihnen ein klagbarer Anspruch nicht zu. — **G. R. 48.** Da Sie, so weit ersichtlich, gegen die früheren Bescheide nicht geklagt haben, sind dieselben leider rechtskräftig geworden. Sie könnten eine Erhebung der Rente mit Erfolg nur beantragen, wenn Sie nachweisen, daß seit der letzten Bewachung ihr Zustand sich verschlechtert hat. — **C. W. Rein.** — **Jugendorganisation.** 1. Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Reklamationsgebühren bis zum 15. Januar an die Reklamationsbehörde zu richten sind. 2. Ja, aber die Gebühren sind mildernden Umständen. 3. Ja, das ist unmöglich. 4. Auf Antrag kann der Nachtrag (Streubesprechung) die Steuer in diesem Falle erlassen. — **M. G. 82.** Ja. — **A. G. 99.** 1. Sie müssen Beschwerden einlegen. 2. Rein. 3. Ja. 4. Rein. **G. 7. 100.** Ja. — **Kalender 30.** Sehen Sie der Sache ruhig entgegen. Verhält sie sich so, wie Sie geschilbert, so sind Sie nicht strafbar. — **M. B. 100.** 1. und 2. Ja. — **B. C. 25.** 1. Ja. 2. Rein. — **J. 101.** Ja, es muß aber dem außerrechtlichen Vater so viel beilassen werden, als zum handhabungsfähigen Unterhalt seiner Familie und zu seinem notwendigen Unterhalt erforderlich ist. — **Karl W. Moabit.** Rein, dem außerrechtlichen Erzeuger steht das Erziehungsvorrecht nicht zu. — **E. W. 11.** Ja. — **Erfa C.** Die beiden Testamente sind gültig, wenn sie selbst geschrieben und unterschrieben sind. Es ist nicht erforderlich, daß das Testament dem Gericht oder einem Notar übergeben wird, Sie können die Testamente selbst aufbewahren.

Zur Wahlagitation

empfehlen wir den Parteigenossen die folgenden Schriften:

An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt	M. — 05
100 Exemplare	1,—
Du, Mutter, was läßt der Herr Gendarm so?	— 10
Wieder mit den Sozialdemokraten!	— 10
Grundsätze und Forderungen	— 10
Die Vernichtung der Sozialdemokratie	— 20
Ziele und Wege	— 20
Eugen Richters Sozialistenpiegel	— 20
Christentum und Sozialismus	— 10
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat	— 10
Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde	— 10
Christliche Arbeiterpflichten	— 20
Der Schwindel der kirchlichen Arbeiterpolitik	— 85
Prinz von Arnberg und die Arenberge	— 20
Der Zukunftsstaat der Junker	— 20
Die Junkerrevolte	— 20
Die agrarische Gefahr	— 20
Die neuen Reichssteuern	— 30
Die Frauen und die Politik	— 20
Sozialdemokratie und Antisemitismus	— 30
Wink für die Reichstagswahlen	— 10
Domit man vor den Sozialdemokraten gräulich macht	— 10
Führer durch das Vereins- und Verammlungsrecht	— 30
Das neue Anzeigengesetz gegen die Gewerkschaften	— 75
Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland	1,50
Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil	2,—
Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1893/98	3,—
Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1898/1903	4,—
Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1903/1906	2,—

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 239/1*

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Montag, Dienstag, Mittwoch

Sehr billiges Angebot

Soweit der Vorrat reicht

Hemden, Priesenfaçon	mit Trimming- besatz	95, 1.35
Hemden, Herzfaçon	mit Trimming- besatz	1.25, 1.65
Hemden, Herzfaçon	mit Stickerel	1.65, 1.95
Hemden, Herzfaçon	mit handgestickter Madeira-Passe	1.95
Nachtjacken	weiss Barch. m. Trimming- besatz od. mit Languetten	1.25, 1.45
Nachtjacken	weiss Barchend mit Stickerel	1.75, 2.25

Weisse Kleider	13.75 17.25 24.50
aus gutem Wollbatist, ganz auf Futter mit Spitzen und Entredeux	
Bluse (allein)	4.85 6.35 9.75
Rock (allein)	9.35 11.50 15.75
Kleider-Röcke	3.75 5.65 6.85
aus Stoffen englischen Charakters, moderne Façons u. gute Qualität	

Grosse Posten Damen- Confection Wäsche Schürzen

Beinkleider	Barchend mit Stickerel, langes Façon	1.35, 1.75
Beinkleider	Barchend mit Stickerel, Kniefaçon	1.45, 1.75
Kinderschürzen	einfarbig od. gemustert, Länge ca. 45-65 cm, zum Ausschneiden	95 Pt.
Hausschürzen	mit Volant und Tasche, bunfarbig, mit oder ohne Latz	1.15
Reformschürzen	in verschied. Ausführungen zum Ausschneiden	1.45
Tändelschürzen	einfarbig oder gemustert	45, 65 Pt.

Unterröcke

Serie I	aus Tuch od. Velour mit reich garniert. Volants	3.85 4.75 5.65
Serie II		2.95 4.65 5.50 6.75 7.85
verschiedene Stoffarten, nur neueste Façons		



Wirkliche Kenner nehmen zur Selbstbereitung

von **Cognac, Rum** und allen **Likören**
nur die **Original-Reichel-Essenzen**
und lassen sich durch keine Nachahmung täuschen.
Einzig echt mit Marke Lichtherz von
Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse IV. 4751, 4752, 4753.
Niederlagen in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc.
„Die Destillierung im Haushalt“, kostenfrei!
wertvolles, illustriertes Rezeptbuch

Reichel-Spiritus, Feinster Weingeist 96 Vol. % Ltr. 1.50 M.
von höchster Reinheit nur
in Originalfüllungen mit unversehrtem Verschlussreifen.

12 Visites von **1,80 M.** an
Kabinetts „ **4,80 M.** „
in guter Ausführung liefert
Oscar Goetze, Photograph.
1. Geschäft: Paul-Strasse 26, 294/17
2. „ Dresdener Strasse 135,
3. „ Friedrich-Strasse 91/92,
4. „ Charlottenburg, Nehrungstr. 1.

Spezialität: Bromsilber-Vergrößerung bis Lebensgröße.
Gratis erhält jeder Besteller eine Semi-Emaille-
Broche oder Nadel, also ganz umsonst!
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.
Sonn- und Festtage den ganzen Tag geöffnet.

Kein Zwang zur Abnahme!

Diese Zusicherung möge eine Garantie bieten für
tadellosen Sitz
der bei mir auf Grund eingehendster Beobachtungen des individuellen
Körperbaues sowie vieljähriger Erfahrungen in England und Amerika
aus 1^{er} Stoffresten angefertigten
Anzüge
und **Paletots** **nach Maß**
zu **30 und 38 M.**
Sonnenschein's Herrenmoden nach Maß.
36532* Fernspr. A. IV, 5797, SW., Lindenstr. 90 I.
Spezialität: **Rock-, Smoking- und Frackanzüge.**

Achtung! Ausschneiden!

Zähne

saubere, tadellose Ausführungen von
3,- M. an, Plomben von **2,- M.**
an. — Reparaturen, Umarbeitungen
schnell und billigste Berechnung. —
Schmerzloses Zahnziehen. — Keine
Extraberechnung! — Zahnziehen, Zähne reinigen **umsonst!**

Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 Proz. Rabatt.

Um Mißtrauen zu vermeiden, bitte ich ausdrücklich, diese Annonce erst beim Abholen vorzuzeigen.
Max Guckel, Elsasserstraße 12, I.
3471L* Viele Dankschreiben liegen zur Einsicht!

Metzner

Berlin
Andreas-Str. 23
gegenüber Andreasplatz.
Brunnen-Str. 95
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Beussel-Str. 67
Moabit.
Leipziger-Str. 54-55
Spittel-Kolonaden,
Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.

Kinderwagen
Triumphstühle
Kindermöbel
1000 Mark

Kinderbettstellen
Korbwaren
Puppenwagen
Belohnung

zähle ich jedem, der mir in Berlin ein
grösseres Spezial-Geschäft in der
Branche als das meinige nachweist.

Gegründet 1873. — Katalog gratis.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Stegdecken

billigt direkt in der
Fabrik
72, Wallstr. 72,
wo auch alle Stegdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmader,
Berlin Ks. Illust. Katalog gratis.

Sen
36 Mk. an
Decorations-, Gehrocking, u.
Koch-, u. Stoff- u. neu. Stoff.
2 Anpr. jeinst. gut. f. gut. Sie
goldene Medaille.
Ludw. Engel, Dresdener-
Str. 23 II, Algenbergl.
Ohne Konkurrenz

Diese Woche Ball- und Braut-Seiden

sowie Seiden und Samte jeder Art stelle nach beendeter Inventur große Posten zum direkten
Verkauf an Private. Darunter Reine Seiden für Ball- und Gesellschaftsroben jetzt 1,25, 1,75,
2,25 usw. Reinseidene Louisines-Damaste in wundervoller Ausmusterung jetzt 2,00, 2,25,
2,50 usw. Schwere Damast-Seiden für elegante Brautroben jetzt 1,50, 2,00, 2,50 usw. Effek-
tvolle Blusen- und Jupon-Seiden jetzt 1,25, 1,50, 1,75 usw. Damastfutter-Seiden für Jacketts
und Abendmäntel jetzt 1,25, 1,50 usw. Reinseidene schw. Damaste, Merveilleux usw. 15,00,
20,00, 25,00, 30,00 per Robe. Masken-Seiden von 60 Pf.

Besonders vorteilhaft: Serien-Verkauf mehrerer hundert Rust-Coupons für seidene Straßen- und Gesell-
schafts-Roben Serie I 1,50, Serie II 2,00, Serie III 2,50 per Meter. Viele Tausend Meter Seiden-Roste
für Blusen usw. ganz bedeutend unter Preis von 1,00.
Adresse genau beachten.

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger Straße 79
1 Treppe, am Dönhofsplatz.
Telegramm-Adresse: Seiden-Herzog.

Ehe

Brautleute sich ihre Möbel-Ausstattung kaufen, sollten sie
unter keinen Umständen unterlassen.
Paul Burows Möbel-Fabrik, Lindenstr. 105
(Nähe Hallesches Tor) zu besichtigen. Moderne bürgerl. Wohnungs-
einricht. schon f. 200, 300, 400 Mk., hocheleg. v. 500-10000 Mk.
Zur Anschaffung von Ergänzungsstücken besonders zu empfehlen,
da gerade große Posten verlihen gew. Möbel, darunter ganze
Zimmereinrichtungen, am Lager stehen. Auszugsofa 30, Panoel-
sofa mit Satteltaschen 85, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 39, Muschelbettstelle mit
Matratze 40, Chaiselongue, Schreibtisch, Säulentrumeaus 38 Mk., Salongarnitur sowie kompl.
engl. Schlafzimmer für 220 Mk., Almahagoni-Salon mit Umbau elegant 545 Mk., farbige
Küchen 65 Mk., sowie Speisezimmer u. Herrenzimmer in allen Stilarten. Teilzahlungen gestattet.
Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt.

Gartenhäuschen, circa 3 x 7 Meter,
zu kaufen gesucht. Preisofferten „K. D.“
Johannisbergstr. 3, I links. 275/12

Morgen, Montag Beginn des Inventur- Verkaufs

zurückgeführter Waren
u. besonderer Gelegenheitspartien
Teppiche, Vorlagen,
Gardinen, Portieren,
Stores, Zugvorhänge,
Tüll-Bettdecken etc.
zu beispiellos billigen
Räumungs-Preisen!

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.
Unter- nirgends Filialen!
halte Inventur-Extraliste
besonderer Gelegenheitsangebote
gratis u. franco!
Selten günstige Kaufgelegenheit
für Hotels, Pensionate etc.
Dieser Inventur-Verkauf
findet nur einmal jährlich
bei mir statt.

Name des Wahlkreises	Für die Sozialdemokratie wurden am 16. 6. 1903 Stimmen abgegeben			Parteiangehörigkeit des gewählten Abgeordneten	Name des sozialdemokratischen Kandidaten 1907
	überhaupt	in Prozent der Wähler	in Prozent der Wahlberechtigten		
Reg.-Bez. Köln.					
1. Köln (Stadt)	13 291*	37,62	24,55	☉	H. Hofrichter-Köln, Parteisekr.
2. Köln (Kreis)	13 428	35,13	24,98	☉	H. Müller-Köln, Parteisekr.
3. Bergheim-Euskirchen	531	8,66	2,65	☉	H. Hofrichter
4. Rheinbach-Bonn	1 610	7,81	4,00	☉	H. Hofrichter
5. Siegburg-Waldbröl	823	1,77	1,07	☉	H. Schad-Siegburg
6. Rülshaus-Wipperfurth	7 571*	24,48	19,33	☉	H. Gilsbach-Köln, Verleger
Reg.-Bez. Düsseldorf.					
1. Lennep-Mettmann	21 902*	40,11	30,99	☉	(St.) K. Meiß-Köln, Zigarrenh.
2. Elberfeld-Barmen	27 056	51,09	41,95	☉	H. Moltenbaur-Schöneberg
3. Solingen	17 225	57,14	44,33	☉	H. Scheidemann-Kassel, Redakt.
4. Düsseldorf	20 375*	39,88	26,61	☉	H. Grimpe-Elberfeld, Redakt.
5. Essen	22 773*	28,34	25,47	☉	H. Gemenz-Elberfeld
6. Duisburg	23 284*	31,04	26,13	☉	H. Hengebach-Köln, Privatb.
7. Mers-Rees	1 496	5,41	4,08	☉	H. Bühler-Essen
8. Cleve-Geldern	494	2,66	2,01	☉	H. Leberenz-Krefeld
9. Kempen	2 379	15,25	11,49	☉	H. Reimes-Krefeld
10. Mönchen-Glabbech	3 673	12,58	9,22	☉	Dr. Lausen-Düsseldorf
11. Krefeld	7 298	29,67	21,85	☉	H. Reimes-Krefeld
12. Neuf-Breidenbröck	1 590	9,42	6,54	☉	H. Schmitt-Düsseldorf
Reg.-Bez. Koblenz.					
1. Weiskirchen-Kleinwied	3 106	18,63	10,95	☉	H. Kroner-Frankfurt a. M.
2. Neuwied	559	8,49	2,95	☉	H. Krieger-Köln
3. Koblenz-St. Goar	2 007	9,15	6,87	☉	H. Hüttmann-Frankf. a. M.
4. Kreuznach-Simmern	1 086	5,24	4,03	☉	H. Bebel
5. Rhein-Ahrweiler	725	4,71	2,91	☉	H. Hofrichter-Köln, Parteisekr.
6. Adenau-Rodem	129	0,86	0,58	☉	H. Bebel
Reg.-Bez. Trier.					
1. Daun-Prüm	—	—	—	☉	H. Bebel
2. Wittlich-Verncastel	67	0,44	0,34	☉	H. Hofrichter
3. Trier	808	4,51	3,02	☉	H. Hofrichter-Köln, Parteisekr.
4. Saarburg-Saarlouis	314	1,32	0,89	☉	H. Becker-Saarbrücken, Stw.fch.
5. Saarbrücken	1 875	5,07	4,41	☉	H. Leimpfers-Ralswiek, Stw.fch.
6. Wittlicher-St. Wendel	170	0,49	0,43	☉	H. Dierrotz-Saarbrücken
Reg.-Bez. Aachen.					
1. Schleiden-Nalmedy	284	1,94	1,27	☉	H. Bebel
2. Eupen-Aachen (Kreis)	2 409	9,24	6,46	☉	H. Honrath-Aachen
3. Aachen (Stadt)	3 299	22,95	13,62	☉	H. Honrath
4. Düren-Jülich	1 308	6,29	4,40	☉	H. Bebel
5. Geilenkirchen-Heinsberg	58	0,31	0,23	☉	H. Bebel
Reg.-Bez. Sigmaringen.					
1. Sigmaringen	368	3,77	2,41	☉	Wagner, Landtagsabgeordn.
Königreich Bayern.					
Reg.-Bez. Oberbayern.					
1. München I.	10 178*	44,03	28,36	☉	(St.) G. Birk-München, Gastw.
2. München II.	40 048	56,21	36,34	☉	G. v. Bollmar-Sozialist
3. Schwabmünchen	2 018	10,65	8,07	☉	H. Gruber-München, Redakteur
4. Ingolstadt	1 318	7,90	5,82	☉	H. Schmid-München, Redakt.
5. Wasserburg	504	2,90	2,02	☉	H. Witt-München, Expedient
6. Weilheim	1 798	10,19	6,74	☉	H. v. Bollmar
7. Rosenheim	4 370	19,21	12,65	☉	H. Müller-Pasing, Redakteur
8. Traunstein	1 718	8,57	5,75	☉	H. Witt-München, Gmdbblm.
Reg.-Bez. Niederbayern.					
1. Landshut	722	4,69	3,29	☉	H. Auer-München, Parteisekr.
2. Straubing	781	4,06	2,59	☉	H. Holl-Passau
3. Passau	1 569	12,32	6,15	☉	H. Schmitt-Pasing, Gastwirt
4. Pfarrkirchen	217	1,50	0,92	☉	H. Schmid-München
5. Deggendorf	1 353	12,96	6,09	☉	H. Sandorfer-Ilzbach, Gutsh.
6. Kelheim	405	3,39	2,15	☉	H. Witt-München, Expedient
Reg.-Bez. Pfalz.					
1. Speyer	16 567*	45,50	30,67	☉	(St.) J. Ehrhart-Ludwigsf. Tp.
2. Landau	5 540	21,26	16,98	☉	H. Huber-Ludwigsf., Stadtr.
3. Germersheim	1 397	7,82	6,78	☉	H. Körner-Ludwigsf., Stadtr.
4. Zweibrücken	5 323	18,96	16,77	☉	H. Reidel-Birmansf., Vdt.-A.
5. Homburg	1 744	10,23	7,25	☉	H. Probst
6. Kaiserslautern	7 009*	27,60	21,87	☉	H. Mement-Kaiserslautern
Reg.-Bez. Oberpfalz.					
1. Regensburg	2 510	13,13	8,68	☉	H. Hagen-Regensburg, Schfm.
2. Amberg	687	4,52	3,04	☉	H. Schrembs-Regensburg
3. Neumarkt	354	2,75	1,81	☉	H. Euhner-Rürnberg, Schlosser
4. Neunburg vorm Wald	735	6,86	3,77	☉	H. Weiß-Weiden, Rentier
5. Neustadt a. d. Waldnaab	1 160	6,81	4,90	☉	H. Dirscherl-Fürth
Reg.-Bez. Unterpfalz.					
1. Hof	10 678*	47,12	36,52	☉	J. Simon-Kürnberg
2. Bayreuth	8 078*	44,70	32,17	☉	H. Hugel-Bayreuth, Schmdmstr.
3. Forchheim	2 510	13,37	10,07	☉	H. Dorn-Kürnberg
4. Kronach	4 367	16,17	11,17	☉	J. Seelmann-Kronach
5. Bamberg	3 323	17,01	12,33	☉	H. Endres-Fürth
Reg.-Bez. Mittelfranken.					
1. Nürnberg	28 812	57,08	44,45	☉	Dr. A. Siedel-Berlin, Schriftst.
2. Erlangen-Fürth	12 031*	45,67	35,26	☉	H. Segitz-Fürth, Arbeitersekr.
3. Ansbach-Schwabach	4 273*	29,32	19,19	☉	H. Hierl-Schwabach, Ingldschl.
4. Eichstätt	982	6,60	5,05	☉	H. Breder-Kürnberg, Zgrhd.
5. Dinkelsbühl	534	5,09	2,82	☉	H. Merkel-Kürnberg, Landt.-A.
6. Hofenbürg ob d. Tauber	1 342	9,03	5,92	☉	H. v. Haller-St. Alban
Reg.-Bez. Unterfranken.					
1. Aschaffenburg	3 672	18,92	13,14	☉	H. Graf-Frankf. a. M., Arb. sekr.
2. Bamberg	1 019	6,11	4,57	☉	H. Kern-Heidingsfeld
3. Coburg	1 028	5,81	3,99	☉	H. Diehl-Frankf. a. M., Stw. sekr.
4. Neustadt a. Saale	800	4,17	3,20	☉	H. Goldmann-Schweinfurt
5. Schweinfurt	3 235	18,23	14,87	☉	H. Sädler-Schweinfurt, Gastw.
6. Würzburg	5 357*	23,65	21,94	☉	H. Schmitt-Pasing, Gastw.
Reg.-Bez. Schwaben.					
1. Augsburg	6 577	22,56	17,35	☉	H. Kollwagen-Augsburg, Red.
2. Donauwörth	206	1,18	0,94	☉	H. Kollwagen
3. Dillingen	308	2,16	1,62	☉	H. Vollhals-München, Zimng.
4. Wertingen	918	4,78	3,42	☉	H. Fickelmann-München
5. Kaufbeuren	846	5,06	3,54	☉	H. Angerhofer-Kaufbeuren
6. Immendingen	1 343	6,10	4,81	☉	H. Zehner-München
Königreich Sachsen.					
1. Bittau	11 295	50,50	41,91	☉	H. Fischer-Dresden, Redakteur
2. Löbau-Ebersbach	11 834	53,20	42,81	☉	H. Sandermann-Dresden, Buchh.
3. Bautzen	9 191*	39,03	29,46	☉	H. Köppler-Dresden, Werkf.
4. Dresden-Neustadt	28 379	60,15	50,43	☉	H. Kaden-Göhris, Zigarrenfabr.
5. Dresden-Alstadt	21 569	54,99	43,63	☉	H. Bradnauer-Dresden, Redakt.
6. Dresden-Tharandt	33 781	65,74	55,77	☉	H. Horn-Bindenan, Redakteur
7. Reichen-Großenhain	15 101	55,15	46,91	☉	H. Ritzsch-Großenhain, Gastw.
8. Pirna	15 905	58,94	48,12	☉	J. Kröcher-Dresden, Dpfer
9. Freiberg-Deberan	11 835	52,39	42,88	☉	H. Schuke-Coschbaude, Tischl.
10. Döbeln-Rothwein	13 192	54,40	47,31	☉	H. Pinta, Photograph
11. Chemnitz	10 069*	44,69	38,11	☉	H. Lipinski-Leipzig, Buchh.
12. Leipzig-Stadt	16 140*	46,82	38,25	☉	H. Lange, Stadtverordneter
13. Leipzig-Land	54 819	69,05	56,56	☉	H. Meyer-Leipzig, Zigarrenfabr.
14. Borna-Pegau	10 403*	46,49	38,61	☉	H. Schippke-Leipzig, Redakt.
15. Wittweiba-Rimbach	19 270	62,64	55,16	☉	D. Stücken-Dorfmund, Red.
16. Chemnitz	34 266	66,87	55,82	☉	H. Roske-Chemnitz, Redakt.
17. Glauchau-Meerane	18 349	71,14	55,91	☉	J. Auer-Berlin, Parteisekr.
18. Zwickau-Crimmitschau	25 335	67,10	54,68	☉	H. Stolle-Glauchau, Gasthofsbes.
19. Zwickau-Schneeberg	20 096	67,69	56,52	☉	H. Goldheim-Zwickau, Redakt.
20. Zwickau-Gelsenau	13 616	57,93	49,20	☉	H. Göhre-Zwickau, Schriftst.
21. Annaberg-Ebenfeld	13 273	56,65	45,79	☉	H. Grenz-Leipzig, Expedient
22. Zwickau-Kreibitz	19 106	59,46	51,04	☉	H. Hoffmann-Berlin, Vgsbhd.
23. Plauen	16 406	51,64	40,05	☉	H. Gerisch-Berlin, Parteisekr.

Name des Wahlkreises	Für die Sozialdemokratie wurden am 16. 6. 1903 Stimmen abgegeben			Parteiangehörigkeit des gewählten Abgeordneten	Name des sozialdemokratischen Kandidaten 1907
	überhaupt	in Prozent der Wähler	in Prozent der Wahlberechtigten		
Württemberg.					
1. Stuttgart	22 757	54,72	42,05	☉	K. Hildenbrand-Stuttgart, Red.
2. Cannstatt-Ludwigsburg	11 583*	41,31	31,92	☉	H. Keil, Redakteur
3. Heilbronn-Böhringen	7 816*	30,36	23,35	☉	H. Reiserheim, Konsum.-Sekr.
4. Böhringen-Waihingen	5 539*	32,40	23,36	☉	(St.) K. Sperka, Handbuchmach.
5. Ehlingen-Kürtingen	10 168*	42,27	33,06	☉	(St.) L. Schlegel-Ehlingen, Gastw.
6. Neulingen-Tübingen	5 338*	27,39	21,03	☉	H. Schilde-Böhr. d. Metallarb.-V.
7. Gaildorf-Neuenbürg	2 976	17,32	13,28	☉	H. Oster, Hilfsarb. i. Parteisekr.
8. Reudenstadt-Gorb.	2 322	13,33	10,30	☉	H. Kowald-Stuttgart, Schriftst.
9. Balingen-Kottweil	6 017	26,29	21,16	☉	H. Mattutat, Arbeitersekr.
10. Göppingen-Ömünd	8 930*	39,77	29,27	☉	(St.) D. Lindeman-Degerloch
11. Badnang-Hall	3 648	20,11	14,78	☉	H. Krüger-Hall, Gemeinderat
12. Crailsheim-Mergentheim	1 844	10,11	7,30	☉	H. Birth-Langenburg, Gmdrat.
13. Kalen-Elwangen	2 422	16,42	10,49	☉	H. Fischer-Stuttgart, Buchh.
14. Ulm-Heidenheim	6 524*	25,45	21,37	☉	H. Dietrich-Stuttgart, Buchh.
15. Ehingen-Laupheim	651	4,13	3,06	☉	H. Göhring-Ulm, Maler
16. Biberach-Zentrach	532	2,85	2,13	☉	H. Hildenbrand-Stuttgart, Red.
17. Ravensburg-Zettmang	726	3,81	2,64	☉	Krauß, Schreiner
Baden.					
1. Heberlingen-Konstanz	1 903	8,03	6,74	☉	H. Krohn-Konstanz, Malermstr.
2. Balingen-Tübingen	2 189	10,29	8,48	☉	H. Gröhl-Tübingen, Schuhmach.
3. Säckingen-Waldshut	2 343	11,29	8,67	☉	H. Müller-Säckingen, Sattler
4. Rülshaus	2 114	13,15	8,79	☉	H. Klich-Lörrach, Vrbdsbeamt.
5. Freiburg-Emmendingen	4 147	16,81	13,31	☉	H. Krüger-Freiburg, Feilenb.
6. Lahr-Elsenz	1 785	9,07	7,41	☉	H. Engler-Freiburg, Vrbds-V.
7. Offenburg-Neul.	2 307	11,99	9,02	☉	H. Haber-Freiburg, Vrbds-V.
8. Baden-Baden	3 178	16,25	11,63	☉	H. Luy-Baden, Apotheker
9. Pforzheim	13 231*	44,78	37,26	☉	(St.) G. Eichhorn-Mannheim
10. Karlsruhe	11 429	36,27	29,77	☉	(St.) H. Gerd-Offenburg
11. Mannheim	20 037*	48,20	39,03	☉	L. Franz-Mannheim, Advokat
12. Heidelberg	5 204	22,24	17,27	☉	H. Pfeiffle-Mannheim, Exped.
13. Bretten-Eppingen	2 163	10,56	7,98	☉	H. Dörter-Mannheim, Vrbds-V.
14. Wertheim	270	1,50	1,11	☉	H. Hoche-Mannheim, Justizrat.
Hessen.					
1. Gießen	6 025*	36,24	22,50	☉	H. Krumm-Gießen, Stadtr.
2. Friedberg	6 788*	38,87	29,49	☉	H. Busch-Friedberg, Schreiner
3. Alsfeld-Lauterbach	1 084	8,53	5,87	☉	H. Drbig-Gießen, Stadtr.
4. Darmstadt	14 144	51,34	40,81	☉	(St.) G. Bethold-Darmstadt
5. Dieburg-Offenbach	16 539*	47,46	38,00	☉	H. Ulrich-Offenbach, Vrbds-V.
6. Wehrheim-Erbach	5 749*	35,36	23,15	☉	H. Zahn-Mühlheim, Gmdrat.
7. Worms	4 043	17,35	14,14	☉	H. Engelmann-Worms, Arbsekr.
8. Ringelheim	1 440	7,93	5,86	☉	H. Reichert-Ringelheim, Gastwirt
9. Mainz	13 027*	45,68	35,99	☉	(St.) G. David, Schriftsteller
Mecklenburg-Schwerin.					
1. Hagenow-Großmühl.	6 361*	36,19	29,54	☉	H. Bartels-Köln, Arbeitersekr.
2. Schwerin-Bismar	10 380*	43,47	36,60	☉	Staroston-Rostock, Redakteur
3. Parzhim	6 905*	33,55	30,45	☉	H. Grothe-Hamburg, Arbsekr.
4. Malchin-Baren	6 288	34,40	28,09	☉	H. Lorenz-Hamburg, Expedient
5. Rostock-Dobran	13 393	51,01	44,17	☉	Dr. J. Herzfeld-Wannsee, A.-A.
6. Güstrow-Ribnitz	6 451	38,66	32,38	☉	H. Knappe-Stettin, Tischlmstr.
Mecklenburg-Strelitz.					
1. Strelitz	6 396*	34,09	27,13	☉	H. Lüth-Hamburg, Stw.fch.-V.
Sachsen-Weimar.					
1. Weimar-Ilm	10 865*	46,62			

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
Der Räuberhauptmann v. Köpenick.
Letzte Woche: Die zusammengewachsenen Schwestern.
Abends 6 1/2 Uhr: Familien-Bier-Kabarett. Wecheltags ohne Extra-Entree.

Das Volksmuseum Ausstellung Volkskrankheiten und deren Bekämpfung.
Friedrichstr. 112a am Dramenburger Tor, hat wiederum verschiedene Neuheiten ausgestellt. Lichtbilder mit spannenden, hochinteressanten Vorträgen finden täglich freundlich statt. — Gedruckt von 1898 9-11 Uhr abends. Entree 30 Pf. und 50 Pf. 9856*

Buggenhagen
Moritzplatz.
In den unteren Sälen: Im Kaisersaal:
Bock-Fest Jeden Sonntag u. Montag:
Jubiläum u. Trübel. **Willy Walde-Sänger.**
Doppel-Konzert Stets neues großes Programm.
ber Oberbayern u. Dachauer Bauernfeste. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Eintritt Sonntags 50 Pf., Montags 40 Pf.

Lachen und Frohsinn
schafft man sich und seinen Gästen durch
Scherz-Artikel, Masken, Vortragsmasken,
Kopfbedeckungen, Schneebälle, Knallbonbons, Kollifonorden,
Artikel für Bockbierfeste, Dekorationen usw., die zu außergewöhnlich billigen Preisen in hervorragender Auswahl zu haben sind bei
Bernhard Keilich
Größtes Spielwaren-Geschäft der Welt.
19 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar!
Gr. Hamburgerstr. 21-23 Eckhaus Oranienburgerstr. 11, beim Hackeschen Markt, Bahnhof Börse, Zirkus Busch.

Ausstellungshallen am Zoologischen Garten

Montag, 21. Januar, präzise 8 Uhr:

Erstes großes Konzert

gegeben von der Ausstellungshalle.

Dirigent: E. N. von Reznicek. 6/18
Solisten: Otilie Metzger-Froitzheim, Gesang.
Pablo de Sarasate, Violine.
Orchester: Die vereinigten **Mozart-Orchester**, Berlin, und **Wunderstein-Orchester**, Leipzig.

PROGRAMM:
Tannhäuser-Ouverture Rich. Wagner. Arie der Vitellio aus W. A. Mozart.
Symphonie Espagnol Lalo. der Oper „Titus“ VII. Symphon. A-dur L. van Beethoven.
Sigfried-Idyll Rich. Wagner.

Karten 4, 3, 2, 1 Mark
bei Bote & Bock, Wertheim, Leipzigerstraße, und an der Abendkasse.

Gewerkschaftshaus
Engel-Ufer 15.
Heute: Großer Mittagstisch.
Son 5 1/2 Uhr ab: 4475*
Künstler-Konzert.
Eintritt frei.
Reichhaltige Abendkarte. Bestgebte Biere aus der Schalkbey-Brauerei.
Schweizer Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain 20/32
Jeden Sonntag: **BALL**
im beheiztem Saale bei starkem Orchester.
An Sonntagen ist der Saal zu vergeben. 9686*

Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr.
A. Zambiat.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Crabb.
Verleiht: Lor. Steg. Acad. Gehrod 1,50, Dose 1,00, Beste 50 Pf.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter
Jernspieher Nr. 8. Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn D. Bürger.
Jeden Mittwoch: 30612*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

1906er Hühner,
garantirt fleischigste Legeh. Enten, Tauben, Gänse, Brutputen empfiehlt **F. Wegner**, Berlin SO., Mariannenstr. 34. 8/19*

Homophon
Apparate & Platten
Überall erhältlich.
Homophon Company
Fabrik Berlin C. Klosterstr. 7e.
Doppelseitig bespielt.

Heinzelmann & Co., Brandenburgstr. 44
Bigarren-Fabrik-Lager.
Billigste u. reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer u. Händler in Fabriken.

Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE



ALEXANDERPLATZ

Montag, Dienstag, Mittwoch Soweit der Vorrat reicht

Hervorragend preiswertes Angebot in Conserven

Besonders für Restaurateure, Hôtels und Pensionate geeignet

ca. **1000000 Dosen Spargel** Ernte 1906.

Diese Spargel-Conserven, aus einer der renommiertesten Fabriken Braunschweigs, sind garantiert erstklassiger Qualität u. strammster Packung. Von sämtl. Sorten sind Musterdosen zur Ansicht geöffnet.

	1/2 Dose	1/3 Dose
Riesen-Stangenspargel	1 80	85 Pf.
Pr. Stangenspargel	1 50	80 Pf.
Pr. Stangenspargel I ^a	1 40	75 Pf.
Stangenspargel stark	1 10	60 Pf.
Stangenspargel mittelstark	1 00	55 Pf.
Riesen-Bruchspargel	1 28	68 Pf.
Prima Bruchspargel I ^a	1 00	55 Pf.

Wild und Geflügel

	Ragout	Blatt	Keule	Rücken
Hirschwild	35 Pf.	60 Pf.	85 Pf.	1 00
Fasanenhähne Ia			Stück	2 25
Birkhähne Ia			Stück	2 25
Birkhennen Ia			Stück	1 80
Prima Schneehühner			Stück	1 00
Prima Haselhühner			Stück	1 10
Pomm. Gänse-Pökelfleisch				
	Keulen Pfund	75 Pf.	Rückenstück	Pfund 60 Pf.

Kolonial-Waren

Cacao, deutsch, in Dosen & 1 Pfund	1 40
Sahnen-Chokolade, 6 Tafeln gebündelt	1 00
Sahnen-Dessert-Chokolade, 1/2 Pfund-Paket	55 Pf.
Türk. Pflaumen	Pfund 18 Pf. 5 Pfund 85 Pf.
Türk. Pflaumen	23 " 5 " 1 10
Türk. Pflaumen	28 " 5 " 1 30
Franz. Pflaumen	38 " 3 " 1 10
Franz. Pflaumen	48 " 3 " 1 40
Franz. Pflaumen	58 " 3 " 1 70
Italien. Prunellen	75 " 3 " 2 10
Bacabst Ia	Pfd. 33 Pf. Pfd. 48 Pf. Pfd. 58 Pf.
In vorzügl. Mischungen	5 Pfd. 1 55 5 Pfd. 2 30 5 Pfd. 2 75

Fleischwaren

Cervelatwurst Ia	Pfund	1 25
Salamiwurst Ia	Pfund	1 25
Braunschweiger Mettwurst	Pfund	90 Pf.
Delic.-Schinkenspeck	Pfund	90 Pf.
Prima Zwiebelberwurst	Pfund	52 Pf.
Prima Rotwurst, angeräuchert	Pfund	55 Pf.
Pr. Delicatess-Leberwurst	Pfund	70 Pf.
Pr. Hausschl.-Rotwurst	Pfund	70 Pf.
Westph. Bauernwurst	Pfund	95 Pf.

Apfelsinen

Dutzend	25	35	45 Pf.
3 Dutzend	70 Pf.	1 00	1 25

Kaffee, gebrannt

Mischung	I	II	III	IV	V	VI
Pfund	83	90 Pf.	1 05	1 15	1 35	1 55

Tee, neue Ernte

Mischung	I	II	III	IV	V	VI
Pfund	1 15	1 80	2 20	2 70	3 50	4 20

Aus Industrie und Handel.

Kohlenwucher.

Im März vorigen Jahres berichteten wir über starke Geraufsetzung der Weisheitskohlenpreise in Berlin und bemerkten dazu:

Eine weitere Preiseraufsetzung im Laufe des nächsten Winters ist nicht ausgeschlossen. Man scheint die Praxis zu befolgen, die letzten Winterpreise für den nächsten Sommer bestehen zu lassen und die Winterpreise jedesmal heraufzusetzen.

Wir müssen nun gestehen, wir haben die Preismacher falsch eingeschätzt. Die nächsten Sommerpreise gehen nämlich noch über die letzten Winterpreise hinaus. Wir stellen einige der bisherigen Preise und diejenigen, mit welchen die Konsumenten für das laufende Jahr beglückt werden sollen, zu Vergleich nebeneinander.

	Sommerpreis		Winterpreis		mehr für 1907
	1906	1907	1906	1907	92
Stefe	105	112	115	122	7,00
Wilhelminenglad	90	100	100	110	10,00
Anna	88	100	98	110	12,00

Das sind Preissteigerungen von 6,66 bis 13,63 Prozent mit einem Schläge. Der nächste Sommerpreis ist noch über den letzten Winterpreis hinausgetrieben worden. Aber wenn die Arbeiter ein paar Pfennige Lohn mehr verlangen, dann sind sie die begehrtesten Elemente, die im Interesse des Kapitalistenwohles mit einem Antigerichtsfahrgesetz niedergeschlagen werden sollen. Aus Freude über solche Begünstigungen werden die Arbeiter selbstverständlich am 25. Januar Unternehmer in den Reichstag wählen.

Ernte.

Während der Arbeiterschaft durch fortgesetzte Lebensmittelverteuerung trotz der glänzenden Konjunktur eine Gebung ihrer Lebenshaltung unmöglich gemacht ist, heimsen die Papierinhaber

goldene Früchte ein. Der Aplerbecker Aktienverein für Bergbau wird für das letzte Jahr 12 Prozent Dividende verteilen gegen 10 Prozent im Vorjahre. Den Aktionären des Lothringer Hüttenverein Kamey-Frida wird für das Jahr 1906/07 eine Dividende von 12 Prozent in Aussicht gestellt. Der vorjährige Papierarbeiterlohn betrug 8 Prozent, mithin eine Lohnsteigerung um 50 Prozent. Um 150 Prozent erhöhte sich der Bruttogewinn des Eisenerwerkes Rote Erde für das erste Halbjahr 1906/07 im Vergleich zum vorjährigen Ergebnis. Und weitere Preissteigerungen sorgen dafür, daß der Goldstrom für das Unternehmertum nicht verstopft. An der Düsseldorf Börse traten am 18. Januar folgende Preisveränderungen ein. Luxemburger Weiserleisen Nummer 3 stieg von 72 Mark auf 74 Mark, Flußeisenbleche, die auf der letzten Börse nicht notiert waren, stellten sich auf 150—155 Mark, Stesselbleche aus Flußeisen zogen von 165 Mark auf 165—170 Mark an.

Der Brilleverkauferverein in Wien setzte die Preise für Salonbrille um 7 Mark, für Industriebrille um 5 Mark pro Doppelwage hinauf. Und wenn ein Reichstag nach dem Herzen der Reaktionäre zustande kommt, dann legt man der Besitze den Baum an, damit sie nicht mehr durch Streiks einen winzigen Anteil von den gesteigerten Preisen erlämpfen kann.

Musik.

Der englische Komponist A. S. Sullivan (1842—1900) hat vor 22 Jahren mit seiner burlesken Operette „Der Mikado“ oder „Ein Tag in Titipu“ der Öffentlichkeit ein Genustück und sich ein Erfolgstück bereitet. Wer nach des Tages Laft und Mühen sich nicht hoch aufschwingen, sondern auf ebener Erde gut unterhalten und doch als Kunstfreund gelten will, der findet hier seine gute Rechnung; und der Kritiker kann wenigstens diese und jene graziose Melodie (zumal in den Chören) anerkennen. Trozdem scheint es dem Referenten, als liege sich der damals so weit-

gehende Erfolg des Werkes nicht aus dem Können des Komponisten erklären (dieser hat übrigens auch weit Ersteres geschrieben), sondern aus einem Begehren an erotischer Genesie mit sehr einheimischer Poffenkomik. Natürlich kann man es einem nicht subventionierten Theaterdirektor keineswegs verdenken, wenn er sich auch jetzt wieder dieses Zugtückes bemächtigt. So geschah es im Vorjahr-Theater am vergangenen Freitag. Mühe scheint nicht wenig aufgewendet zu sein; und doch machte das Ganze beinahe fortwährend einen unsicheren Eindruck. Dazu kommt, daß das Werk an die Gefangstücken, besonders im über-sprudelnden Schnelllingen, hohe Anforderungen stellt. Diesen war nur eine oder die andere der mitwirkenden Persönlichkeit gewachsen. Durch einen Klugschönen und gut gebildeten Akt erstreute Maria Mayer-Geber als Katscha, und durch einen Reichum der verschiedensten komischen Töne sowie durch marlanten Vortrag Adalbert Dieban als Ko-Ko. Die übrigen liegen es, einschließlich der sonst quifingenden Mizzi Fint als Dum-Dum, gerade auch an der Kunst des Betonens fehlen. Ob Willy Schüller als Kanti-Boo lediglich indisponiert war, ist schwer zu sagen. Für die ungeschickten Beleuchtungseffekte gilt diese Willkür wohl nicht.

Witterungsüberblick vom 19. Januar 1907, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C	
Zwettende	774,9	SW	3	wolkl.	3	Sebaranda	778,5	SW	—	bedekt	-12	
Damburg	777,9	SW	3	bedekt	3	Veiersburg	774,0	—	—	1	-16	
Berlin	775,9	SW	4	bedekt	3	Scilly	775,0	—	—	3	bedekt	8
Frankfurt	777,9	SW	3	bedekt	3	Aberdeen	776,0	SW	—	2	wolkl.	-1
München	777,0	SW	4	Regen	5	Garis	778,0	SW	—	2	halb bed.	-0
Wien	770,9	SW	5	bedekt	5							

Wetter-Prognose für Sonntag, den 20. Januar 1907.
Zunehmende Bewölkung mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordöstlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau.

Der große Unterschied!

Gerstenkaffee

ist kein

„Malzkaffee“

und Malzkaffee noch lange kein

„Kathreiners Malzkaffee“.

Dem der echte „Kathreiner“ ist nach dem Urteile der wissenschaftlichen Autoritäten nicht nur in Bezug auf seinen Gehalt ein in jeder Hinsicht vollkommener „Malzkaffee“, sondern besitzt vor allem allein unter sämtlichen Erzeugnissen seiner Art einen würzigen, vollen kaffeeähnlichen Wohlgeschmack. Man verlange in den Geschäften deshalb ausdrücklich nur den echten „Kathreiners Malzkaffee“ und achte scharf darauf, daß man diesen auch wirklich erhält und seinen anderen. Gerade in der neuesten Zeit ist hier doppelte Vorsicht geboten. Die untrüglichen äußerlichen Kennzeichen des echten „Kathreiner“ sind: Geschlossenes Palet in seiner bekannten Ausstattung, Bild, Name und Unterschrift des Pfarrers, Sineipp als Schutzmarke, und die Firma: Kathreiners Malzkaffee-Fabriken.

Trachten für Alpenfeste

Tiroler-Kleidung

- Joppe aus grauem Stoff mit grünem Kragen 5 M. 25
- Joppe mit Eichenlaub 7 M.
- Satin-Joppe 9 M.
- Prima Satin-Joppe 10 M.
- Imit Lederhose m. Kurb. u. Paspoil, Qual. III 8 M. 50
- Imit Lederhose m. Seide gekurbelt, Qual. II 4 M. 50
- Imit Lederhose mit Lederpaspoil, Qual. I 5 M. 50

Pusterthaler Anzug

- Braune kurze Jacke in grünem Besatz. Weste rot mit Silberknöpfen. Hose schwarz mit Kurbelstickeren 18 M.

Altener Anzug

- Blaue Jacke mit rotem Paspoil, echten Silberknöpfen, rote Weste mit Goldtressen, Hose mit gelber Stickeren und Paspoil 30 M.

Meraner Anzug

- Brauner Melton mit rotem breitem Besatz. Weste, grün od. rotes Tuch mit Hirschhornknöpfen, Hosenträger aus grün. Gürt. 9950 band, Hose imit. Leder m. Kurbel 24 M.

- Tiroler Hosenträger 1.10 1.50 2.50 3.— M.
- Tiroler Gürtel 3.50 5.— M.
- Tiroler Stutzen 2.— 2.50 4.— M.
- Tiroler Hemden 3.25 4.— M.
- Tiroler Federn von 25 Pfg. bis 1.50 M.
- Tiroler Hirschhornringe 60 Pfg.
- Tiroler Krawatten in verschiedenen Mustern und Preislagen.

Passayer Anzug

- Brauner Melton mit rotem, breitem Tuchbesatz u. grüner Einfassung, Latzwesten aus rotem Tuch mit Goldknöpfen u. Silberverschmürung, Träger aus grünem Gursband u. Hose mit fein. Kurbel 27 M.

Alt-Zillerthaler Anzug

- Grauer Melton mit grünem Besatz und Paspoil. Hose imitiert Leder mit feiner Kurbel. Roter Tuchlatz mit Gold- u. Silbertressen 24 M. besetzt

Stolermark-Anzug

- Grau Melton mit Stickeren u. Eichenlaub besetzt. Weste grün Tuch mit Silberknöpfen. Hose grauer Stoff mit grünem Gallon besetzt 25 M.

Tiroler und Schweizer Hüte

von 1 M. 50 an

Tiroler Anzüge für Knaben und Jünglinge

- Graue Joppe mit grünem Kragen u. Eichenlaub, Hose aus imitiert Leder mit Kurbel und Paspoil
- für einen 2-3jähr. Knaben, der Anzug 5.60 M. jedes ältere Jahr 20 Pf. mehr.
- für einen 9jähr. Knaben, der Anzug 6.75 M. jedes ältere Jahr 25 Pf. mehr.
- für einen 15jähr. Jüngling, der Anzug 8.50 M. jedes ältere Jahr 50 Pf. mehr.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masestabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 30 (Tiroler-Kleidung) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Empfehle den Verwandten mein vergrößertes

Familien-Restaurant

über 100 Personen fassend. Passend zu Versammlungen. — Für Gefangene bereite noch Tage frei. Für gute Speisen und Getränke bestens geeignet.

35422 • **Fritz Fröhlich, Muskauerstr. 1.**

Anton Boekers Ball-Salon

Habe noch Sonnabends und Sonntag tags Sals zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.

Anton Boeker, Weberstr. 17.

Tel.: VII. Nr. 13414. 35702

Millionenfach erprobt u. bewährt ist die Selbstberei-tung von

Kognak, Rum, allen edlen Likören ufm. unter Ver-wendung der

Noa's Original-Extrakte Preis p. Fl. 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. usw.

Nach beigebenen, einfacher Vorschrift bereitet, ergeben dieselben circa 2% über vollkommen echte und wahrhaft reine Getränke von köstlichem Aroma und exquisitem Wohlgeschmack, allseitig als mustergültig anerkannt. Die so bereiteten Liköre usw. sind den feinsten u. teuersten Qualitäten der Welt in jeder Hinsicht vollkommen gleich, nur um das Zehnfache billiger.

Prüfen u. urteilen Sie selbst!

Lassen Sie sich nichts Anderes als ebenso gut oder gar besser aufreden. Es gibt keinen Ersatz! — Berni, 193 seit. Militär Dienstbuch, 11. Aufl.

Die Destillation im „Gauschale“, sämtl. Rezepte enthaltend, gratis.

Fabrik und Max Noa, Elsass-Strasse 5, Verkauf K. Gaus u. Rosenfelder Tor.

Phonographen-Katz

Konzert-Phonograph mit extra großem Aluminium-Trichter (wie Abbildung) oder mit neuestem Blumen-Trichter

nur 6.75 Mk. (Bisher 10,50 Mk.)

Alexander-Platz, gegenüber dem Bahnhof, • Andreas-Strasse, Ecke Blumen-Strasse.

Konkurrenzlos billige Preise.

Beachtenswert für Restaurateure. Platten-Sprechmaschine mit Goldeinwurf u. drehbarem Tonarm, großer la. Schalldose **35,00 M.** Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Nur so lange Vorrat!

Große Konzert-Doppelplatten, 25 cm., „Harmonie“, die neuesten Aufnahmen, nur früher 75 Pf. Jetzt 45 Pf.

Große Konzert-Doppelplatten, 25 cm. Bestes Fabrikat, früher 4.— M. Jetzt 2.10 M.

Jede abgespielte Platte wird bei Kauf einer neuen mit 1/2 des Einkaufspreises wieder in Abrechnung gebracht.

1. Wahlkreis.

Morgen Montag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im „Café Gärtner“,
Sollsteiner Ufer 17/18:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Die Reichstagswahl“.

Referent: Rechtsanwalt **Wolfgang Heine.**

2. Freie Aussprache.

Ansprache des Kandidaten **Dr. Leo Arons.**

Zahlreichen Besuch erwartet

Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

2. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 22. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr,
in der „Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent:

Staatsverordneter **Paul Singer.**

Frauen haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

3. Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar 1907, mittags 12 Uhr:

Oeffentliche

Wähler-Versammlung

bei **Buggenhagen** am Moritzplatz.

Tages-Ordnung:

1. Auf zur Reichstagswahl! 2. Freie Aussprache.

Referent: Rechtsanwalt **Wolfgang Heine.**

Zahlreichen Besuch erwartet

240/11

Der Vorstand.

4. Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar 1907, abends 6 Uhr,
bei **Boeker, Weberstraße 17:**

Versammlung für Männer und Frauen.

242/4

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin **Ottillie Baader** über: „Die Stellung
der Frauen im gegenwärtigen Wahllampfe.“ 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

5. Wahlkreis!

Montag, abends 8 Uhr:

2 öffentl. Wähler-Versammlungen

im „Alten Schützenhause“, Linienstr. 5

und

in den „Musiker-Sälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Referenten:

Paul Singer und **Robert Schmidt.**

Alle Wähler sind hierzu eingeladen.

Das Wahlkomitee.

Auf Teilzahlung!! Wöchentlich nur 1 M.

Große Auswahl in Herren- und Damenuhren,
Staubuhren, Regulateure, Brochen, Ringe, Ketten,
Stäbe, Röhren, Phonographen, Platten-
maschinen, Spielböden, Harmonikas, Mandolinen,
Geigen etc. Verkauf von Platten, Noten, Edison-
Walzen.

Jahre & König, Warschauerstr. 72.
Achteln Sie bitte genau auf unsere Firma. Nahe Bahnhof Wedding.

BREUER'S Festsäle

„Zur Königshank“

Gr. Frankfurterstr. 117. X Inh. **Curt Breuer.** X Amt Villa, 8142
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gesell-
schäfte zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art
zu den billigsten Bedingungen.

Um recht regen Zuspruch bittet (35562*) **Curt Breuer, Gastwirt.**

6. Wahlkreis.

4 öffentl. Wahl-Versammlungen

Heute mittags 12 Uhr im „Berliner Prater“, ^{Kantinen:} ^{Ufer 7/9.}

Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr,

Swinemünder-Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42
Ballschmieder, Badstr. 16. - Daase, Brunnenstr. 154.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl. - Diskussion.

Referenten sind die Genossen **Gründel, Pagels, Ströbel und Weber.**

Um zahlreiche Beteiligung erucht

246/3

Das Wahlkomitee.

Gegr. 1888. Verein Berliner Hausdiener Gegr. 1888.

Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-,
Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Bureau und Stellenvermittlung: Alte Leipzigerstraße (Eingang Hauke's Hof).
Telephon Amt I. Nr. 2692. - Sonntags geschlossen.

Hausdiener, Packer, Radfahrer usw.

Dienstag, 22. Januar, abends 9 Uhr, im Englischen Garten (großer Saal), Alexanderstr. 27c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Den wählen wir in den Reichstag? Referent: Arbeitsekretär **Alwin**

Hob. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. 4. Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung und unter besonderer Berücksichtigung, daß unseren
Berufskollegen bei der bis spät in die Nacht dauernden Arbeitszeit der Besuch einer politischen Wahlversammlung
fast unmöglich wird, erwarten wir das Erscheinen aller.

Erscheint in Massen! Keiner darf fehlen! Bringt eure Frauen mit!

Die Ortsverwaltung I. S. A.: Fritz Wappler, Reichenbergerstr. 155.

Arbeitsnachweis und Bureau sind am Wahltag geschlossen.

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerbl. Arbeiter
für **Schöneberg und Berlin**
(G. S. Nr. 115).

Sonntag, den 27. Januar er.,
vormittags 10 Uhr, im Lokal v. Obst,
Reinigerstr. 8 (kleiner Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Jähr-
licher Kasseebericht. 3. Neuwahl des
gesamten Vorstandes. 4. Verschiedene
Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen der Mitglieder ersucht

240/6

Der Vorstand.

Am **Waldkater** ist am Sonn-
abend, den 19. Januar 07 frisches
Blut- und Leberwurst-Essen mit
Abendunterhaltung.

Es ladet ein 36992

Max Fallnich, Jungfernhöhe,
Zegeler Weg 40.

Verlag **Max Kiehl** Berlin W. 30
Spayrerstr. 17.
Über 2000 Exempl. verkauft
Die Harnleiden
ihre Ursachen, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.

Kassenbücher jed. Art **Magnus-Pab.**
Rechenstr. 60. (1195)

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause,
Kommandantenstr. 72: 55/2

Referent:
Die Frau in der Dichtung. **Max Hochdorf.**

Gäste willkommen. Der Vorstand.

Sonntag, den 19. Februar, im Gewerkschaftshause:

Achtes Stiftungsfest.

Billets sind im Verein und in den Gaststätten zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 22. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bocker,**
Weberstraße 17:

Vertrauensmänner-Versammlung

der Treppengeländerbranche.

Aus jeder Werkstatt und jeder Branche sind Delegierte zu
entsenden. 78/8 Die Kommission.

Bodenleger und Bohrer.

Mittwoch, den 23. Januar er., abends 8 Uhr, im Gewerk-
schaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Reiche** über: „Der Arbeitsnachweis“.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Branchenkommission.

Sterbekasse chem. Pflugscher Arbeiter

(Hetzelsche Kasse)
Sonntag, den 27. Januar 1907, vorm. 10 Uhr, in **Wilkes Saal,**
Brunnenstr. 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 22. Juli
1906. 2. Kasseebericht des Kassendirektors pro 1906 und Bericht der Kassieren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten (Antrag des Vorstandes wegen Auf-
fall der Sonntags-Sprechstunde beim Kassendirektor und Schriftführer). 4. Wahl
des 1. Vorsitzenden, des Kassendirektors und des stellvertretenden Schriftführers.
5. Wahl von drei Kassieren. 285/7

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. S. A.: O. Winkler.

Deutscher Senefelder-Bund.

Achtung! **Lithographen, Steindrucker usw.**

Montag, den 21. Januar 1907, abends 8 Uhr, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl. Referent Genosse **Paul**
Umbreit. 2. Das Reichsgerichtsurteil gegen unseren Bund. Referent Kollege
Hermann Müller. 285/16
Kollegen aller Stätten! Kommt eifrig für den gewohnten Massen-
besuch!
Die Verwaltungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Zimmer 84, Amt 4, 3333. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Achtung! Mitglieder!

Von Montag, den 21. Januar, ab werden **Bibliotheksbücher**
nicht mehr ausgegeben wegen stattfindenden Umzuges.

Die Mitglieder, welche noch im Besitze von Bibliotheksbüchern sind,
werden ersucht, dieselben so schnell wie möglich abzuliefern.
Die Ortsverwaltung.

111/6

Verband der Tapezierer.

Sektion der Kleber.

Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, bei Augustin, Cranienstraße 103:

Quartals-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Sektionsleitung und der Bezirksführer. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. 177/2

Posamentiere Berlins!

Montag, den 21. Januar 1907, abends 8 Uhr:
Öffentliche Versammlung
in Feuerstein (Bsp. Kube), Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
Die Aussperrung in der Möbelbranche.
Der Vorstand.

Arbeiter, Parteigenossen!

Schneiderei-Genossenschaft

G. m. b. H.
(Gegr. von organisierten Schneidergehülften Berlins)
Brunnenstr. 185, im Laden,
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse,
empfiehlt sich den werten Arbeitern und Parteigenossen zur
Anfertigung von

feinerer Herren-Garderobe.
Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge,
Winter-Paletots, Joppen und Arbeiter-Berufskleidung.
Verkauft nur gegen bar! — Streng feste Preise!
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Werkstätten unter den von der Organisation
festgesetzten Lohnbedingungen.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Wahrungsbuch 207/1*

„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
Lieferant des Berliner Konsum-Vereins, der Konsum-
Genossenschaft Berlins u. Umgegend sowie des Char-
lottenburger Konsum-Vereins.

GRATIS
gebe die besten Nadeln, beim Einkauf der
großen, doppelseitigen
Beka-Platte à 3.—
Ferner liefert
Musikwerke (Spielautomaten) Sprechmaschinen und
echte Messensamer Lithern auf
Theilzahlung
Wochenrate 1 Mk.
Gegen Kasse billigste Preise.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1, I. Etage
direkt am Bahnhof.



Roh-Tabak
Decke Nr. 5791 a 1.50,
H. Länge, Vollblatt,
schöne, hellbraune Farben,
tabelleter Brand.
W. Hermann Müller,
Magazinstr. 14.
Der über Gewinndruck Flug-
apparat durch Spezialprospekt ori-
entiert werden will, sende seine deut-
liche Adresse an Hermann Müller
in Schöneberg bei Berlin ein. 200/7

Vorzügliche Sumatra-Decken
zu billigen Preisen offeriert
S. Hammerstein-Filliale,
Bertr. Gustav Boy,
Berlin N., Brunnenstraße 183.
Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185
Java-Einlage
groß 80 Pf. blattig
unerreicht billig.

Kronleuchter
für Gas u. Petroleum
kauft man am besten
und billigsten in der
Fabrik von
Siegel & Co.,
Prinzenstraße 33,
500 Kronen von 10-300 Kr.
Auf Wunsch Teilzahlungen ohne
Preiserhöhung. 35532*

Für Kolporteur!
Soeben erschienen:
Ein Kulturgruß aus Afrika.
Diese künstlerisch gezeich-
nete Ansichtspostkarte,
welche die Taten der Kolonial-
helden darstellt, bietet loh-
nenden Absatz. Wir liefern
100 Stück zu 3 M., 500 Stück
12 M. bei Vorauszahlung
des Betrages oder franko
Nachnahme.
G. Birk & Co., München.

Englischen Unterricht,
einzeln und im Paket, 30372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III

Arbeiter-Radfahrer- Verein Kette Tegel.

Sonnabend, 26. d. M., in Trapps Fest-
sälen, Tegel, Bahnhofstr. 1:
Gr. Wiener Maskenball
verbunden mit Kunst- u. Reiselagen.
Alle umliegenden Bundesvereine
sowie Genossen und Genossinnen sind
hierzu freundlichst eingeladen.
997b **Das Komitee.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein gewerblich. Arbeiter zu Berlin.

Sonnabend, den 26. Januar 1907,
abends 8 Uhr präzis,
in den Industrie-Festsälen, Beutestr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1906.
2. Statutenänderung. 3. Wahl des
Vorstandes und der Revisoren. 4. Ver-
schiedenes. — Das Erscheinen sämt-
licher Mitglieder erforderlich. 285/15
Friedr. Freudreich, Vorsitzender.
S. 59, Eichmannstr. 17 III.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe.

Montag, den 28. Januar 1907,
abends 8^{1/2} Uhr:
Ordentl. General-Versammlung
sämtlicher
Vertreter der Arbeitgeber und
Kassenmitglieder
im Neuen Klubhause,
Kommandantenstraße 72.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersekretärs
Herrn Gustav Bauer über: Die Be-
schlüsse des Düsseldorf-Krankenkassen-
kongresses und die An-
stellungsbedingungen der Orts-
krankenkassenbeamten.
2. Wahl von 4 Mitgliedern in
den Vorstand seitens der Kassenmit-
glieder für 1907/08.
3. Wahl von 2 Arbeitgebern in
den Vorstand für 1907/08.
4. Wahl von 3 Revisoren (1 Ar-
beitgeber, 2 Kassenmitglieder) zur
Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
Einladungskarte legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand:
E. Davidshäuser, Vorsitzender.
Berlin, den 20. Januar 1907.

Leihbibliothek
E. Jandorf & Co. EX-LIBRIS
Kottbuser-Damm 1-2.
Lese-Bedingungen.
Die Abonnements können mit jedem Tage begonnen werden.
Der Leser hat die Berechtigung, die Bücher jeden Tag zu wechseln.

Für hiesige Leser	bei 1 Band	bei 2 Bdn.	bei 3 Bdn.	bei 4 Bdn.
Pro Monat . . .	1.20	1.60	2.00	2.40
„ Vierteljahr . . .	2.40	3.20	4.00	4.80
„ Halbjahr . . .	3.75	4.80	6.00	7.20
„ Jahr . . .	5.00	6.50	8.00	9.60

Als besonderes Entgegenkommen für diejenigen
Leser, welche ein Abonnement nicht ausnützen können,
verabfolgen wir Lesekarten mit unbeschränkter
Gültigkeit für einzelne Bände. Diese Lesekar-
ten bestehen aus 10 Marken à 15 Pf. und
berechtigt jede einzelne Marke zur Entnahme
eines Bandes für die Dauer einer Woche.

Soeben erschien:
Berlin und seine Arbeiter
in englischer Beleuchtung.
Vergleichender Reichsbericht von Best, Davis und Perks.
Deutsch herausgegeben von Dr. Waldemar Zimmermann.
Mit einem Vorwort von Prof. Hans Oelbrück.
Preis M. 1.—
Ein hochangesehener englischer Industrieller, ein Gewerkschaftsführer und
ein Wohlfahrtsbeamter des ersten Krankenhauses in Birmingham, die den
verfälschten politischen Lagen Englands angehören, haben unter Führung
des Berliner Bürgermeisters, der ersten Großindustriellen sowie des Vor-
sitzenden des Metallarbeiterverbandes die Arbeiterverhältnisse in Berlin
eingehend studiert und schildern diese mit einer Anschaulichkeit und einer
Originalität, die den Bericht nicht nur zu einer Lehrreife, sondern auch
eigenartig fesselnden Lektüre machen. Die Mannigfaltigkeit der darin mit-
geteilten Beobachtungen läßt ihn dabei als ein
wahres soziales Kaleidoskop
erscheinen und bietet darum sowohl dem Arbeitgeber, als auch dem Arbeiter
eine Fülle interessanter Anregungen und wertvoller kritischer Vergleiche.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom
Verlag Dr. Wedekind & Co., G. m. b. H.
Berlin SW. 19, Kommandantenstr. 14. 37302*

**Inventur-
Angebot.
Riesen-
Posten
zurückgesetzter
Plüsch-Teppiche**
in allen Größen mit
10% Rabatt.
12.85, 14.10, 17.50, 21.—, 23.85,
25.25, 28.50 usw.
**Jmitierte
Japaner u. Perser**
2.00 m lang **3.65,**
2.25 m lang **5.85.**

Bett-Vorleger
Stück 88 Pf. u. 84 Pf.
**Eine Partie
Axminster Velourteppiche**
6.25, 7.50, 8.25, 9.50, 11.50, 14.—,
16.75, 19.—, 23.— usw.
Bettvorlagen
extra groß,
1.83, 1.98, 2.25 etc.
Ein großer Posten
Ziegen-Felle
1.25, 1.65, 2.25, 2.45, 3.10 etc.
Wert das Doppelte.
Echte indische Luchskatzen
Wert 11.—, jetzt **6.95.**
Plüsch- u. Möbelstoff-Reste
enorm billig.
Läuferstoffe
jetzt Mtr. 38, 42, 48, 55, 60 Pf. etc.
Zurückgesetzte
Tuch-Tischdecken
Stück 1.88, 2.15, 2.75, 3.80 etc.
Plüsch-Tischdecken
in allen Farben, nur so lange
Vorrat, Stück **5.75, 6.25,**
7.35, 8.25, 9.35 etc.
Portieren-Schals
3 Mtr. lang, mit entzückenden
Blumenborduren, **1.75 bis 2.50.**

Weissenberg's
Teppichhaus
Große Frankfurterstraße 125,
2. Haus von der Koppenstraße.
Nach auswärts per Nachnahme.

**Husten,
Heiserkeit
beseitigen
wunderbar leicht
und schnell**
die berühmten
Hustentropfen
von
Otto Reichel.
Nur echt, wenn
mit Marke
„Medico“
verschlossen.
Röhle 50 Pf.
In allen Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin SO. 43,
Eisenbahnstraße 4.

Ein dreifach donnerndes Hoch unserem
Rentam. Genossen
Hermann Kraatz,
Restaurateur, Dieffenbachstraße 31,
zu seinem am 21. ds. Monats stalt-
findenden Geburtstag. †109
Sparverein „Ebbe“.

Am Freitag, den 18. Januar
starb in der Irrenanstalt in Dall-
dorf unser braver Genosse und
Kollege, der in früheren Jahren
bei uns beschäftigt gewesenese Ex-
pedient
Robert Herzfeldt.
Wir werden dem Verstorbenen
ein treues Angedenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 22. Januar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, auf dem Kankal-
friedhof in Dalldorf statt.
Das Personal der
Expedition des „Vorwärts“.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.**
Todes-Anzeige.
Die Beerdigung des Ge-
nossen Schenkert **Wilhelm
Reinecke,** Stolpstr. 23,
findet nicht heute, Sonntag, son-
dern **Montagnachmittag**
1 Uhr in Friedrichshagen
statt.
†109 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.**
Todes-Anzeige.
Am 17. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Rohrleger
Friedrich Burow
Vollstr. 5.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
vom Krankenhaus Friedrichshagen
aus nach dem Himmelfahrts-
Kirchhofe in Nieder-Schönhaufen,
Korbend, statt.
Um zahlreiches Beteiligung ersucht
246/19 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Rohrleger
Friedrich Burow
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Krankenhauses am
Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/5 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen der **Leder-
arbeiter** (Hilfsl. I, Berlin),
hiermit die traurige Nachricht, daß
am 18. d. M., nachmittags 5^{1/2} Uhr,
unser langjähriges wie auch treues
Verbandsmitglied, der Weißgerber
Franz Scherlein
aus Teils in Ungarn, nach kurzen
aber schweren Leiden im Alter von
52 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
nachmittags um 3 Uhr, von der
Leichenhalle der Pauls-Gemeinde
in der Seestraße aus statt.
Rege Beteiligung ist erwünscht.
285/17 **Der Vorstand.**

**Verband der Schneider und
Schneiderinnen.**
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß der Kollege
Alex Ruschke
im Alter von 62 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Putz-
famerstraße 21 nach Reinickendorf
statt.
102/1
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die große Teilnahme bei der
Beerdigung meiner lieben Braut
Martha Schulz,
sage ich allen Bekannten, insbesondere
dem Frauen- und Mädchenbildungs-
verein von Teltow meinen herzlichsten
Dank.
Otto Frisch.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
Empfehl. viel Acrose u. Prof. grad. u. b.
H. Unger, Gummwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichshagen 61, 92.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18. Veteranenstr. 1/2.

Beim **Inventur-Verkauf** sich angesammelte **Reste**
kommen in diesen Tagen billig zum Verkauf und zwar:

- Kleiderstoff-Reste** geeignet für Röcke, Blusen und Kinder- **1.25** M.
kleidchen jeder Rest 3.²⁵, 2.²⁵
- Kleiderbarchent-Reste** für Blusen u. Kinderkleidchen **95** Pf.
jeder Rest M. 1.¹⁵
- Piqué- u. Croisé-Barchent-Reste** für Jacken u. Bein- **95** Pf.
kleider jeder Rest

Der

Ausstoß des diesjährigen Bockbieres

der zum unterzeichneten Verein gehörigen Brauereien beginnt

am Donnerstag, den 24. dieses Monats.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend.

Ausverkauf!

Nach beendeter Inventur sind die Preise auf sämtliche Artikel bis zu

33 1/3 0

herabgesetzt: 3451 L.
Teppiche v. M. 4.50, 8, 12.50, 24, 36, 48 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5, 7.50, 9, 12 usw.
Portieren v. M. 4, 6.75, 9, 11.50 usw.

sowie Steppdecken, Tisch- u. Diwandecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
Nie wiederkehrende Gelegenheit.

Teppich-Adler

Königstrasse 20-21, a. d. Jüdenstr.

J. Baer

Badstr. 26, Ecke Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots und Joppen, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Masken-Garderobe

Karl Ernst, Rosenstr. 120, 1 Tr. Große Auswahl! Billigste Preise! Vorgelegter dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Wer - Stoff - hat

festige Nägel nach Maß 20 Stk. Labelloer City, halbbare Butterläden. Bei Stofflieferung billigste Preise.
Franko, Adlerstraße 143, 3550 L. Ecke Invalidenstr.

F. Nahrstedt

Wrangelstrasse 40-41

Lübberstrasse 15

Von Montag, den 14., bis einschliesslich Freitag, den 25. Januar cr.

Zum ersten Male seit 35 jährigem Bestehen meines Kaufhauses

Inventur - Ausverkauf

Grosse Preisermässigungen in allen Lägern.

Ausserdem:

10 0/0 Rabatt oder Doppelte Rabattmarken

Kleiderstoffe * Wäsche * Trikotagen.

Grössere Posten Kinderkleidchen, Jacken, Paletots, Knaben-Anzüge, Damen-Jacketts, Blusen, Abendmäntel, Kostümröcke

zu Selbstkostenpreisen.

Einige Artikel sind von dem Rabatt ausgeschlossen.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 35112*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

12 Jahre Garantie! Sprechstunde 9-7.

Zähne 2 Mk. Vollst. schmerzlos. Behandl. Zahnz., Plombieren 1 Mk. Reparaturen sofort.

Wöchentl. Teilzahlung.

Zähne 2 Mark.

Deutsch-Amerikanische Zahnklinik, 45. Prinzenstraße 45.

Schöne Wohnungen

Berlin N., Lärchenstr. 19. Vorder- und Gartenhaus-Wohnungen v. zwei Zimm., Bad, Kloj. u. Kammer, mit Heizungsbildung, verm. Näheres daselbst beim Vermittler 1 Tr. vorn

F. Kalman, Kürschnerstr.

75. Dresdenerstraße 75 vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater. Verkf. auch Sonntags u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „**Namkori**“



Suppenfleisch spart

wer **MAGGIS** Suppen

mit dem Kreuzstern



Man verlange ausdrücklich **MAGGIS** Suppen!

verwendet. Nur mit Wasser wenige Minuten aufkochen. Mehr als 30 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2 Teller.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer, Alexanderstr. 1.

Paul Töhs, Schneidermeister.



Rheumatismus

Gicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, etc. etc. können bald durch äußerlichen Gebrauch von **Reichel's „Electricum“** (Nestlé'sches Riechpulver-Waldwollöl). Einfach und unbeschädigt Naturerzeugnis u. harter durchgreifender, sofort wirksamer Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.- u. 2.-. Die Wirkung wird noch erhöht d. den inneren Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50, u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken erhältlich und zu beziehen durch **Otto Reichel, BERLIN SO., 43. Eisenbahnstr. 4.**

Adolf Letzel,

Kommandantenstraße 14, Laden, sind wieder die schönsten und billigsten Masken - Kostüme zu hab. Vorgelegter dieser Annonce 15% extra.

Zahn-Klinik.

Olga Jacobson, bellebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.

Stolas,

Kollers, Krawatten, Mäffen in Herz, Skunks, Persischer, Biber, Luchs, Nutria, Iltis, Marder, Weißfuchs, Japanische Füchse, Opussum, Tibet, alle Arten Bismar, usw. all. sonst Pelzwar a. best Material streng reell. Nur eig. Fabrikat. Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Zwei „neue Parteien“ — zwei Sonderkandidaten.

Von der angeblich „stärksten“ Partei, der Partei derjenigen, die an Wahltag zu Hause bleiben, ist jetzt in der Wahlbewegung wieder viel die Rede. Jede der bürgerlichen Parteien behauptet, diese „Richtwähler“ seien größtenteils ihre Leute, jede würde um sie und sucht sie auf die Weine zu bringen. Mit Hilfe der „Richtwähler“, so versichert jede, werde mindestens das Gelingen, die Sozialdemokratie sogar da in eine Stichwahl zu drängen, wo sie sich überfüllt, und es sei zu hoffen, daß man dann mit vereinten Kräften zurückzuerufen könne. Derselbe Hoffnung leitet bei jeder neuen Wahl wieder. Doch bei jeder neuen Wahl zeigt sich, daß trotz aller Gespenstmalerei, durch die die bürgerlichen Parteien die Wahlfaulen gehen die „rote Gefahr“ in Bewegung zu setzen suchen, immer wieder eine mehr oder minder große Zahl Wähler am Wahltag zu Hause bleiben. Jetzt ist aber ein ganz Schauer auf den Einfall gekommen, man müsse nicht länger verjüden, die „Richtwähler“ den bestehenden Parteien zuzuführen, sondern solle mal aus ihnen eine völlig neue Partei bilden. In einer vom sogenannten „Deutschen Volksbund“ einberufenen Versammlung deutscher Wahlmänner, die am Freitag im Gebiet des dritten Wahlkreises stattfand, wurde dieser Gedanke vorgetragen von dem antisemitischen Professor Paul Förster aus Friedenau, der in Berlin an einer höheren Lehranstalt Jugendbildner ist. Auch Herr Förster begründete seinen drolligen Einfall mit der Notwendigkeit, die „rote Gefahr“ abzuwehren. Auf die Sozialdemokratie schimpfte er in seiner pudig polternden Art, die so erheiternd wirkt, daß man ihm nicht gram sein kann und man ihm auch die gepfeifteste Bosheit in dankbarer Willigkeit verzeiht. Herr Förster meinte, man solle seine neue Partei als eine „Partei der Unabhängigen“ betrachten. Es sei nicht nötig, daß seine „Unabhängigen“ irgend einem der aufgestellten Parteimänner ihre Stimme geben. Sie könnten ja jeder sich selber wählen, oder wählen müßten sie diesmal auf jeden Fall, um das Stimmverhältnis zumungunsten der Sozialdemokratie zu verschärfen. „Schleppen Sie“, so rief er, „diese Richtwähler heran! Versprechen Sie ihnen, einen Schoppen zu geben, wenn sie kommen!“ Schließlich ergänzte er seinen Vorschlag dahin, daß man für die neue Partei auch eigene Kandidaten aufstellen könne. Die krasse Gedankengänge des Herrn Professors fanden den Beifall seiner Zuhörer. Professor Heintz, gleichfalls Antisemit und gleich Förster ein Jugendbildner, warnte vergeblich, man solle doch nicht die Dummeheit begehen, durch Sonderkandidaturen den konservativen Kandidaten Abbruch zu tun. Die Versammlung hörte wenig auf ihn und entschied, daß jeder, der nicht die Kandidaten der Konservativen wählen wolle, im ersten Kreis für den Bodenseer Damaßke, aber in allen übrigen Kreisen Berlins für Herrn Förster stimmen müsse. Förster ist somit Kandidat des antisemitischen „Deutschen Volksbundes“ und zugleich der „Richtwähler“, die für ihn mit allen Mitteln der Uebertreibung — er selber empfahl, wie gefagt, unter anderem einen Schoppen Bier — herangeschleppt werden sollen.

In derselben Versammlung ließ sich auch ein Redner hören, der nicht minder den Beruf zu einem Sonderkandidaten in sich fühlt. Es ist ein Arbeiter Robert Wolf, der in alle möglichen Versammlungen läuft und dort bei allen Einsichtigen durch sein kühnes das Gefühl aufrichtigen Bedauerns weckt. Im „Deutschen Volksbund“ weckte er nur das Gefühl der Entrüstung. Der krankhaft erregte Mann wurde, weil er eine Reihe Forderungen zumgunsten der Arbeiter vorbrag, als ein Vertreter der Sozialdemokratie angesehen. Dabei hatte er im Saal einen Aufbruch verbreitet, der sich gegen sämtliche Parteien richtete, über Freisinnige und Konservative, Juden und Antisemiten mit gleichem Ingrimm witterte, vor allem aber auf die Sozialdemokratie und namentlich auf Singer schimpfte und schließlich den Wählern des vierten Kreises statt Singer den Herrn Robert Wolf als Kandidaten anbot. Auch am Vorstandstisch war man im Besitz dieses Auftrufes, und die Herren konnten aus dem verworrenen Geschreibsel ersehen haben, wen sie vor sich hatten. Aber das reichte ihn nicht, und urteilende Schmeidigkeit machte ihn schonungslos herunter. Der Mann wird sich dadurch nicht überzeugen lassen, daß nicht auch er berufen sei, eine „neue Partei“ zu gründen und für sie vor die Wähler hinguittreten. Berlin ist hiernach um zwei Sonderkandidaten reicher geworden: um den Professor Förster und den Arbeiter Wolf. Herr Förster will, wie schon gefagt, überall die „Richtwähler“ zusammenrommeln, um die Wahl von Sozialdemokraten möglichst zu verhindern. Herr Wolf will sich vorläufig daran genügen lassen, nur im vierten Kreis die Sozialdemokratie zu stützen. In diesem vierten Kreis stehen die Sonderkandidaten der beiden „neuen Parteien“ einander gegenüber, da sind also die nicht zur Sozialdemokratie haltenden Wähler vor die Frage gestellt, ob sie sich für Förster oder lieber für Wolf entscheiden sollen. Möge ihnen die Wahl leicht werden!

Ergänzung zum Reichstags-Wahltableau.

Nach den letzten Bekanntmachungen noch eingetretene Veränderungen resp. Berichtigungen betreffend Reichstagswahl 1907.

Im 3. Wahlkreis.

- Wahlbez. 156. Stalhoferstr. 142, Hof part.
157. Stalhoferstr. 142, Hof.
241. Feilnerstr. 10 bei Schumacher.

Im 4. Wahlkreis.

- Wahlbez. 398. „Jägerheim“, Landsberger Allee 48.

Im 6. Wahlkreis.

- Wahlbez. 408. 105./121. Gem.-Schule, Prenzlauer-Allee 227/228. — Turnhalle.
542. Schönhauser Allee 107 bei Wolter.
601. Vorfigerstr. 81B bei Beckwörter.
651. Aronendruckerei, Alt-Noahstr. 48, part. rechts.
672. 41./242. Gem.-Schule, Emdenerstr. 16 — Turnhalle.
676. Dorotheenschule, Wilhelmshabenerstr. 2.
715. Brüßelerstr. 5 bei Langfeld.

Zum 193c. Stadtbezirk, 416. Wahlbezirk, gehören auch die Häuser Allensteinstr. 23—33. Wahllokal: Friedbergerstr. 1 bei Zwarg. Außerdem gehören die Häuser Sebastianstr. 77—88 zum 132. Stadtbezirk und 258. Wahlbezirk. Wahllokal: Ludauerstr. 15 Ludauer Hof, kleiner Saal, part.

Wahlversammlungen.

Erster Wahlkreis. Morgen Montag für das Ganso-Viertel: Wählerversammlung im Café Gärtner. Näheres heutiges Inserat.

Zweiter Wahlkreis. Am Dienstag, den 22. Januar, findet in der Bodenseer, Tempelhofer Berg, eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Singer über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute, mittags 12 Uhr, findet bei Buggenhagen (Moritzplatz) eine öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Wolfgang Heine spricht über die bevorstehende Reichstagswahl. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Achtung fünfter Wahlkreis. Montag, den 21. Januar 8 Uhr abends 2 große öffentliche Wählerversammlungen. 1. Altes Schützenhaus, Linienstr. 6, 2. Wilsdorfstraße, Kaiser Wilhelmstr. 18 m. Referenten: Paul Singer, Robert Schmidt. Erscheinen ist Pflicht. Das Wahlkomitee.

Der Besuch gegnerischer Versammlungen durch Parteigenossen

ist, soweit wir das übersehen können, unseren Gegnern insofern nicht unwillkommen, als sie die Gelegenheit benutzen, unsere Partei und die anwesenden Genossen in der pöbelhaftesten Weise anzufegeln, wobei sie sich obendrein noch brüsten, daß sie volle Versammlungen haben. Nach der eine oder andere Genosse einen Zwischenruf, so kann er gewärtig sein, daß er in der niederträchtigsten Weise beschimpft wird, ganz im Stille des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Wie dann in der Presse über solche Vorgänge berichtet wird, möge ein Bericht über eine Versammlung im dritten Wahlkreise beweisen, den wir in der „Post“ finden. Da heißt es:

„Wie frech die „Genossen“ lügen, zeigte sich wieder einmal gestern in einer liberalen Wählerversammlung im „Oranienhof“, wo sozialdemokratische Sprengkolonnen wüste Tumultszenen herbeiführten. Als die Gemeindevorstände des Reichsorgans in Leipzig, das den auf dem letzten Krankenlager liegenden Eugen Richter einen „Strohmann im Sterben“ genannt hatte, zur Sprache kam, trat ein „Genosse“ Jesech auf und leugnete mit dreifacher Stirn diese oft genug festgenagelte Tatsache. Das war selbst seinen eigenen „Genossen“ zu hart. Die Lüge war so frech, daß die Partei kompromittiert werden konnte, wenn man sie einfach bestehen ließ. So beehrte denn der Führer der Sprengkolonne diesen mehr hitigen als geschickten Parteikämpfer, daß er im Unrechte sei. Und nun rief wieder ein begeisterter Jünger der „Kulturpartei“, der die Früchte sozialdemokratischer Erziehung ins rechte Licht stellen wollte: „Eugen Richter ist noch heute ein Strohmann.“ Ein Bebel-Rehring-Stadthagenscher Kulturpflanze! Die Folge dieser echten Genossenschaft war eine kleine Keilerei zwischen empörten Freisinnigen und durch Ueberzeugungschönfärbung animierten „Genossen“. Ein Sozialdemokrat, der noch einige Erinnerung an das, was anständig ist, aus seiner bürgerlichen Vergangenheit bewahrt haben möchte, rief: „Parteigenossen, benehmt Euch doch anständig! Es soll nicht heißen, wir wären Nadaubrüder!“ Doch wirkungslos verhallte diese Mahnung bei den Jüngern des Geistes der Bebel, Rehring, Stadthagen, Ströbel-Fischer e tutti quanti. Erst als eine Reihe der am stärksten spiritusdeserten Gestalten an die frische Luft gesetzt war, lehnte so viel Ruhe in den Saal zurück, daß man weiter behaupten konnte. In der kühlen Nachluft wird dann wohl der Spiritus allmählich besonnen und das Phlegma wiedergekehrt sein.

Daß dieser Bericht im wesentlichen Schwindel ist, erweist man schon aus der Fassung. Nichtsdestoweniger aber möchten wir unsere Parteigenossen ausdrücklich ersuchen, unsere Gegner, denen es gar nicht um eine sachliche Auseinandersetzung zu tun ist, lieber unter sich zu lassen. Die Freisinnigen haben speziell ohnehin durch ihre Anpöbelung unserer Partei die Absicht, sich dadurch nur die Günst und die Stimmen der schärfmaderischen Kreise zu erwerben.

Zu dieser Sache erhalten wir noch vom Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins des dritten Kreises folgende Zuschrift:

„Die Art, wie unsere freisinnigen Gegner Vorgänge in Versammlungen des Herrn Rosenow sensationell aufbauen und ausschlagen, veranlaßt uns, die Genossen zu bitten, gegnerische Wahlversammlungen zu vermeiden, und falls sie doch dorthin gehen, um sich über die Behauptungen unserer Gegner zu unterrichten, sich aller Zwischenrufe zu enthalten. So berechtigt die Entrüstung über Unwahrheiten und Verdrehungen sein mag, ist doch nicht zu vergessen, daß man durch Zwischenrufe sie nicht widerlegen kann, sondern nur den Gegnern erwünschte Gelegenheiten zu neuen Anwürfen bietet.“

Um volle Versammlungen zu bekommen.

verfallen die freisinnigen Maulhelden auf die sonderbarsten Einfälle, wobei sie auch vor dem größten Schwindel und vor Fälschungen nicht zurückschrecken. Was auf diesem Gebiete von Freisinnigen im fünften Kreise geleistet wird, dürfte kaum noch freigerungsfähig sein. Zu einer Versammlung, die am Freitag, den 18. Januar, stattfand und in der Herr Cassel redete, wurde folgender Einladungswort auf rosafarbenem Papier verbreitet:

Fortschrittlicher Verein Walde.

Berlin, Datum des Poststempels.

Mitglieder des Fortschrittlichen Vereins Walde!

Es wird bekannt, daß die Sozialdemokraten beabsichtigen, die Versammlung unseres Ehrenmitgliedes, Abgeordneten Justizrat Cassel, am Freitag, den 18. Januar, im Verbandshaus der deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 223/224, zu sprengen.

Man will das sonst boykottierte Lokal so rechtzeitig besetzen, daß Herr Abgeordneter Justizrat Cassel nur Sozialdemokraten vorfindet.

Es bedarf sicher nur dieses Hinweises, um alle Waldecker zu veranlassen, um 8 Uhr zur Stelle zu sein. Zeigen wir, daß wir uns das Versammlungsrecht durch die roten nicht beschränken lassen.

Der Vorstand des Fortschrittlichen Vereins Walde.

J. A.: Paul Tröger.

Die Wahrheit ist, daß die Sozialdemokraten des fünften Kreises im Gegenteil in ihren Versammlungen von dem Besuch der freisinnigen Versammlung abgeraten haben. Die Veranstalter der Versammlung haben das sicher gewußt und befürchteten wohl, daß Herr Cassel in dem, in einem Proletarierquartier gelegenen Versammlungslokal vor leeren Stühlen sprechen würde, wenn sie nicht einen zugewanderten Schwindel in die Welt setzten und so wenigstens die eigenen Leute zum Besuche der Casselversammlung auf die Weine brachten. Der Unterzeichner der Einladung, ein Herr Tröger, muß es sich schon gefallen lassen, daß die von ihm aufgestellte Behauptung von der Sprengung der Versammlung durch Sozialdemokraten als eine grobe handgreifliche Lüge festgenagelt wird. Was hiermit geschieht!

Im zweiten Wahlkreise

ist der Professor Dr. Pfeleiderer in die Kampfarena gestiegen. Er hat im jungliberalen Verein eine Rede gegen Zentrum und Sozialdemokratie geschwungen in der er geradezu in Kolonialenthusiasmus schwelgte. „Die Kolonien sind die Erziehungsschule eines Volkes zu kraftvollem Handeln, zu weiterem Denken, namentlich der Jugend“, war einer der Weisheitsprüche, die der Herr Professor seinen gläubigen Zuhörern herlagte. Seine Kenntnis oder besser gesagt Unkenntnis der sozialdemokratischen Bewegung bewies der geehrte Herr durch folgende Aeußerungen:

„Die Sozialdemokratie hat nicht immer ihre heutige Gesinnung gehabt; sie hat mit einem viel besseren Anfang begonnen. Ferdinand Lassalle wollte mit Hilfe des Staates die Hebung des Arbeiterstandes erreichen. Für dieses Ziel stünde auch heute noch die Unterstützung des liberalen Staates zur Verfügung, wenn es auf gelegentlichem Wege ersitzte würde. Das fremde Gift hat erst der vaterlandlose Frischling, der geschäftigste aller Vaterlandsfeinde Marx in die Bewegung gebracht. Weil aber das Gift von außen gekommen ist, dürfen wir hoffen, daß es mit der Zeit wieder ausgemergelt werden kann, daß die gegenwärtige Krise die Vernunft wieder zu Wort kommen läßt.“

Es wäre gut, wenn Herr Pfeleiderer erst die Geschichte der Sozialdemokratie studieren würde, bevor er über sie redet. Was er hier geredet hat, beweist die bringende Notwendigkeit eines solchen Studiums. Die Versammlung war zur Unterstützung der Kandidatur Reide einberufen. —

In konservativen Kreisen scheint man von der Auffstellung des „Arbeiter“ Reinhard nicht allenthalben sonderlich erbaut zu sein, wie aus einer Notiz im „Reichsdoten“ hervorgeht. In einer Anpreisung der Kandidatur Reinhardt heißt es da:

„Warum hat der zweite Berliner Reichstagswahlkreis den Arbeiter Reinhard und nicht einen anderen Kandidaten aufgestellt? Diese Frage haben wir in der letzten Woche vielfach in Kreisen erörtern hören, die wohl aus Unkenntnis der Person Reinhard an den Kandidaten nicht mit dem rechten Vertrauen herantreten, weil sie meinen, ein Arbeiter hätte nicht das Zeug dazu, die Ansprüche, die an einen Reichstagsabgeordneten gestellt werden, zu erfüllen. Zur Aufklärung dieser Zweifel möge folgendes gesagt sei: Der Arbeiter Reinhard ist ein self-made man — ein Mann, der sich aus eigener Kraft vom Weisgerber, der wegen seiner christlichen, gerechten Gesinnung von den Sozialdemokraten boykottiert worden ist und unter großen Entbehrungen für sich und seine Familie durchgerungen hat, zum politisch gereizten Volksvertreter, der in der Lage ist, vermöge seiner Erfahrungen die Bedürfnisse aller Stände zu beurteilen und die berechtigten Wünsche des Volkes vermöge seiner politischen Kenntnisse unter Berücksichtigung der Interessen des Staates voll und ganz zu vertreten. Nach unserer Ueberzeugung gehört zum Reichstagsabgeordneten ein Mann von Charakter, Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe, der durch seine politischen Kenntnisse sich ein zutreffendes Urteil gebildet hat, über die Wirkungen von Gesetzesvorlagen auf alle Stände. Ein solcher Mann ist der Arbeiter Reinhard, und gerade denjenigen, welche stets den Grundsatz aufstellen, daß der Mann nach seinem eigenen Werte beurteilt werden soll, ist nunmehr Gelegenheit geboten, durch Abgabe ihrer Stimme für den Arbeiter Reinhard die Verwirklichung dieses Grundsatzes herbeizuführen.“

Die obige Behauptung, Reinhard sei wegen seiner christlichen, gerechten Gesinnung von der Sozialdemokratie boykottiert worden, ist Schwindel. Wichtig ist, daß Reinhard früher Mitglied des Verbandes der Lederarbeiter war und daß es dort kaum einen gab, der radikaler austrat als Reinhard. Einmal in einer Streikversammlung wurde er gegen einzelne Fabrikanten dermaßen ausfällig, daß ihn selbst der Vorsitzende der Versammlung, ein Parteigenosse, zur Mäßigung ermahnen mußte. Auch sonst war er sehr aufdringlich und er suchte nicht früher, bis ihm in der politischen Organisation ein Bezirk übertragen wurde. Mit Vorliebe trat er in solchen Versammlungen auf, in denen religiöse Fragen behandelt wurden. Dort hat er sich als Atheist aufgespielt und zog sich infolge seiner Aeußerungen eine Gefängnisstrafe wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen zu. Die Partei konnte aber für derartige Aeußerungen keine Verantwortung übernehmen und lehnte deshalb auch eine materielle Unterstützung ab. Das scheint ihn sehr verdrossen zu haben, und so wandte er sich den Christlichsozialen zu, um schließlich für den Reichsverband noch gut genug zu sein.

Heute ist Reinhard der „Mann von Charakter, Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe“. Wo wird er noch enden?

Wahlversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Vor einer außerordentlich stark besuchten Versammlung von Handlungsgeschäften in den „Arminhallen“ hielt am Freitagabend Genosse Dr. Kron eine Ansprache, in welcher er das Verhalten der Freisinnigen in Fragen, die die Angelegenheiten des Handlungsgewerbes angehen, kritisierte und speziell hervorhob, wie sie als Feinde der so notwendigen und ersehnten Sonntagsruhe sich erwiesen. Der Berliner Freisinn im roten Hause denkt nicht daran, den Handlungsgeschäften zur Hilfe zu kommen, trotzdem er die Räder dazu hat. Kron forderte energisch zur Unterstützung der Sozialdemokratie auf. — Was Kron in seiner Ansprache nur andeuten konnte, darauf ging der Redner des Abends, Julius Kallisti, in einem längeren, glänzenden Vortrag näher ein und beleuchtete scharf die Sünden des Freisinn, erinnerte an die Kämpfe, welche die Handlungsgeschäfte um bessere Arbeitsbedingungen zu führen hatten und zeigte, wie diese Kämpfe einen politischen Charakter erbielten. Es galt oft genug, gegen des Freisinn antisoziale Haltung Front zu machen. Begeistert wurde ihm zugestimmt, als er dazu aufforderte, für die Sozialdemokratie einzutreten und am 26. Januar für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Als ein Redner in der Diskussion den Kandidaten Damaßke empfahl, trat ihm Kallisti wuchtig entgegen und erklärte, daß der Bodenseer Damaßke in seiner Weise mit einem Vertreter der Sozialdemokratie konkurrieren kann, daß die Sozialdemokratie sich nicht begnügt, einen Teil des Kapitalismus zu bekämpfen, sondern dem ganzen System zu Leide will. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Dritter Wahlkreis.

In den beiden Wählerversammlungen am Freitag sah sich unser Kandidat Genosse Heine veranlaßt, in seinen Ansprachen an die Wähler auf einige Verdächtigungen zu antworten, die die Freisinnigen in ihren, für die Sozialdemokraten befehlend unzugänglichen Versammlungen, gegen ihn vorzubringen pflegen. In abgeklärter Form erschienen diese Anwürfe in den Versammlungsberichten der Freisinnigen, in den Versammlungen selbst aber werden den Wählern noch ganz andere Dinge erzählt. Es ist ein Kollege unseres Kandidaten, der Reichsamwalt Cassel, der sich hierbei besonders auszeichnet, der den schredlichen Vorwurf erhebt, Heine wäre Reserveoffizier gewesen, und den Wählern zu verstehen gibt, sie könnten doch unmöglich für einen weggewagten Offizier stimmen. Ein anderer Vorwurf, der auch von dem freisinnigen Reichsamwalt Cassel Rosenow verbreitet wird, ist, daß Heine einer antisemitischen Studentenverbindung angehört habe. Genosse Heine erklärte, er brände sich durchaus nicht zu schämen, daß er seiner Staatsbürgerlichen Pflicht auch als Soldat und Offizier genügt habe, und ebensoviele der Tatsache, daß er vor 10 Jahren seiner sozialdemokratischen Gesinnung wegen aus dem Offiziersstande ausgeschlossen worden sei. Auch könne er es keineswegs als eine Schande empfinden, daß er als zwanzigjähriger Jüngling sich einer „nationalen“ Studentenbewegung angeschlossen habe. Er habe sich von dieser Bewegung getrennt, sobald er die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß seine freibürgerliche Auffassung der nationalen Ideale dort keinen Anklang fanden. Darüber seien nun mehr als 22 Jahre verflossen. Ihm das vorzuwerfen, stimme sehr schlecht zu dem Versprechen Rosenows, den Wahlkampf sachlich zu führen. Lächerlich sei auch der Vorwurf, daß ein sozialdemokratisches Flugblatt des dritten Wahlkreises „antisemitisch“ sei und daß darin Herrn Rosenow seine „Konfession zum Vorwurf“ gemacht werde. Es handele sich hier um nichts anderes, als daß in dem Flugblatt gesagt werde, Rosenow, „obgleich selbst Israelit, spekuliert auf die Stimmen der Antisemiten“. Hier werde Herrn Rosenow nicht wegen seiner Konfession ein Vorwurf gemacht, sondern wegen des widerrechtlichen Wahlbündnisses eines sich freisinnig nennenden und noch dazu israelitischen Mannes mit den Gegnern der konfessionellen Gleichberechtigung. Uebrigens sei dies eine Frage des Gewissens, über die er, der Redner, mit Rosenow nicht rechten wolle. — Im Anschluß an diese Ausführungen beleuchtete Heine

Wannsee. Die politische Lage und räumte mit einer Reihe allgemeiner Beschreibungen auf, die von den Gegnern verbreitet werden. Seine Rede fand stürmischen Beifall. — Die Versammlungen waren beide sehr zahlreich besucht.

Im „Märkischen Hof“, Admiralstraße, referierte vor einer in dichten Reihen stehenden Zuhörerschaft Genosse Julian Worchardt. Treffend bemerzte der Redner, daß Bernburgs Märchen von den verlorenen Datteln lebhaft an Münchhausens Pferd erinnere, das einmal einen Märchler verschluckt und dann einen schönen Kirchbaum zur Welt brachte. — Die klare und gründliche Erörterung der großen politischen Fragen, die für den Wahlkampf von Bedeutung sind, fand ungeteilten Beifall. Gegner meldeten sich nicht.

In den „Röpenicker Festsälen“ war Genosse Adolf Ritter der Referent. Sein Vortrag bot den Anwesenden eine Fülle von Aufklärung über die wichtigsten politischen Fragen. Hier fühlte sich der schon aus einer Versammlung im vierten Wahlkreis bekannte Zentrumsmann Winter veranlaßt, seine ebenso törichte wie abgenutzten Einwände gegen die Sozialdemokratie von neuem vorzubringen, und brachte auch allerlei Dinge aus, die mit dem Wahlkampf sehr wenig zu tun haben, sprach von Atheismus, dann von Rostbus, nahm auch einen Anlauf, Richtiges über die Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, und dergleichen mehr. Daß der Referent ihm die Antwort darauf nicht schuldig blieb, ist selbstverständlich. Ebenso verfuhr er mit Genosse Hildebrand, ihn über die grundlegenden Parteifragen aufzuklären, was aber offenbar bei dem sich überweise dünkenden Zentrumsmann tergeblich war.

Zu den Hauptschlagern, womit der Zentrumsmann Winter die Versammlung zu verblüffen suchte, gehörte auch die Aeußerung, auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Mainz habe unser Genosse Quard gesagt: „Wir Sozialdemokraten mögen, wo wir mögen können“, wie auf Seite 224 des Protokolls zu lesen sei. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie betrüge. — Für jeden denkenden Menschen ist es ja von vornherein klar, daß ein Mensch oder eine Partei, die auf Betrug ausgeht, dies nicht öffentlich sagt. Tatsächlich bedeutet der Satz Quards: „Ich habe dieser Tage mit einem ausländischen Sozialdemokraten gesprochen, der sagte: Wir Sozialdemokraten sind eine ausgesprochene prinzipienlose Partei; aber wir mögen, wo wir mögen können“, etwas ganz anderes. Es handelte sich dort um die Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem Dreiklassenwahlsystem. Die Kompromisse mit bürgerlichen Parteien, die dabei in Frage kommen konnten, wurden von einem Teil der Delegierten als prinzipienwidrig, als eine Art von „Kogelei“ mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie aufgefaßt. Das und nichts anderes ist der Sinn jener Worte. Eine Kogelei schlimmster Art ist es, die Sozialdemokratie deswegen als eine betrügerische Partei hinzustellen, weil ihre Vertreter ein viel feineres Gefühl und Gewissen für Grundfährten besitzen, als die irgend einer anderen Partei, und darum auch in ihren eigenen Reihen scharfe Kritik üben. Der Herr Winter läte gut, sich weniger seines „Christentums“ zu rühmen, wenn er mit solchen Verleumdungen haufieren geht.

Fünfter Wahlkreis.

Am Freitag hatte das Wahlkomitee des fünften Kreises wieder eine Versammlung nach dem Saale des Handwerkervereins besprochen. Auch diese Versammlung war recht gut besucht. Als Referent trat Genosse Hugo Heimann auf. Nachdem er die allgemeine politische Situation beleuchtet hatte, besprach er die Haltung der bürgerlichen Parteien, besonders der Freisinnigen, die er unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge der letzten Zeit als eine Partei kennzeichnete, welche aus Furcht vor der Sozialdemokratie längst auf die Vertretung und Betätigung liberaler Ideen verzichtet hat. Das gilt in besonders hohem Maße von dem Berliner Kommunalrat, dessen hervorragendster Vertreter, Herr Cassel, der liberale Kandidat dieses Wahlkreises ist. Bei den Debatten in der Stadtverordnetenversammlung über die Begründung von Fürstlichen durch die Vertreter der Stadt trat Herr Cassel mit großem Pathos dafür ein, daß der Oberbürgermeister, wie bisher, so auch in Zukunft sich am Brandenburger Tor aufstellen müsse, um einblühendes Hauptes, am fürstlichen Wagen stehend, devote Begrüßungsworte zu sagen. Hiernach kann man sich ausmalen, was wir von den Liberalen im Kampfe gegen das persönliche Regime zu erwarten haben. Wenn das persönliche Regime beseitigt werden soll, wenn demokratische Einrichtungen im Staatswesen Platz greifen sollen, damit die Gesetzgebung und Verwaltung nicht wie bisher nur zugunsten der Besitzenden geführt werden kann, dann darf sich das Volk auf keine andere Partei verlassen, als die Sozialdemokratie. — Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage eröffnete der Vorsitzende Genosse Weiss die Diskussion, aber keiner der anwesenden Freisinnigen hatte Mut, sich zum Wort zu melden. — Im sozialdemokratischen Sinne sprach Rosenthal. Dann kennzeichnete Genosse Weiss die Prokrastin, welche die Freisinnigen im Wahlkampfe anwenden, wie sie mit Lügen und Verdrehungen operieren, in der Hoffnung, „das alte Panier des Freisinnens im fünften Wahlkreise wieder aufzurichten“. Nun, wir wissen, daß diese Hoffnung der Freisinnigen zerschellen wird an der geschlossenen Organisation unserer Parteigenossen, sowie an den Fehlern, welche die Freisinnigen gerade in der letzten Zeit so viele gemacht haben. Unsere Parteigenossen werden dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie diesen Wahlkampf mit einem glänzenden Siege beendet.

Kreis Teltow.

Im Kampf gegen die Sozialdemokratie leistet jetzt das „Teltower Kreisblatt“ ungläubliches. Als amtliches Organ des Kreises sorgt es dafür, daß die Lügenprodukte der Reichsverbandsführung die Spalten zieren. Da werden beispielsweise in der Sonnabendnummer die Leser wieder graulich gemacht vor der Sozialdemokratie, indem sie ihnen als die Partei des vulgären Teilens hingestellt wird. Der rohe Gleichheitsfanatismus, den unsere Gegner der Sozialdemokratie schon seit ihrem Bestehen andichteten, wird den Lesern alltäglich vor Augen geführt. Dummheit, Faulheit, Niederlichkeit und Nachlässigkeit werden als die in sozialdemokratischen Zukunftsaussichten prämierten Eigenschaften hingestellt. Der Spule geniebt die Früchte des Fleißigen!

Daß es noch Leute gibt, die solchen Giftesprodukten blindlings Glauben schenken, ist schlechterdings nicht anzunehmen; zu bemerken ist nur, daß ein Blatt im Jahre 1907 seinen Lesern solch horrenden Blödsinn vorzusetzen magt. Es gehört eine große Portion geistiger Verwahrlosung dazu, mit solchen Ammenmärchen treiben zu gehen.

Steglich. Zwei öffentliche Wählerversammlungen am Donnerstagabend erbrachten den Beweis, mit welcher regen Interesse auch die Steglicher Arbeiterschaft den Wahlkampf verfolgt. Der geräumige Saal und die Nebenträume des „Wirkenswäldchens“ waren schon vor 8 Uhr demnach gefüllt, daß die Tische entfernt werden mußten, um für die immer noch zustromenden Wähler Platz zu schaffen. Genosse Kfmann hatte das Referat übernommen und erzielte mit seinen Ausführungen wahre Beifallsstürme. Der während des Vortrages erscheinende und mit lebhaftem Bravo begrüßte Kandidat unseres Kreises, Genosse Zubeil, nahm ebenfalls nach das Wort und kennzeichnete die Helden des Reichsverbandes, von denen einige gleich zu Beginn der Rede schleunigst dem Ausgange zustrebten.

Auch im „Gambrius“ hatten sich die Wähler in solcher Zahl eingefunden, daß der Saal und der Eckraum dicht gefüllt waren. Hier mußte Genosse Leimbach für den ausgedehnten Referenten einspringen. Für den improvisierten Vortrag wurde ihm reger Beifall gezollt. Gegner meldeten sich hier so wenig wie im „Wirkenswäldchen“ zum Wort. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Finat, Kfmann und Schmidt. Der Gesangverein „Zukunft“ eröffnete und schloß die Versammlung mit Gesang. — Der starke Besuch und der Verlauf der beiden Versammlungen berechneten uns zu der Hoffnung, daß am 26. Januar auch Steglich seinen Mann stellen wird im Kampf gegen die Reaktion.

Wie aus Bureau und den Referenten Lichtete sich eine am Donnerstag vom nationalen Ordnungsbund nach dem „Reichsadler“

in Wannsee einberufene Wählerversammlung. Unsere Genossen waren in stattlicher Anzahl erschienen, um sich einmal das Referat des konservativen Redners anzuhören und alsdann ihre Meinung zu sagen. Der an Stelle des konservativen Kandidaten Bobbin referierende Herr Hammer ahmte zunächst Bernburgische Zahlenkunststücke nach und lobte die Kolonialpolitik, die Fleischaueuerung, die Steuer- und Sozialpolitik in allen Variationen. Nachdem auch der „Vorwärts“ und Reichshaus-Konflikt noch herbeigeholt, um das Referat auszufüllen, wurde unserem Genossen Croger-Rixdorf auf 10 Minuten das Wort gestattet. Derselbe verzichtete selbstverständlich bei der kurzen Redezeit auf eine sachliche Widerlegung und lud die Herren ein, in die am 22. Januar im „Fürstlichen Hof“ stattfindende Versammlung zu kommen, wo ihnen uneingeschränkte Redefreiheit gewährt wird. Nach einem begeisterten Hoch auf unseren Kandidaten Fritz Zubeil und auf die Sozialdemokratie verließen unsere Genossen und ein großer Teil unserer Anhänger den Saal. Trotz alles Zuredens der anwesenden Ordnungsgewaltigen Lichtete sich der Saal in einigen Minuten bis auf das Bureau und den Referenten, so daß der Vorsitzende genötigt war, die Versammlung zu schließen. Die Genossen sahen aber im „Fürstlichen Hof“ noch lange fröhlich beieinander.

In Königs-Wusterhausen hatte der „nationalliberale Arbeitsausschuß“ am Freitag eine öffentliche Versammlung für „nationale“ Parteien einberufen. Die vom Reichsverband hierzu gelieferten Lügenblätter wurden vorher durch Schulkinder verbreitet. Es hatten sich eine größere Anzahl Parteigenossen eingefunden. Herr Justizrat Stoppniß behauptete in seiner Eröffnungsrede der schlechten Besuch der „nationalen Parteien“ und wies auf die bewunderungswürdige Disziplin und Opferfreudigkeit der Sozialdemokraten hin, an der sich erstere ein Beispiel nehmen könnten. Genosse Kaiser verlangte alsdann vom Vorsitzenden eine Erklärung, ob er Sozialdemokraten in der Debatte das Wort erteilen wolle. Er wies hierbei auf die Redefreiheit in sozialdemokratischen Versammlungen hin. Nachdem sich der Vorsitzende mit seinem Parteifreund, dem Regierungsbaumeister Witthöft in Verbindung gesetzt, gab er die Erklärung ab, daß er Sozialdemokraten das Wort nicht erteilen könne. Genosse Kaiser forderte hierauf die anwesenden Genossen auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Zweidrittel aller Versammlungsteilnehmer verließen geschlossen das Lokal. Zu bemerken ist noch, daß drei Gendarmen die Versammlung überwachten; demnach scheinen die Herren bei der Ortsbehörde kolossal gefürchtet zu sein.

Nieder-Barnim.

Die Lehrer im Kreise Nieder-Barnim.

Die Lehrer haben Malheur. 16 Lichtenberger Jugendbildner haben einen Aufbruch unternommen, in welchem die Berufscollegen im ganzen Kreise aufgefordert werden, für den freikonservativen Kandidaten Bürgermeister Zietzen zu stimmen. Die Begründung zu dieser Aufforderung ist nicht geeignet, das Ansehen der Lehrer zu heben. Jeder politisch denkende Mensch weiß, daß es sich bei dieser Wahl um einen Vorstoß der Reaktion gegen die Sache der Freiheit und der Volkswohlfahrt handelt. Das ist den Lehrern im Streit anscheinend ganz Nebensache, lediglich, weil Herr Zietzen angeblich ein paarmal nach Potsdam gefahren ist, im Interesse der Lehrer, das heißt, in Ausübung seines Berufes als Bürgermeister, darum soll er zum Reichstagsabgeordneten gemacht werden. Etwas Ähnliches läßt sich kaum denken. Es ist zu bedenken, daß Herr Zietzen sich als sehr unsicherer Kantionist in bezug auf das gleiche Wahlrecht bekannt hat. Und wie steht es in Wirklichkeit mit der die Lehrer so sehr interessierende Frage. Es handelt sich um die Gehaltserhöhung. Hinter dem Antrage stand die sozialdemokratische Fraktion in der Lichtenberger Gemeindevertretung. Der Bürgermeister konnte nicht zurück, nachdem er sich einmal für eine Aufbesserung der Lehrergehälter erklärt hatte. Scharfe Opposition machten die Freisinnigen und liberalen Gemeindevertreter. Von dieser Seite wurden die Lehrer öffentlich angegriffen, so daß diese sich sogar genötigt sahen, in die Öffentlichkeit zu flüchten. Gerade mit dem Hinweis darauf, daß er eine sozialdemokratische Forderung vertritt, suchte man den Bürgermeister einzuschüchtern. Dieser erwiderte, daß die freisinnig-liberalen Vertreter ihn ja zwängen, mit den Sozialdemokraten zu gehen. Und da diese nicht locker ließen, wurde schließlich der Reformantrag angenommen. Und nun kommen die Lehrer her und verlangen aus „Danbarkeit“ die Wahl eines Mannes, weil dieser die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion unterstützte und aus Danbarkeit kämpft man gegen diejenigen, denen man die Verbesserung der Lebenshaltung zu verdanken hat.

Die am Donnerstag vom Nummelsburger Wahlkomitee für den Ortsteil Vorhagen nach den „Prachfälen des Hens“ einberufene Wählerversammlung war gut besucht. Eingeleitet wurde dieselbe durch einen Gesangsvortrag des Nummelsburger Sängerkorps. Der nun folgende zweistündige Vortrag des Genossen Müller wurde mit spannender Aufmerksamkeit verfolgt, des öfteren von Beifall und Heiterkeitsausdrücken begleitet. An der Diskussion beteiligten sich unter anderem die Genossen Ventzin und Böser in wirkungsvoller Weise. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Nach einem zündenden Appell des Vorsitzenden, Genossen Trinks, der insbesondere den Frauen galt, wurde die Versammlung mit dem alten Kampfesrufe geschlossen.

Reinickendorf-West. Eine bis auf den letzten Platz gefüllte Wählerversammlung wurde am Freitag im Lokale des Genossen Franke abgehalten. Als Referent war der Genosse Rehbein erschienen, der neben einer kritischen Würdigung unserer „glorreichen“ Kolonialwirtschaft besonders wegen der recht zahlreich anwesenden Frauen das System der indirekten Besteuerung und dessen folgenschwerer Wirkungen für die Arbeiterklasse beleuchtete. Von den Gegnern meldete sich niemand zum Wort. Eine Resolution, laut welcher sich die Versammelten verpflichteten, mit aller Energie für die Wiederwahl des Genossen Stadthagen zu wirken, fand einstimmige Annahme.

In Waltersdorf bei Erkner sprach Genosse Stadthagen am 18. Januar vor einer von weit über 300 Personen besuchten Versammlung. Fast der ganze Landwehrverein von hier war zur Stelle, galt es doch, wie Dr. Grablei vorher verkündete, unserem Genossen Stadthagen den Pelz zu waschen. Nachdem der Referent in fast zweistündiger Rede über die Kolonialpolitik und die Reichstagsauflösung gesprochen hatte, gemahrte man an dem Beifall, daß die Gegnerkraft ziemlich zusammengeschmolzen war. Als Gegner meldete sich Dr. Stabbe, der die Rede unseres Genossen zu verunglimpfen suchte. Genosse Stadthagen zerplückte in seinem Schlusswort die Ausführungen des Gegners unter Beifall der Anwesenden. Wegen Eintritts der Polizeistunde mußte der Referent leider abbrechen. Als der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie schloß, war von der Gegnerkraft, welche zu Anfang weit über die Hälfte betragen sollte, kaum noch etwas zu finden.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am heutigen Sonntag findet im 2. Bezirk bei Erhardt, Anobelsdorffstr. 60, eine Zusammenkunft, ferner für den 1. Bezirk am Dienstag, den 22. d. M., abends 9 Uhr, ein Extrazahlabend bei Rehdorf, Potsdamerstr. 4, statt. Der Vorstand.

Steglich. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Montag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant „Albrechtshof“ der Reichslügenverband eine öffentliche Versammlung abhält. — Am Mittwochabend 7 Uhr in sämtlichen Bezirken Flugblattverbreitung. — Auf die Weerdigung des Genossen Gollin auf dem hiesigen Friedhof heute nachmittags 3 Uhr sei nochmals hingewiesen.

Wilmersdorf. Heute, Sonntag, nachmittags 3 Uhr findet im Luffenpark eine Volksversammlung statt, in welcher der Kandidat, Genosse Zubeil, referieren wird. Zahlreiches Erscheinen der Männer und Frauen ist erwünscht. Das Wahlkomitee.

Wannsee. Am Dienstag, den 22. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet im „Fürstlichen Hof“, Königl. 40, eine Volksversammlung statt. Referent: Genosse P. Hirsch-Charlottenburg. Die Parteigenossen sowie die Gegner sind hiermit eingeladen. Der Einberufer.

Brix. Eine Volksversammlung findet am Montag, den 21. Januar, pünktlich 8 Uhr abends, in Bethges Festsäle (Zuhaber A. Rofzer), Chausseest. 39, statt. Der Kandidat des Kreises, Genosse Fritz Zubeil, spricht über „Persönlicher Wille oder Volksrecht“. — Parteigenossen, sorgt dafür, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt wird. Das sozialdemokr. Wahlkomitee.

Rudow. Am Dienstag, den 22. Januar, abends 1/2 9 Uhr, findet eine Versammlung im Lokal des Herrn N. Klein, Chausseest. 12, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Aug. Händel-Brix: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Rudow. Heute nachmittags 3 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei A. Palm statt. Vortrag des Genossen Hoffmann: „Die Reichstagswahl“. Diskussion. Verschiedenes. Genossen, da es unsere letzte Versammlung vor der Wahl ist, so agitiert für guten Besuch. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Johannisthal. Heute, Sonntag, nachmittags 4 Uhr findet bei Gobi, Roonstr. 2, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Unsere Arbeit am Wahltag und Verschiedenes. Die Genossen werden dringend ersucht, diese Versammlung zu besuchen; insbesondere diejenigen Genossen, denen es möglich ist, sich am Wahltag ganz oder teilweise frei zu machen. Der Vorstand.

Rieberschöneweide. Die Parteigenossen finden sich heute, Sonntag, den 20. Januar 1907, von vormittag 9 Uhr an im Wahllokal von Reimann, Grünauerstr. 5, ein, um bei den nötigen Wahlarbeiten zu helfen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Das Wahlkomitee.

Grünau. Die Genossen, die gewillt sind, am Wahltag zu helfen, wollen sich am Dienstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „grünen Ede“, Köpenickerstr. 88, melden. Der Vorstand.

Achtung! Friedrichshagen! Eine Volksversammlung für Männer und Frauen findet am Dienstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in „Lerches Bürgerläle“, am Rindfleisch, statt. Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Referent: Redakteur Wermuth-Berlin. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Das Wahlkomitee.

Oberschöneweide. Am Dienstagabend 7 Uhr findet von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt, wozu die Genossen ganz besonders aufgefordert werden, sich zu beteiligen. — Am Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Schlosspark „Wilhelminenhof“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und ihre Bedeutung für die Frauen“. Referentin: Genossin Ottilie Baaber-Berlin. Es ist Pflicht der Frauen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

Dreßow. Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, Volksversammlung für Männer und Frauen im Lokale von Puhlmann, Potsdamerstraße. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse Thielicke-Friedenau. Männer und Frauen erscheint in Massen! Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Heute früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus Flugblatt- und Kunderverbreitung statt. Da mit der letzteren die Bearbeitung der Hauslisten verbunden ist, müssen alle Genossen erscheinen.

Sämtliche Genossen, die am Tage der Wahl von früh ab zur Verfügung stehen, sowie die Radfahrer, treffen sich am Montagabend 8 Uhr beim Genossen Schiller, Provinzialstr. 79.

Am Dienstagabend 8 Uhr findet beim Genossen Hirsch, Marktstr. 2/3, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse J. Worchardt über die kommende Reichstagswahl sprechen wird. Genossen, agitiert für den zahlreichen Besuch dieser letzten Wählerversammlung. Das Wahlkomitee.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 20. Januar, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, daran teilzunehmen. — Am Dienstag, den 22. Januar, findet im Lokale von Otto, Berlinerstr. 113/114, abends 8 1/2 Uhr, ein kombinierter Zahlabend statt. In demselben soll die Einteilung zum Wahltag vorgenommen werden; pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist daher notwendig. Der Vorstand.

Niedererschönhausen. In einer öffentlichen Wählerversammlung am Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Etablissement „Neu-Karlshof“, Beuthstraße (Ede Charlottenstraße), spricht Genosse A. Störmer über das Thema: „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen“. Parteigenossen, agitiert unermüßlich dafür, daß der Besuch der Versammlung der Bedeutung der vor der Tür stehenden Reichstagswahl entspricht! Der Vorstand.

Zegel. Achtung! Montagabend 8 Uhr findet in Trapps Festsälen eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Robs über „Die Reichstagswahl“ und Diskussion. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Einberufer. Genossen! Heute, Sonntag, morgens 8 Uhr Flugblattverbreitung vom Genossen Schhaar, Berlinerstr. 92, aus. Jeder Genosse muß vertreten sein. D. D.

Pankow. Heute vormittag 8 1/2 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Reges Beteiligung ist notwendig. Alle diejenigen Genossen, welche sich für den ganzen Wahltag zur Verfügung stellen, wollen sich am Abend vor der Wahl, also am 24. Januar, abends 8 Uhr, in Reuters Volksgarten, Schloßstr. 2, einfinden. Am Dienstag: Sitzung des Wahlkomitees. Der Vorsitzende.

Wilhelmsruh. Dienstagabend pünktlich 8 Uhr von Barth aus Handzettelverteilung. Um 9 Uhr: Extrazahlabend bei Barth. Ricmand darf an diesem Abend der letzten Wahlvorbereitung fehlen.

Spandau. Heute nachmittags 3 Uhr Volksversammlung bei Worchardt, Seeburgerstr. 26. Referentin: Fräulein Bohr. Parteigenossen, agitiert für guten Besuch.

Berliner Nachrichten.

Ein Freisinniger als „Arbeiterfreund“.

Das ist eine jener Karitäten, die würdig sind, in einem Panoptikum für Sozialpolitik ausgestellt zu werden. Eine Karität dieser Art will Herr Rosenow sein — Herr Rosenow, der Berliner Stadtverordnete, der jetzt im dritten Reichstagswahlkreis Berlins als Freisinnigkandidat um die Stimmen der Wähler wirbt. In seinen Versammlungen freisinniger Wähler pflegt dieser Brave das Blau vom Himmel herunterzuerzählen, um darzutun, ein wie warmes Herz für die Arbeiter ihm in der Brust schlägt. Jwar schimpft er gleichzeitig nicht zu knapp auf die Arbeiter, die mit ihrem Lohn nicht zufrieden sind, und beklagt die armen Unternehmern, die die Kummerfalten zu befriedigen suchen müssen. Aber er fügt gern die Versicherung hinzu, es tue ihm leid vor allem um die Arbeiter selber, denen es viel besser gehen könnte, wenn sie nur mit den Arbeitgebern in Frieden leben wollten. Und damit die etwa anwesenden Arbeiter dem biederen Manne auch alles glauben, was er ihnen vorzählt, läßt er mitunter noch durchblicken, wie sehr er sich in der Stadtverordnetenversammlung um die Förderung der Arbeiterinteressen verdient gemacht habe.

Herr Rosenow sieht es, möglichst jeden gegen ihn gerichteten Angriff, den er im „Vorwärts“ oder in einem Flugblatt der Sozialdemokratie findet, zungenfertig in eine Reklame für sich zu verwandeln. Man kann ihn von seiner hässlichsten Seite photographieren und das Konterfei im öffentlichen Schaufenster des „Vorwärts“ aushängen — er, das bringt ihn nicht aus der Fassung. Stolz weist er darauf hin, daß er der Mann sei, den die Sozialdemokratie für den Würdigen halte, abphotographiert und ausgehängt zu werden. Das kann uns natürlich nicht hindern, ihm dieses Vergnügen dann und wann wieder mal zu bereiten. Wie war's mit einem Bildchen „Herr Rosenow in der Pose des Arbeiterfreundes“? Nur eine kleine Momentphotographie wollen wir heute in unseren Schaufenstern hängen. Wir erinnern uns der Verhandlungen unserer Stadtverordnetenversammlung über die Gewährung eines Sommerurlaubs an die Arbeiter der Stadtgemeinde. Da hatte Herr Rosenow endlich mal eine Gelegenheit, der Stadt und der Welt zu zeigen, wie er die Interessen der Arbeitnehmer und die der Arbeitgeber mit einander zu „vereinen“ weiß. Die sozialdemokratische Fraktion forderte, daß ein solcher Urlaub schon nach einer Dienstzeit von einem Jahre gewährt werde, die freisinnige Mehrheit aber erklärte, ein Anspruch auf Sommerurlaub dürfe dem Arbeiter erst zugestimmt werden, wenn er fünf Jahre für die Stadt gearbeitet habe. Herr Rosenow war es, der am eifrigsten für „fünf Jahre“ eintrat. Er begründete das damit, daß „wir eine Verpflichtung haben, auch über den Kreis dieser Versammlung hinaus, gegen die Privatindustrie“. Er wolle „das einführen, was möglich ist, und was die Privatindustrie im allgemeinen dann auch einführen kann“. Die Rücksicht auf die Privatindustrie wurde von ihm nicht weniger als sechsmal in seiner kurzen Rede von noch nicht sechs Minuten Dauer betont.

Das war im Frühjahr 1903, am 2. April. Den Bemühungen Rosenows und seiner freisinnigen Freunde gelang es dann, zu verhindern, daß die Stadt Berlin etwa durch ein „zu gutes“ Beispiel die schlechten Sitten der Privatindustrie verlor. Die Versammlungsmehrheit setzte den Beschluß durch, daß Urlaub erst nach fünf Jahren zu gewähren sei. Die Stadt durfte nicht „zu viel“ gewähren, damit die Privatindustrie „folgen konnte“; soll heißen: damit nicht auch sie ihren Arbeitern dieses „zu viel“ gewähren mußte. Man sieht hier, wie eng die Interessen der Gemeindeglieder mit denen der Arbeiter der Privatindustrie verknüpft sind, und wie schädigend es auf die Lage der Arbeiter der Privatindustrie einwirken kann, wenn der Freisinn aus Rücksicht auf das Interesse privater Unternehmer die Lage der Gemeindeglieder wirksam zu verbessern weigert. Das Tollste ist, daß damals der Stadtverordnete Goldschmidt, der diese Beeinträchtigung der Arbeiterinteressen mitgemacht hatte, vor den Reichstagswahlen von 1903 in einer Wählerversammlung erzählte, die Sozialdemokratie habe durch die Hartnäckigkeit, mit der sie ihre Forderung durchzusetzen suchte, es verschuldet, daß nun in diesem Sommer noch kein Urlaub gewährt werden könne. Tatsächlich hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, dem die Angelegenheit auf Antrag der Freisinnigen wie der Sozialdemokraten überwiesen wurde, den Ausschussvorsitzenden um schleunigste Anberaumung einer Sitzung gebeten, damit die Urlaubsgewährung noch für den Sommer zustande komme. Der Vorsitzende lehnte das ab, weil daran nicht mehr zu denken sei. Der Ausschuss wurde am 16. April gewählt, wurde aber erst für den 18. Mai zu seiner einzigen Sitzung zusammenberufen. Wer aber war denn sein Vorsitzender? Der Stadtverordnete Cassel, der jetzt als Freisinnkandidat für den fünften Kreis sich gleichfalls als „Arbeiterfreund“ aufspielt!

Die Abholungen im Grunewald wurden in der vorgestrigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bei Beratung des Etats der Forstverwaltung abermals zur Sprache gebracht. Vor einigen Jahren, noch unter der Ministerzeit des Herrn von Miquel, hat, wie erinnerlich, das Herrenhaus eine gebarnigte Erklärung für die Erhaltung des Grunewaldes gefaßt. Inzwischen hat die Regierung immer nachhaltiger den Standpunkt vertreten, daß es Sache der Städte, und in allererster Linie der Stadt Berlin sei, für die Erhaltung und Sicherung des Waldbestandes selbst Sorge zu tragen. Auch jetzt hält der Oberlandforstmeister den Beschwerden und Eingaben dies entgegen. Die Tiergärten zu Cleve und Eichholz bei Arnberg werden, wie beabsichtigt wird, nicht mehr durch die Forstverwaltung verwaltet, sondern von den Städten selbst übernommen werden. Der Regierungsvortragere verweist auf Düsseldorf, Essen, Bremen, auf ausländische Großstädte wie Wien und London, die erheblich mehr für die Erhaltung ihrer Wälder tun als Berlin. Statt Wald zu erwerben, holze dieses sogar städtische Waldungen ab, z. B. in Buch 300 Hektar und 200 Hektar in Birchholz. Der Staat könnte auf die Einnahmen aus dem Verkauf von Waldstücken bei Berlin nicht verzichten; es sei geradezu eine Landeskulturaufgabe, diese Mittel zu verwenden zur Aufzucht von Oedlandstücken.

In der Kommission stehen diese Ausführungen aber auf entschiedenem Widerspruch. Buch und Birchholz seien von der Reichshauptstadt zu weit entfernt, um den Arbeitern als Erholung dienen zu können. Die Volkswohlfahrt erbeische die Erhaltung der den Großstädten unmittelbar benachbarten Waldungen, und es sei unzulässig, sie aus Spekulationsinteressen abzugeben. Der Preis, den der Fiskus Berlin abgefordert habe, sei zu enorm. Von anderer Seite nahm man einen mehr vermittelnden Standpunkt ein. Wenn auf abgeholzten Forstflächen Willenroste entstanden, so sei das ein Unglück; aber auch dieses Kommissionsmitglied betonte die Notwendigkeit, einer Millionenstadt nicht den Wald zu entziehen, zum mindesten müsse man ihn ein Verkaufszweck einräumen. Die Regierungsvortragere hielten dem entgegen, Berlin und Umgebung ständen eigentlich auf fistulösem Boden, und Berlin sei reich genug, um für sein sanitäres Bedürfnis die erforderlichen Mittel aufzubringen. Das habe ja auch Charlottenburg getan, indem es die Jungfernhöhe erworben habe. — Die eingegangene Petition wird der Regierung als Material überwiesen. Die Aussprache über die Waldverwaltung dürfte bei der zweiten Lesung des Etats im Plenum festgesetzt werden.

Arbeiter-Kadetten Berlins und Umgegend!

An alle Arbeiter-Kadetten, welche sich zur Mitarbeit am Tage sowie für den Abend des Wahltages an meine Adresse gemeldet haben, ergeht die dringende Mahnung, recht pünktlich in der am 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr stattfindenden Zusammenkunft bei Fritz Wille, Brunnenstr. 188, zur weiteren Einteilung zu erscheinen.

Die den Genossen zugedachte Einladungskarte ist am Eingang des Saales vorzuzeigen, und mache ich darauf aufmerksam, daß ohne dieselbe kein Einlaß gewährt wird.

Paul Lambert, Uferstr. 8, Vertrauensmann der Arbeiter-Kadetten Berlins und Umgegend.

Ausdehnung der Fleischschau auf die Privatschlachtungen in den Berliner Vororten. Eine wichtige Verfügung haben die Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim auf Veranlassung des Regierungspräsidenten erlassen. Darin heißt es: „Es ist in der letzten Zeit wiederholt festgestellt worden, daß in den kleinen und großen Schweinemästereien, die sich in den Vororten Berlins in großer Zahl befinden, unter der Bezeichnung „Privatschlachtung“ frische, meist an Schweinefleische oder Kotlauf leidende Schweine geschlachtet wurden, die dann heimlich durch Zwischenhändler in kleinen Berliner Verkaufsläden, Kellergeschäften oder Gastwirtschaften abgesetzt und verwertet wurden. In gleicher Weise werden in den größeren Vororten frische Rinde von den Kollereibizern geschlachtet und ohne Untersuchung in den Verkehr gebracht. Dieses Verfahren erschwert die Kontrolle in Fleischverkehr sehr, denn die

Tierkörper von den Zwischenhändlern und sogenannten Haus-schlächtern in kleinere Stücke geteilt und die Eingeweide beseitigt sind, so läßt sich weder die unterlebende Untersuchung, noch die Krankheitsfeststellung. Aus diesen Gründen erscheint die Ausdehnung der Fleischschau auf die Privatschlachtungen für alle größeren Vororte, in denen sich Viehmästereien befinden, erforderlich.“ Die Vororte wollen daher zum 1. Februar folgende Polizeiverordnung erlassen: „Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Pferde und Hunde unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung auch dann, wenn das Fleisch der Tiere ausschließlich im eigenen Haushalt der Besitzer verwendet werden soll.“

Neues vom Automobilklub. Die Automobilklubbusse Nr. 2 Linie 8 Bülowstraße—Straußberger Platz sind seiden auf 8 vermehrt worden. Es ist dadurch möglich, eine Wagenfolge von 9 Minuten aufrecht zu erhalten. Schon in den allerersten Tagen werden weitere Automobile auf dieser wichtigen Linie eingestellt. Voraussichtlich kann in aller Kürze der volle Betrieb mit zwölf Wagen aufgenommen werden. Die Automobile folgen sich dann in Abständen von 6 Minuten. Es wird damit allen Ansprüchen des großstädtischen Verkehrs genügt.

Der Arbeiter hat „Geld in Fülle“!

Daß es dem Berliner Arbeiter eher noch zu gut als zu schlecht gehe, dieser Behauptung sind wir oft genug in agrarischen Blättern begegnet. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. liebt es, von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, wie viele Vergnügungen in Berlin von Arbeitern für Arbeiter veranlaßt werden. Und andere Organe der Brot- und Fleischvertener machen es ihr nach. Einen ähnlichen Text läßt das Wochenblatt des freisinnigen Stadtverordneten Perls, den es verdrückt, daß die Beiträge zum Wahlfonds der Sozialdemokratie ihm zu reichlich fließen. Unter der Überschrift „Auspowerung und Wahlbeiträge“ rät er über die Opferwilligkeit der Arbeiter Groß-Berlins folgendermaßen: „Eins der beliebtesten Schlagworte der Genossen ist das von der Auspowerung der Klassen durch die kapitalistische Staatsordnung, die durch direkte und indirekte Steuern den Proletariern das Leben verkümmert.“ Um, hm! Also auch die drückende Last, die der Arbeiterbevölkerung durch die indirekten Steuern auferlegt wird, ist diesem eht-freisinnigen Wochenblatt nur noch ein „Schlagwort der Genossen“. Doch hören wir, was er weiter auf dem Herzen hat. „Tatsächlich ist ja, so jagt er, längst erwiesen, daß die Güte der Lebensführung in allen Klassen der Bevölkerung zunimmt. Die aber die angeblich ausgepowerten Armen noch Geld in Fülle übrig haben, zeigt ein Blick in die Wahlfondsbeiträge, die der Partei des Terrorismus zufließen.“ Dahinter zählt er auf, daß der Zentralverband der Zivilberufsmuster (Ordnungsverwaltung Berlin) trotz der schlechten Lage 50 Mk. gibt, daß „vom Fahrpersonal der Schöneberger Schloßbrauerei 22 Mk. einliefern, obwohl Kutscher und Mitfahrer am liebsten streiten möchten, weil ihr Verdienst zu gering sei“. Er nennt es „überaus bezeichnend“, daß „gar einige Patienten der Heilstätte des 21. Kl. beistimmen, also Leute, die auf allgemeine Unkosten verpflegt werden“.

Wir zählen Herrn Perls zu den kleinen Pinstschern, die die Sozialdemokratie nur deshalb immer wieder anklaffen, weil sie beachtet sein wollen. Gerade über diesen Perls hat ja Eugen Richter einmal gesagt, daß er ein bedeutungsloses Persönchen sei. Das war damals, als Perls noch zu denen gehörte, die dem „großen“ Richter Opposition machten. Wenn wir sein Geklaff ab und zu tatsächlich mal beachten, so geschieht das deshalb, weil wir zeigen wollen, auf einer wie niedrigen Stufe heute selbst die „entschieden Freisinnigen“ von chedem stehen. Interessant ist übrigens, daß Herr Perls meint, die Patienten von Heiltsch würden „auf allgemeine Unkosten verpflegt“. Von der Versicherungsgegebung und den Lasten, die sie auch den Arbeitern auferlegt, scheint der Mann keine Ahnung zu haben. Oder stellt er sich nur so? Fehlt nur noch, daß er die ganze Heilstättenbehandlung als ein staatliches Almosen hinstellt, wie die Berliner Freisinnigen ja die Krankenpflege zur jüdischen Armenpflege zählen! In einem Schlusssatz jammert dieser Herr Perls noch darüber, daß die Zivilberufsmuster nicht mehr von der „bürgerlich-demokratischen Seite“ und speziell von ihm selber (er nennt ausdrücklich sich) eine Förderung ihrer Interessen erwarten. Ja, die Zivilmuster werden ihm was blasen.

Neue Anordnungen für Krankenpfleger. Für das berufsmäßige Pflegepersonal im Landespolizeibezirk Berlin ist eine „polizeiliche Anordnung“ erlassen worden, in der es heißt: „Pflegepersonen, die eine mit Diphtherie, Kindbett- oder Rindfallruher, Scharlach oder Typhus behaftete kranke Person in Pflege haben, dürfen nicht gleichzeitig eine andere Pflege übernehmen; sie müssen während der Pflege ein waschbares Leberkleid tragen, die Desinfektionsvorschriften gewissenhaft befolgen und den Verkehr mit anderen Personen und in öffentlichen Lokalen tunlichst meiden. Geben sie die Pflege auf, so ist ihnen nicht gestattet, die Pflege eines anderen Kranken zu übernehmen, bevor sie sich selbst, ihre Wäsche und Kleidung einer gründlichen Reinigung und Desinfektion unterzogen haben. Bezüglich der gemeingefährlichen Krankheiten (Ausfall, Cholera, Fleckfieber, Socken usw.) bleibt der Erlaß besonderer Bestimmungen vorbehalten. Die Stadtverwaltungen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf haben den Pflegepersonen, sofern sie von den Verpflegten für die Desinfektion usw. nicht entschädigt werden, Entschädigungen zugesichert. Berlin zum Beispiel kostenlose Desinfektion usw., wenn der Verpflegte seinen Wohnsitz in Berlin hatte und die Pflegeperson eine Bescheinigung des Kreisarztes beibringt. — Bureaukratisch und umständlich genug!

Durch ein Brett erschlagen. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat gestern der 14jährige Sohn des Möbelfabrikanten Lemmert aus der Seynstraße sein junges Leben verloren. Der Knabe hatte an einem hochaufgetürmten Bretterstapel gespielt und plötzlich lösten sich mehrere schwere Bohlen und stürzten auf das Kind. Eines der Bretter traf den K. mit solcher Wucht gegen den Kopf, daß auf der Stelle der Tod eintrat.

Von einem unbekanntem Mann beraubt wurde gestern auf der Treppe des Hauses Lessingstraße 30 der 62jährige Knabe Jakob, der von seiner Mutter mit einem Fünzigpfennigstück zum Wädel gefaßt worden war. Als der Knabe die Treppe herabkam, trat ihm ein unbekanntem Mann entgegen, öffnete ihm gewaltsam die Hand und nahm das Geldstück. Bevor der Kleine sich von seinem Schreck erholt hatte, war der Räuber längst verschwunden.

Die Diebstähle von Fahrwerken wollen kein Ende nehmen. Auch gestern ist wieder ein derartiger Raub verübt worden. Am Hamburger Güterbahnhof wurde ein Spektionswagen der Firma Lorenz, Nordhofen 5, entführt. Das Gefährt war mit schwarzer Leinwand bespannt.

Einen großen Tumult gab es in der Nacht vom Freitag zum Samstag vor der Unfallstation in der Lindowstraße. Mehrere junge Burken wollten einen angeblich Verwundeten abliefern. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Heilgehülfen und schließlich zu einem tätlichen Angriff, wobei dem Heilgehülfen der Arm ausgerenkt wurde. Als Polizei erschien, waren die Täter entflohen.

Eine Ausstellung: Berlin zur Wiederkehrzeit hat sich seit einiger Zeit hier aufgetan, sie wird veranstaltet von einem wohlthätigen Verein, der auf diese Weise seine Klasse füllen will. Natürlich findet sich hier nur zahlungsfähiges Publikum ein, was schon daraus ersichtlich ist, daß ein am Donnerstag gehaltenen Vortrag des Herrn Fritz Stahl über die Wiederkehrzeit des Nachmittags stattfand. Vielleicht war es auch weniger der Vortrag selbst, dem der Besuch galt, sondern der Fünfpfennig, der wieder Rede zu werden scheint, wenn in Wohlthätigkeit gemacht wird. Das Klappern mit den Pöfeln und Teetassen, der Sturm auf das mit diversen Getränken und dergleichen überladene Buffet verursachte einen solchen

Lärm, daß nicht allzu viele von dem Vortrage etwas profitiert haben werden. Einige originelle Blätter und Witze aus der vornehmlichen Zeit sind aber doch der Wiedergabe wert: Ein Arbeiter sagt zu einer Obstverkäuferin, hinter ihm ein Schutzmann: „Jeden Sie mal 'ne Reize Pflaumen, aber! von de schlechtesten, id bin arrentiert, das verträgt meine Ehre nich, id will mir deshalb per Chalea umtriegen.“ — Bericht aus der 1. Sitzung des demokratischen Frauenvereins: Frau Doktorin Padde stellt einen Antrag auf die gänzliche Abschaffung der Schürmieder, um so die breitesten Grundlagen zu erzielen und den Druck zu beseitigen, der die freie Entwicklung und Ausdehnung demokratischer Formen beschränkt. Der Antrag wird durch ihre eigene (etwas sehr dicke) Persönlichkeit noch näher motiviert. Reizend ist die Karikatur auf die Zibibele, der Schmied leitet das Ehepaar mit einer starken Kette am Amboss zusammen; links in der Ecke girt das Liebespaar; rechts schlägt der Mann mit dem Knüttel auf die Frau ein. — Eine hochoriginelle Satire ist das Bild: die „Generalpuppe“. Rothschild in Kanonensüßeln, segnend seine Riesenhände über Europa ausbreitend. — Frau zu einem bei ihr arbeitenden Holzhäcker: „Kiehlstehtriger Holzhäcker! Sonne Zwiebeln, wie er cemer is, die pflanzt mein Mann us'n Mist und begiebt sie so lange mit den Häuten, bis ihm die Anspen uf die Karte wachsen.“ Nun zum Schluß noch das so poetische, „Kiesempfundene“ Sonett des Stralauer Fischzuggängers:

Freut Euch des Lebens,
Weil noch das Pfandhaus blüht,
Ja nicht vergebens
Trägt man dahin.
So mancher macht sich Sorg und Müß,
Wo man ihm ein paar Groschen lieh,
Und lieh das Pfandhaus unberührt,
Das doch am Wege steht.
Freut Euch des Lebens usw.“

Ein schwerer Unglücksfall im Straßenbahnbetriebe hat sich gestern Nachmittag in der Badstraße zugetragen. Die 18jährige Kontoristin Ottilie Keschel, Grünhoferstr. 1a wohnhaft, hatte den Wagen Nr. 246 der Linie 38 benützt. In der Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen wurde das junge Mädchen plötzlich von einem Schwindelanfall heimgesucht und stürzte von der Hinterplattform herab. Die Verunglückte geriet unter den Schutzhaken des nachfolgenden Anhängewagens und konnte nur beschwerlich befreit werden. Sie hatte einen Wirbelsäulenbruch, sowie Brüche beider Beine und Arme erlitten und wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Verschundene Geistesranke. Nach einer entlaufenen irrsinnigen Frauensperson sucht die hiesige Kriminalpolizei. Die Verschundene ist die 21jährige Emma Kreuz geb. Gerhardt aus der Danzigerstr. 79. Ob sie sich ein Leid angetan, das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist, oder ziellos in den Straßen Berlins umherirrt, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Verschundene ist 1,60 Meter groß, hellblond und mit dunklem Tuchkleid und Blüschjade angetan.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wir machen nochmals auf das heute abend in Kellers Festsaal stattfindende 18. Stiftungsfest, bestehend in Wagner-Konzert und Ball, aufmerksam. Das vorzüglich zusammengestellte Programm sowie die mitwirkenden Kräfte (das rühmlichst bekannte Leipziger Philharmonische Orchester sowie die Opernsängerin Fel. Lissi Kurz) versprechen einen genussreichen Abend, wo nur das Beste geboten wird. Den Prolog wird an Stelle des auf Agitationstendenzen befindlichen Genossen Heimr. Schulz Genosse Gust. Binkler (Volkshäuser) sprechen. Einem jeden Kunstbesessenen kann der Besuch dieses Festes nur empfohlen werden. Die Damen müssen die Hüte in der Garderobe abgeben. Rauchen ist gestattet. Pünktliches Erscheinen ist notwendig, da die Türen während der Aufführungen geschlossen bleiben; jede Störung muß vermieden werden.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Dir. Archenhold am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr über: „Ein Tag auf dem Monde“, abends 7 Uhr über: „Vulkanismus auf dem Monde und auf der Erde“. Am Montag, abends 9 Uhr, wird das Thema: „Festsetzung der Lebensbedingungen auf einem Himmelskörper“ behandelt. Sämtliche drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche nachmittags die „Sonne“, abends der „Mond“ bezw. „Jupiter“ beobachtet.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Schönlauer Allee 141, im 2. Stock des Quergebäudes Feuer aus, das schnell um sich griff. Die Wehr, von mehreren Seiten alarmiert, war schnell zur Stelle. Es brannte die Damenmantelfabrik von Biermann. Regale, Stoffe, Mäntel, der Fußboden u. a. Immo-bilien standen schon in Flammen. Brandinspektor Leopold ließ gleich energisch Wasser geben und es gelang, die Flammen auf die Damenmantelfabrik zu beschränken. Heute früh brannte in der Köpferstraße 3 im 3. Stock ein Konfektionsgeschäft. Auch dort hatte die Feuerwehr längere Zeit zu tun, um des Feuers, das um 7 Uhr ausgebrochen war, Herr zu werden. In der Neuen Hochstraße 20 brannten gleichzeitig Abfälle, Säcke usw. Ferner hatte die Wehr in der Greifswalderstraße 212/213 zu tun, wo ein Wagen mit Puhlappen brannte. In der Kirchbachstraße 7 brannten Gardinen u. a. Weitere Alarme liefen aus der Alexanderstraße 90, vom Schöneberger Ufer 23 und anderen Stellen ein.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. 1. Abteilung Montag abend 9 Uhr Dresdenstraße 45. Vortrag über Ertrinken, Erstickten, verschiedene Formen der Verwundung. Nachdem praktische Übungen und Vorführung der Sauerstoffatmung. Vortragende Fel. Dr. med. Prof. Neue Mitglieder können jederzeit beitreten. Das Einschreibegeld beträgt 25 Pf., der Monatsbeitrag 25 Pf. Die Bibliothek steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Vorort-Nachrichten.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Gemeindevählerlisten liegen noch bis zum 30. Januar in den Gemeindebüros zu jedermanns Einsicht aus. Es ist Pflicht jedes Wählers, sich davon zu überzeugen, daß er in der Liste steht, denn wie oft wird durch Tod eines Gemeindevertreters oder freiwillige Niederlegung eine Nachwahl notwendig.

Für Treptow-Baumhulenschule liegen die Listen an Wochentagen in den Dienststunden von 9—3 Uhr und Sonntags von 9—10 Uhr vormittags aus. Diejenigen, die nicht in der Lage sind, die Listen selbst einzusehen, können ihre Adressen bei den Bezirksführern oder in den Zigarengeschäften von Kob. Gramenz, Kiehlstr. 412, G. Wangerheim, Baumhulenstr. 14/15, und O. Meite, Baumhulenstr. 70, niederlegen.

Für Steglitz liegen die Listen von 9—3 Uhr im Rathaus aus.

Charlottenburg.

Die zweite Abteilung der Freien Volkshäuser Charlottenburg wird im März eröffnet und ist mit der ersten vollständig gleichwertig. Die Vorstellungen beider Abteilungen finden im Schillertheater Charlottenburg statt. Bereits jetzt werden Redungen „zum Gintitz im März“ bei den Zahlstellen oder bei der Hauptkassierin (H. Will, Kirchstr. 30) entgegengenommen und in der Reihenfolge des Sprechens erledigt. Auch alle früher abgegebenen Redungen, die bisher wegen Platzmangel unerledigt bleiben mußten, finden jetzt ihre Berücksichtigung, so daß der Verein binnen kurzer Zeit seine Mitgliederzahl verdoppelt haben dürfte. Da im Februar der erste Teil des „Wallenstein“ („Wallenstein Lager“, „Die Piccolomini“) gespielt wird, so ist Vorkehrung getroffen, daß diese Vorstellung den Mitgliedern der zweiten Abteilung nach der Aufführung des zweiten Teils („Wallenstein Tod“) in einer besonderen Veranstaltung geboten wird. Mit anderen Worten: die Februarvorstellung wird der zweiten Abteilung nachträglich geleistet.

Von einem schweren Unglücksfall wurde vorgestern der 30jährige Arbeiter Wilhelm Hüner aus Rudow betroffen. Er reiste nach Kitzin, wo er um 7 Uhr 30 Minuten abends eintraf. Nach Bevorzugung des Zuges über beide Weine und die rechte Hand fuhr. Nach Anlegung von Rotterbänden durch den Bahnarzt wurde der Schwerverletzte in das Kitziner Krankenhaus eingeliefert.

Notwendig-Neuendorf.

Die Rechtsfähigkeit der Wähler der dritten Klasse demonstriert so recht die Wählerliste zur Gemeindevahl. Die Gesamtzahl der Wähler beträgt 4489; davon gehören zur ersten Abteilung 49, zur zweiten Abteilung 507 und in der dritten Abteilung sind 3913 Personen wahlberechtigt. Es hat also ein Wähler der ersten Klasse genau so viel Recht wie 79,8 Wähler der dritten Klasse oder 10,3 Wähler der zweiten Klasse. Gegen dieses Verhältniß zu protestieren, bietet sich für die Wähler der dritten Klasse am Montag und Dienstag Gelegenheit durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten. Der Protest wird um so wichtiger werden, je größer die Stimmenzahl ist, die unsere Genossen auf sich vereinigen. Von den Gegnern ist jetzt auch endlich ein Flugblatt erschienen, aber von so dürftigem Inhalt, daß es sich wirklich nicht lohnt, näher darauf einzugehen; im übrigen beschränken sie sich darauf, ihre Agitation unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu betreiben; sie rechnen darauf, daß es ihnen durch die Kandidatur des Herrn Sotischel gelingt, die zahlreichen Eisenbahnarbeiter für ihre Zwecke einzufangen und die dann noch fehlende Majorität durch Freisensstimmen zu erringen. Dieses zu verhindern, muß um so mehr Ehrenpflicht aller fortschrittlich denkenden Arbeiter sein, als bei einer etwaigen Niederlage unserer Kandidaten die Sozialdemokratie aus der Gemeindeverwaltung vollständig ausgeschaltet würde, da die ganze Gemeindeverwaltung neu gewählt wird. Bemerken wollen wir noch, daß die Wahl mittels amtlicher Legitimationskarten stattfindet, welche den Wählern bereits zugestellt sind. Sollte jemand eine solche Karte nicht erhalten oder dieselbe verloren haben, so geht er dadurch seines Wahlrechts nicht verlustig, wenn er sich anderweitig legitimieren kann. Um eine ruhige Abwicklung des Wahlgeschäfts zu ermöglichen und damit wir auch im Wahlvorstande eine Vertretung erhalten, ist es notwendig, daß unsere Genossen so früh wie möglich zur Wahl gehen (Wahlzeit von 4 bis 8 Uhr). Jedenfalls erwarten wir von unseren Genossen, daß sie am Montag und Dienstag ihre volle Schuldigkeit tun, damit die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen zu einem glänzenden Siege gelangt und die dritte Klasse ihr unbestrittener Besitz bleibt.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in ihrer Sitzung am Donnerstag zunächst wieder verschiedene Spezialitäten. Der Straßenreinigungsetat wird in Höhe von 28.800 M. und in Ausgabe mit 118.856,98 M. festgelegt. Der Zuschuß der Stadt beträgt 80.450,28 M. Der Feuerlöschetat weist eine Einnahme von 5340 M. und eine Ausgabe von 14.000 M. auf. Der Straßenbeleuchtungssetat hat nur eine Ausgabe von 42.563,98 M. Der Sparkassenetat besteht aus einem Verwaltungsvoranschlag von 42.952 M. Der Bauetat hat eine Einnahme von 38.000 M. und eine Ausgabe von 150.700 M. Der Krankenbauetat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 221.870,78 M. Der städtische Zuschuß beträgt 85.015,78 M., 15.460 M. mehr wie im Vorjahre. Das Stiegenhaus verzeichnete hierbei eine Ausgabe von 16.730 M. Der Schlachthofsetat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 121.500 M. Der Etat Begräbnisplätze hat eine Einnahme von 7948 M. und eine Ausgabe von 11.884 M. Für die Verteiler der Wahlwertes bei der Reichstagswahl werden 216 M. bewilligt. Es sollen 27 Personen damit beschäftigt werden und jede soll bei der ersten Wahl sowie bei der Stichwahl je 4 M. erhalten. Man scheint schon stark mit einer Stichwahl zu rechnen. Wenn der Paß nur nicht verhaun und Genosse Piesch gleich bei der Hauptwahl gewählt wird. Die Aussichten dazu sind sehr stark vorhanden. — Wenn Bahnübergang am Strosow ist eine Gasrohrverlegung notwendig geworden, für welche 4000 M. gefordert werden. Bei dieser Vorlage wird zur Sprache gebracht, daß der Unternehmer, der die Rohrverlegung in der verlängerten Pieschdorferstraße macht, nicht recht tauglich sei, da er seinen Leuten häufig Sonnabends keinen Lohn zahlt. Genosse Piesch beurteilt eine solche Handlung ganz entschieden und dringt darauf, daß solche Unternehmer nicht zu städtischen Arbeiten zugelassen werden. — Den Ausbau der Döberitzer Herrensstraße innerhalb des Stadtgebietes will der Magistrat auf städtische Kosten vornehmen lassen und hat der Versammlung eine entsprechende Vorlage gemacht. Nach den Angaben des Referenten, Stadtverordneten Vender, soll die Arbeit das hübsche Stimmchen von circa 1 1/2 Millionen Mark kosten, aber, so wird die Vorlage überzudert, der Ausbau brauche ja nur nach und nach gemacht werden, und dann komme das Geld ja auch später wieder in die Stadtkasse zurück durch die Anlieger der neuen Prachtstraße. Genosse Schmidt I wies sehr treffend darauf hin, daß die Regierung später schon vorschreiben werde, wie der Ausbau ausgeführt und wann die Straße fertig gemacht werden soll. Die Straße werde ja gerade so viel kosten, als wie für den Waldverkauf an das Johannesstift eingenommen, da wird aus der Steuerermäßigung wohl nichts mehr werden. Daß das Geld durch die Anlieger wieder einflomme, bezweifle er; so lange die Charlottenburger Mieselfelder dort belegen sind, werde man die Anlieger wohl mit der Laterne suchen können. Für Charlottenburg und Berlin mag die Herrensstraße ja eine Verkehrsverleinerung sein, für Spandau aber nicht, denn hier kreuzte sie die Pieschdorfer- und Wilhelmstraße und könne sogar ein Verkehrshindernis bilden, wenn sie bei großen Truppenaufmärschen gesperrt werden. Er habe nichts gegen einen Ausbau der Straße auf Kosten der Stadt, aber erst wolle er wissen, welche Entschädigung die Regierung zähle. Die Ausführungen des Genossen Schmidt schienen auf die Anwesenden einen großen Eindruck zu machen. Der Oberbürgermeister empfahl deshalb schleunigst, die Vorlage in geheimer Sitzung weiterzubehandeln, wozu sich leider die Versammlung auch bereit erklärte. — Bereits seit längerer Zeit schweben Verhandlungen mit der Schützengilde zwecks Austausch von Gelände zur Erweiterung der Gasanstalt. Bisher hatte sich die Stadtverordnetenversammlung stets ablehnend gegen die Vorschläge der Gilde und des Magistrats verhalten, weil die Gilde Terrain in der Stadtförst haben wollte, welches der Versammlung zu schade zu sein schien. Jetzt hat der Magistrat abermals eine Vorlage gemacht; nach derselben soll die Gilde an die Stadt rund 8332 Quadratmeter abtreten und dafür 31.000 Quadratmeter Forstgelände am Neuendorfer Wege erhalten. Alles glaubte, die Vorlage würde wieder rundweg abgelehnt werden. Genosse Schmidt I gab sich alle Mühe nachzuweisen, daß man beim Bau einer neuen zweiten Gasanstalt, wenn derselbe auch circa 2 Mill. Mark kosten werde, immer noch besser weg komme, wenn man den Kommandamm in das Beleuchtungsnetz einbeziehe und mit angrenzenden Gemeinden Interessengemeinschaft mache, als wenn man sich den ganzen Stadtwald durch Anlegung eines Schießplatzes verkurze. Bei der Abstimmung, an welcher trotz des Protestes unserer Genossen auch die Wildemittglieder teilnahmen, stimmten 12 Stadtverordnete für und nur 11 gegen die Vorlage. Welche Rechte hier mitgewirkt, wer weiß es? Kurzum, ein Stück Forstland ist wieder weg. — Mit 11 gegen 11 Stimmen beschloß die Versammlung dann den Antrag einer an der Grenze des Stadtwaldes belegenen Wiese für 1500 M. pro Quadratmeter. Das Land hat kaum die Hälfte Wert. — Mit der Verpachtung der städtischen Wabeanstalt an den Arbeiter Vikorny ist die Versammlung einverstanden. — Für die Pflasterungen der Straßen unter den Eisenbahnüberführungen in der Klosterstraße und am Strosow werden 29.500 M. bewilligt. Mit dem 20. Februar wird der Bahnbetrieb auf der höher gelegenen Weisen stattfinden.

Soziales.

Wie man in Ostpreußen die Leutenot beseitigen will.

Tief im Innern Rußlands gibt es zahlreiche Deutschsprachen, deren Väter oder Großväter einst in Rußland ihr Heim aufgeschlagen haben. Die Nachkommen fühlen sich heute noch als Deutsche: sie sprechen deutsch, haben ihre evangelische Religion beibehalten und beten aus deutschen Gebetbüchern. Als im vorigen Jahre in verschiedenen Gegenden Ostpreußens die Hungernot ausbrach, beschloßen viele dieser Deutschsprachen mit ihren Familien nach dem „Kulturstaate“ Deutschland zu reisen. Sie gaben sich der Hoffnung hin, daß sie in diesem „Kulturstaate“ lohnenden Verdienst erhalten werden. Sie lösten sich deshalb Wanderpässe, die für jede Familie über 40 M. kosteten. Dann gaben sie das Doppelte für zwei Erwachsene an Reisegeld aus, um bis nach Illowo zu gelangen; von hier aus sollte es durch die Vermittlung des Posters Faure nach Posen gehen, wo sich schon viele ihrer Brüder befanden. Mit auf den Weg nahmen sie folgende Geleitskarte, die ihnen schon der Pastor gesandt hatte:

Geleitskarte.

Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer Wigenhausen a. d. Weira.

Vorziger dieses... mit Familie aus Ormenthal auf der Reise Deutschland über Illowo wird allen deutschen Brüdern, sowie allen deutschen Pfarrern und Lehrern des In- und Auslandes zur Unterstützung mit Rat und Tat empfohlen.

Faure, Pastor. Geleitskaffahrer.

Wie die armen Auswanderer nun von ihren „deutschen Brüdern“ behandelt worden sind, ersieht man aus folgender Schilderung:

In den ersten Tagen des Monats Oktober trafen einige dieser Familien in Illowo ein. Sie waren im Besitze der obigen Geleitskarte und wollten zum Pastor Faure nach Posen. Auf dem Bahnhof wurden sie auch von jemand in Empfang genommen, aber die Karte ging nicht nach Posen, sondern nach Ostpreußen, nach dem Rittergut Klein-Waldeck (Kreis Fr. Eylau). Hier beehrte es ihnen nicht und eines Abends verdufteten zwei Familien und fuhren nunmehr allein nach Posen. Bald aber trafen wieder einige Arbeiterfamilien in Illowo ein, die gleichfalls nach Posen wollten, aber nach Klein-Waldeck gebracht wurden. Als sie kurze Zeit hier gearbeitet und eingesehen hatten, daß sie bei schwerer Arbeit mit ihren Kindern noch hungern mußten, gingen sie zum Bahnhof um nach Posen zu fahren. Es war schon bitterkalt. Die Männer, Frauen und Kinder lagerten im Freien. Als die Männer Fahrkarten verlangten, erklärte ihnen der Beamte, daß er ihnen keine Fahrkarten geben könnte. Er gab ihnen den guten Rat, nach einem anderen Bahnhof zu gehen. Dazu waren aber die Familien infolge der kleinen Kinder nicht instande. Als sie nun im Felde froren, kam der Gutsbesitzer von Neu-Waldeck und rebete ihnen zu, doch zu ihm zu kommen. Er werde ihnen eine Stube geben, da sie doch über Nacht nicht auf freiem Felde liegen könnten. Die Familien nahmen das Anerbieten an. Wo sollten sie auch hin? Da kamen der Gendarm, der Gutsbesitzer von Klein-Waldeck mit seinem Inspektor. Als diese die Stube betreten, in der sich die russischen Familien befanden, erklärte der Gendarm die Männer für seine Arrestanten, die er abführen wollte, während die Frauen und Kinder auf dem Gute bleiben sollten. Er zog seinen Revolver aus der Tasche. Da meinte der Gutsbesitzer von Klein-Waldeck zum Gendarm, er möge nur die Männer auch auf dem Gut lassen, er werde schon „für alles aufkommen“. Darauf wurden alle Familien wieder auf sein Gut juristisch transportiert, wo sie sich heute noch befinden. Man hat ihnen die Pässe, die sie für schweres Geld erworben haben, abgenommen und händigt sie ihnen nicht aus, so daß sie gezwungen sind, für den Gutsbesitzer zu arbeiten. Sie haben schon alles versucht, um wieder in den Besitz der Pässe zu gelangen. Doch nichts hat geholfen. Auf ihre Beschwerde bei der russischen Behörde in ihrer Heimat ist ihnen geantwortet worden, daß sie ihre Pässe niemandem auszuhandigen haben. Schließlich, als ihnen von keiner Seite ihr Recht zuteil wurde, wandten sie sich an die Königsberger Sozialdemokraten, die sich auch gleich ihrer annahm. Ein Genosse begab sich sofort auf das Gut zu den Familien, um ihre Angaben genau nachzuprüfen, und dieser Genosse erliefte ein erschütterndes Bild von Not und Elend.

Der eine arbeitet mit seiner Frau zusammen auf Tagelohn; er erhält 60 Pf. pro Tag, seine Frau 40 Pf. Dann werden ihnen noch einige Lebensmittel geliefert. Weiter bekommen beide nichts. Den anderen Arbeitern gehts aber noch schlechter; sie erhalten pro Monat neun Mark bares Geld; dazu kommt noch das Deputat und der geringe Verdienst der erwachsenen Kinder. Weizen und Osef wird den russischen Familien nicht gegeben. Der ganze Verdienst ist so gering, daß die Familien, welche fast alle vier bis fünf Kinder haben, ständig Not leiden müssen. Sie sind gezwungen Schulden zu machen, wenn sie sich über Wasser halten wollen. Einige Arbeiter erklärten, daß sie gerne auf dem Gute bleiben würden, wenn sie nur mehr Lohn bekommen würden. Ein alter Familienvater sagte, daß er schon seit langer Zeit kein Fleisch geschmeckt habe. Die Hauptnahrungsmittel seiner Familie bestanden aus Kartoffeln, Brot, Schmalz und Kaffee! Die beiden letzteren Nahrungsmittel müssen sich die Leute noch von den acht Mark, die sie pro Monat erhalten, kaufen. Somit sollen sie sich und ihre Kinder kleiden? Die Kinder sehen erschreckt elend aus.

Wie man den Arbeitern die Pässe vorenthält, ersieht man auch aus folgendem Beispiel. Die Frau eines russischen Arbeiters war niedergelommen und bald darauf wollten die Leute — sie sind sehr fromm — ihr Kind taufen lassen. Doch der Pastor erklärte, er müsse dazu den Paß haben; auch müsse die Geburt zuerst beim Amtsdorfschreiber angemeldet werden. Als nun der Arbeiter vom Gutsherrn den Paß haben wollte, gab er ihn nicht heraus, so daß das Kind nicht getauft werden konnte. Auch heute hat das Kind die Taufe noch nicht erhalten. — Das ist ja nun zwar kein Unglück, aber die russischen Arbeiter berührt es als fromme Leute sehr unangenehm, daß ihr Kind nicht getauft werden kann. Der Gutsherr erklärte, daß er nichts von der Entbindung der Frau wisse. Dabei hat er, als der Arbeiter für seine im Wochenbett liegende Frau Schnaps haben wollte (es besteht bei diesen Arbeitern die Sitte, einer Frau, die ein Kind geboren hat, Schnaps zu geben) angeordnet, daß die Wöchnerin zur Pflege nach Klein-Waldeck kommen sollte. Nun warten die Arbeiter auf Hilfe. Sie versprechen sich viel von einer Veröffentlichung ihrer Leiden. Das schönste dabei ist, daß sie betonen, gar keinen Kontrakt unterzeichnet zu haben. Es dürfte freilich nicht ausgeschlossen sein, daß sie doch irgendwo ein Stück Papier unterzeichnet haben. Denn sonst könnte sie der Gutsherr unmöglich so feilschalten. Auch hätte der Gendarm nicht in der beschriebenen Weise auftreten können. Wird die Behörde eine eingehende Untersuchung darüber anstellen, wie es kam, daß man die Leute anstatt nach Posen, nach Ostpreußen brachte, wo sie gar nicht hinwollten? — Auf Grund welchen Rechts werden den Leuten die Pässe vorenthalten?

Wäge das Erlebnis dieser Leute ausländischen Arbeitern, die nach Preußen gelodt werden, zur Warnung dienen, und möge es dazu beitragen, durch sozialdemokratische Stimmzettel am 25. Januar einen kraftvollen Protest auch gegen die Ausnahmengesetze zu erheben, unter denen die ländlichen Arbeiter Preußen-Deutschlands leben.

Wasserstand am 19. Januar. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 75 Sp., bei Magdeburg + 2,93 Meter, — Unstrut bei Straußfurt — Meter, — Oder bei Rattow — Meter, — Rheingraben — Meter, — Oder bei Briesg — Meter, — Oder bei Breslau Unterpegel + 1,83 Meter.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein:

Streikende d. Fa. Reichelt 13.—, Berliner Arbeiter-Radschreiberverein, M. d. A.-R.-S. „Solidarität“, 3. Rate 95.—, Skatklub Jide, ehem. Reigenführer der 4. Abt. 6.—, Diener u. gewerb. Arbeiter der Firma A. Jandorf, Kottbusser Damm 13.—, B. 5.—, Dem Andenken von Max Kahler 1000.—, Tapezierwerkstatt Krönung 2,25, Pfälzweber der Fa. J. Glöckel 6.—, Stadtfabrik Alphonse Ludwig u. Komp. 6.—, Dämmner 8,15, Personal d. Buchdruckerei G. S. Hermann, 4. Rate, darunter R. R. 1.—, 118,85, Steinarbeiter der Firma Saalburg, Berlin 6,50, Zelleranmeldung der Drahtarbeiter-Versammlung durch Müller 17,80, B. B., Lichtenberg 5.—, Lotterieverein „Fortuna“ 10.—, Arbeiterinnen und Arbeiter des Kaffeebrösterers Emil Zengelmann, 2. Rate 11,55, Werkstatte H. u. L. 6,75, Zentralverband der Zimmerer, Bez. Rixdorf, Ueberhäuser vom Familienabend 15.—, Langer Heinrich 1,25, Einseher der Firma Ernst Mittag, gef. in der Werkstatteigung am 17. Januar 12.—, Leo P., Groß-Vichtersfelde 5.—, Verzichtsleistung auf die Entschädigung der Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes der Firma A. Vorfing, Tegel, für die Konferenz am 17. Januar 07 15.—, B. G. B. 14, 3. Rate 5.—, Wildhauer von Sponar u. Kupper, Wilzbraun-Prezente 3.—, H. E. 6.—, B. und G. 5.—, L. Kl. 14 2.—, Herrnschneider von C. A. Herpich Söhne 20.—, Summa 1415,10 M. Vereits quittiert 14 765,31 M. Summa 16 189,41 M. Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen genommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße, Rechtsanw., Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühre 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Zuschuß aus dem Zahl als Beizahlung beizufügen. Größtenteils Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

C. B. 15. Richtwahlerichtig, wie Sie schon aus der gestrigen Sprechstunde: Armut entwehlet! entnommen haben werden. — Fr. 797. 1. Die Konventionalrente, zu der ein Unternehmer sich für den Fall verpflichtet, wenn er höheren Lohn zahlt oder dergleichen, ist ungültig, eine auf Zahlung der Konventionalrente gerichtete Klage ist ein strafbarer Verstoß gegen § 2. Die Besteuerung ist zulässig. Etzht, was in der Regel der Fall, Ihr Mietvertrag dem nicht entgegen, so haben Sie sich den Stempel zu teilen. — W. D. Romintenerstraße. 1. Rein. 2. Rein, aber wenn Sie es tun, schadet es nichts. 3. Nach dem Vertrage um 1/2 9. — Zwei Streitende 999. Bismarck und seine Eltern waren abelig, die übrigen Fragen finden Sie in den öffentlichen Verfassungen ausliegenden Konventionalrenten unter Bismarck hauptsächlich beantwortet. Wir sind nicht in der Lage, wegen dieser Fragen nachzuschlagen. — Fr. 797. Sonntag. 1. Ja. 2. Rein. — H. 2. 100. 1. Das Antisegel ist unzulässig. 2. Ja. 3. Rein. — H. R. 777. Nach Ansicht der Wahlprüfungskommission leider ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion (Großhandl.) Kindfleisch Ia 70-75 pr. 100 Pfd., Ia 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56, Rindfleisch, Doppelländer 120-135, Ia 86-95, IIa 75-85, IIIa 68-72, Kohl 50-55, Hammelfleisch Ia 68-76, IIa 52-66, Schweinefleisch 76-85, Rehrind Ia pr. 100 Pfd. 0,00, IIa 0,00-0,00, Rehrind Ia 0,30-0,47, IIa 0,25-0,30, da. Kälber 0,30-0,50, Hammel 0,40-0,58, da. Kälber 0,40-0,60, Wildschweine 0,40, Bratlinge 0,00, Fäsen per Stck 2,50-2,70, da. Klein und IIa 2-2,40, Rindchen per Stck 0,60-0,90, Wildenten per Stck 0,00, 30-36, alte per Stck 1,60-2,00, da. IIa 1,00-1,50, da. junge per Stck 1,10-1,60, Tauben per Stck 0,50-0,55, junge kleine 0,00, Hähnchen 1,00, Enten per Stck 1,70-2,75, Hamburger junge per Stck 0,00, Gänse, Oberbrüder, per Pfd. 0,55-0,67, da. Hamburger pr. Pfd. 1,00 bis 1,20, Gänse, 0,53-0,80, Gänse per 100 Pfd. 80-93, groß 66, Junber 0,00, matt 0,00, Schafe, groß 96, unfort. 120-128, Merz, Klein 10-31, Kälber, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 91, Wölfe, Klein 32-36, groß 45-55, 40-43, Karpen, 10er 0,00, da. 30-35er 0,00, 50er 0,00, 80-100er 0,00, Barze, matt 0,00, da. 0,00, Karaschen 0,00, Weißfische 0,00, Weiss 52, Barze 34/5 00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-120, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75, Seelachs 20-25, Sprotten, Rieder, Wall 0,75-1,25, Danziger, Wall 0,80-0,80, Flumbern, Rieder, Stiege Ia 4-6, da. mittel per Riste 2-3, Hamb. Stiege 4-5, halbe Riste 1,50-2, Bratlinge, per Wall Riste 3,50-5,00, Straubinger 6,00, Kote, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, Klein 0,60-0,80, Deringe per Schof 4-5, Schellfische Riste 3-4,50, da. 1/2, Riste 2,00, Rostlamm, p. 100 Pfd. 20-25, Weißlutt 0,00, Sarbellen 1902er per Riste 93, 1904er 93, 1906er 90, 1908er 73-75, Schottische Wollheringe 1905 0,00, large 40-44, fall 38-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Ratten, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., Joh 1,50-1,50, Bratlinge, Rische (4 Riste) 1,50-1,75, Rismaugen, Schofjah 11, kleine 5-6, Risen, 14, Dummern, kleine, per Pfd. 0,00, Krefise, per Schof, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unfort. 0,00, Weizler, groß 0,00, mittel 0,00, Eier, Lachs, per Schof 4,75-5,25, Dultler per 100 Pfd. Ia 114-120, IIa 110-115, IIIa 108-112, abfallende 90-100, Saure Gurken Schof 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10-2,25, Daberje 2,10-2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00, Salzfartoffeln 5,00-6,00, Spinal per 100 Pfund 12-18, Karotten per 100 Pfund 10-12, Sellerie, hiesige, per Schof 2,00-3,00, da. pommerische 5,00-6,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 2,50-4,00, da. kleine 2,00-2,50, da. hiesige (Preis) 0,00, Charlotten 0,00, Peterfille, grün, Schofjah 2,00, Kohlrabi per Schof 0,00, Rettig, bayr., per Schof 2,40-4,80, Mohrrüben per 100 Pfund 2,50-3,00, Zeltomer Rüben per 100 Pfd. 7-10, Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 6-8, rote Rüben 2,00-2,50, Mlummentoffel holl. per Schof 0,00, holl. per Schof 0,18-0,25, Wirsingfoll per Schof 3,00-6,00, Rosenfoll p. 100 Pfd. 15-25, Grünfoll per 100 Pfd. 2-4, Schmitzsch 12 Riste 4-4,50, Kohlrüben, Schof 2,00-2,50, Kürbis 0,00, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7-16, Säsem. 8-20, holl. 15-25, Äpfel, per 100 Pfd. hiesige 6-22, Grauenleimel 0,00, Troler in Rüssen 0,00, Riste 32-60, Amerik. 11-30, Zitronen, Weßima, 600 Stck 8,00-10,00, 360 Stck 8,00-9,00, 300 Stck 9-13, Apfelsinen, Jassa, per Riste 0-00, Rurca 200er Riste 7-9, da. 300er 8-11, Valencia 420er Riste 13-18,00, da. 714er 18-20, Nefuna, Blat 100 er 10, da. 150 er 10,50, da. 80 er 9,50.

Rotdeutschland-Aufstieg Wahlkampf-Lieder von C. M. Seavola. Preis 20 Pf. Porto 3 Pf. Kampfgedichte — Siegesgedichte, für den Wahlkampf begeisterte Kampfrufe sind in dem hübschen, soeben ausgegebenen Werkchen enthalten. C. M. Seavola, der den Arbeitern durch seine Dichtung: „12 Jahre der Verbannung“ oder „Das Ausgewiesenen Heimkehr“ bestbekannte Dichter legt seine, im Laufe der letzten 18 Jahre entstandenen Kampflieder zusammengefaßt der jungen Generation vor, die jetzt zum erstenmal in die Wahlschlacht zieht. Zum feurigen Ansporn sollen seine Lieder dienen, zu Kampf und Sieg den jungen Nachwuchs führen, auf daß dieser sich der alten Garde, die schon unter dem Schandgesetze geblutet hat, würdig erweise. Zu beziehen durch: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 sowie durch sämtliche Partespeditionen. Café Ridder Teilzahlung Neue Rosstr. 2 an der Alten Jakob-Straße. monatlich 10 Mk. kleine Herren-Garderober nach Maß (billigste Preise). J. Tomporowski, 2. Etage, Nähe Belleallianceplatz, Rasse 10%, billiger. 34022. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Faßung des Herrn Grafen als Automobilführer.

Der Graf zu E., Oberleutnant des II. Garde-Regiments in Berlin, hatte am 27. März 1904 einen Rennen in Strausberg bei Berlin beigegeben und benutzte für 10 Mark pro Stunde eine Automobilmaschine, um zu einem Diner nach Potsdam zu gelangen.

Das Landgericht und das Kammergericht Berlin entnahmen aus den Zeugenaussagen, daß das Automobil mit einer das zulässige Maß von 15 Kilometer in der Stunde erheblich übersteigender Geschwindigkeit gefahren ist.

Dieser engen Auffassung des Kaufaufnahmehanges vermochte anfänglich der seitens der Kläger geltend gemachten Revision das Reichsgericht aber nicht beizutreten.

Zur Plafatjagd.

Die §§ 10 und 41 des preussischen Verhögesehes von 1851 sollte der Lagerhalter Danziger vom Konsumverein für Berlin und Umgebung dadurch übertreten haben, daß er in der Pantower Verkaufsstelle ohne polizeiliche Erlaubnis ein Plafat angehängt oder angeheftet habe.

Wenn werden endlich die polizeiausschließlichen Plafatplafatereibestimmungen fallen?

Von der „sofortigen Entfernung“ gemäß § 6 des Vereinsgesetzes.

Nach Auflösung einer Holzarbeiterversammlung im Zimmer A des Hofberger Gewerkschaftshauses begaben sich die Teilnehmer unter Führung des Einbersers Dietrich in das unmittelbar daneben gelegene Zimmer B, von wo sie dann auch polizeilich vertrieben wurden.

Der Majestätsbeleidigungsparagraf wurde gestern gegen einen „Arbeiter“ Paul Hoegnowska in Anwendung gebracht, der bereits 22 Jahre im Justizhaus zugebracht hat.

Einer unverfälschten Attacke auf eine anständige Frau hat sich der Kaufmann Wilhelm Schreiber schuldig gemacht, der gestern unter der Anklage der Beleidigung und Körperverletzung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II stand.

vorher genossenen alkoholischen Getränke gestanden zu haben scheint, von der Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand genommen und den Angeklagten zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Schadenersatzanspruch außerhalb des Unfallversicherungsgesetzes.

Welch beträchtlich höhere Summen durch den Kläger in einem Schadenersatzprozeß zugebilligt werden müssen, als in Unfallsachen Arbeitern, lehrt wiederum nachstehender vom Reichsgericht entschiedener Prozeß.

Als am Sonntag, den 7. Oktober 1900, abends kurz nach 6 1/2 Uhr, der von Schlierbach gekommene Lokalizug 16a auf freier Strecke vor dem Einfahrtsignal der Station Karlstör angehalten hatte, damit die Schaffner — welche, wie es bei dem Lokaloverkehr auf der fraglichen Strecke üblich war, die Fahrarten im Zuge selbst an das Publikum verläufigen — die Ausgabe der Fahrkarten in dem überfüllten Zuge beendigen konnten, fuhr nach etwa 2 Minuten der Personenzug 126a von Schlierbach her auf demselben Gleise auf den Lokalizug auf.

Das Landgericht Heidelberg verurteilte den Beklagten zur Zahlung einer jährlichen Rente von 600 M. und wies die Verurteilung des Klägers ab.

Gegen dieses Urteil hatte der belangte Fiskus Revision eingelegt. Diese wurde jedoch vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen und das oberlandesgerichtliche Urteil bestätigt.

Das Reichsgericht geht — wie das Berufungsgericht — davon aus, daß der badische Eisenbahnsiskus dadurch, daß er die Jäger auf offener Strecke trotz freier Fahrt halten ließ, nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet habe.

Eingegangene Druckschriften.

Der Kunstwart. Hombach über Dichtung, Theater, Kunst, Literatur, Geschichte und Aesthetik. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3.50 M., das einzelne Heft 20 Pf.)

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellenzusuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppich. Unterbett, Kissen mit glattstem Anlett 10.50. Wandleuchte Andreaskirche adambulrechtig 21818*

Wohlmöblierer liefert gediegene Wohn- und Schlafzimmermöbel billig. Wohnungseinrichtungen äußerst billig.

Kontormöbel, Geldschrank, elektrische Schranklampen, Gaslampen, Schiedelöfen, Regale, Vabensche, alt und neu, (spottbillig) Steinhof, Drahtenbaurstraße 2.

Gaslampen, Petroleumlampen ohne Anzählung, Höhe 1.00. Louis Bötker (selbst) Vorgängerstraße 32 (Bahnhofverbindung, Barthauserstraße), Neuenhofstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigoldstr. Kaiser Friedrichstraße 247.

Geschäftsbüreau, außerordentlich billig, 50.00. Holz, Blumenstraße 36b.

Pechhähne, Weibchen, Stamm Seifert, Degen, Cadinerstraße 14.

